

WERNER ONKEN

Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende



VERLAG FÜR
SOZIAL
ÖKONOMIE

Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende

Werner Onken

Geld- und boden- politische Grundlagen einer Agrarwende

VERLAG FÜR
S O Z I A L
Ö K O N O M I E

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten



Diese Publikation erscheint mit freundlicher Unterstützung
der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung (Hamburg)

© 2004 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie
Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg
Telefax: +49 (0)4381-7013 | eMail: info@gauke.de
Internet: www.sozialoekonomie.info | www.sozialoekonomie.de (Shop)

Umschlagfoto: © SKN Druck und Verlag GmbH & Co, Norden
Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel

ISBN 3-87998-447-6

Übersicht

1	Prolog auf dem Olymp	7
2	Von der griechischen Mythologie zur Ökonomie	10
3	Verlorene Bauernkriege	13
4	Bauernbefreiung im 19. Jahrhundert	15
4.1	Agrarwissenschaft und Agrarökonomie als Triebkräfte einer Intensivierung der Landwirtschaft	18
4.2	Die Anfänge der Agrarprotektion	21
5	Die "Not der Landwirtschaft" als Folge einer verfehlten Boden- und Geldordnung	23
5.1	Bauernbefreiung durch privates Bodeneigentum?	25
5.2	Die Landwirtschaft als Schlusslicht in der vom Geld bestimmten Industriegesellschaft	30
6	Leitbild einer bäuerlichen Landwirtschaft innerhalb einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus"	36
6.1	Unterschiede zu Agrarromantik und Nationalsozialismus	37
6.2	Unterschiede zum Kommunismus	43
6.3	Gewerbliche Landwirtschaft – marktorientiert, aber nicht mehr rentabilitätsorientiert	47
7	Die Weichenstellung nach dem zweiten Weltkrieg – marktwirtschaftliche oder bürokratisch-dirigistische Agrarpolitik?	49
7.1	Landwirtschaftlicher Boden, Pflanzen und Tiere als verzinsliche Kapitalgüter	51
7.2	Das protektionistische System von Preispolitik und Förderungsmaßnahmen als "Geheimwissenschaft"	53
7.3	Die derzeitige Situation der Landwirtschaft in Deutschland und in der EU	55

8	Überfluss im Norden – Hunger im Süden	63
8.1	Entwicklung des Südens nach dem Beispiel des Nordens?	64
8.2	Großgrundbesitz – feudales Erbe aus der Kolonialzeit als Entwicklungshindernis	66
8.3	Monopolfreier Welthandel statt 'neoliberale' Globalisierung	73
8.4	Gentechnik gegen Welthunger und Krankheiten?	77
9	Schwierigkeiten der Agrarwende	80
10	Zusammenführung der ökologischen Landwirtschaft mit der Geld- und Bodenrechtsreform	90
10.1	Die Anfänge des natürlichen Landbaus	91
10.2	Die Anfänge der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise	92
10.3	Der natürliche Landbau und die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise während der Herrschaft des Nationalsozialismus	96
10.4	Der natürliche Landbau und die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise während der Herrschaft des Kommunismus	98
10.5	Drei Richtungen der naturgemäßen Landwirtschaft im Schatten der Grünen Revolution (bis etwa 1970)	99
10.6	Ökologischer Landbau seit den 1970er Jahren bis zur Gegenwart	102
11	Nachwort	109
	Literaturangaben	113

1 Prolog auf dem Olymp

In der ökologischen Landwirtschaft gibt es zwei bemerkenswerte Anknüpfungen an die griechische Mythologie. Die aus der oppositionellen Umweltbewegung der früheren DDR hervorgegangene "Gäa-Vereinigung Ökologischer Landbau e.V." ist nach der aus dem anfänglichen Chaos hervorgegangenen Erde "Gaia" benannt, die mit ihrem Sohn Uranos, dem Himmel, die 12 Titanen hervorbrachte. Von diesen Titanen stammte die erste Generation der olympischen Götter ab: als 'Territorialmächte' teilten die drei männlichen Gottheiten Zeus, Poseidon und Hades den Himmel, das Meer und die Unterwelt unter sich auf, während Hera und Hestia die Göttinnen der Ehe bzw. der Küche und des Haushalts wurden. Als Enkelin von Gaia, der Urmutter Erde, und fruchtbare, mütterlich nährenden Göttin der Kornfelder und der Ernten schenkte Demeter den Menschen schließlich die Landwirtschaft. Der Name Demeters hat besonderen Eingang in die von Rudolf Steiner begründete biologisch-dynamische Landwirtschaft gefunden; nach ihr ist der "Versuchs- und Beratungsring der Arbeitsgemeinschaft biologisch-dynamischer Landbau" benannt und zahlreiche biologisch-dynamisch wirtschaftende Bauernhöfe nennen sich "Demeter-Hof".

Über die bloße Namensgebung hinaus könnte für die ökologische Landwirtschaft auch noch von Interesse sein zu sehen, mit welchen anderen Göttinnen und Göttern Demeter in Beziehung stand.¹ Ein Blick auf das seelische Beziehungsgeflecht zwischen Demeter und anderen Göttinnen und Göttern könnte vielleicht Aufschlüsse darüber geben, von welcher Seite der Landwirtschaft im allgemeinen und der ökologischen Landwirtschaft im besonderen Gefahren drohen und mit welchen Gottheiten Demeter noch mehr in Verbindung treten könnte, um diese Gefahren abzuwenden.

Demeter gehörte zu den ersten drei Göttinnen, die nach dem Übergang vom Matriarchat zum Patriarchat als nachgeordnete, dienende Göttinnen in die patriarchalische Götterwelt der alten Griechen integriert worden sind. Danach zeugte der himmlische 'Göttervater' Zeus die zweite Generation der olympischen Götter: gemeinsam mit Demeter hatte er die Tochter Persephone, die Göttin des Kreislaufs des Werdens und Vergehens allen Lebens. Mit anderen Frauen zeugte Zeus Athene und Artemis (die Göttinnen der Weisheit und der Jagd), seine beiden Lieblingssöhne Apollon und Hermes (die Götter der Sonne sowie von Gesetz und Ordnung bzw. den Gott der Kaufleute und Diebe) und schließlich seine weniger geliebten Söhne Hephaistos und Ares (die Götter der Schmiede und des Kriegs).

1 Vgl. hierzu Jean Shinoda Bolen (2000). - Dies. (1998). - Hermann Niehuis-Schwartz (2001), S. 24-33.

Während Hestia, Athene und Artemis keine Beziehungen zu männlichen Gottheiten hatten und dadurch zwar unverletzt, aber auch einsam waren, lebten Hera, Demeter und Persephone in Beziehungen mit Göttern, von denen sie beherrscht, verletzt, entführt oder gar vergewaltigt wurden. Ihre tiefste Kränkung erlitt Demeter, als ihre Tochter Persephone beim Versuch eine Blume zu pflücken von Hades in die dunkle, geheimnisvolle Unterwelt entführt wurde. Hades (die Römer nannten ihn später Pluto) war sowohl der Gott der Unterwelt als auch des Todes und des aufgehäuften Reichtums; er vermochte keine Gefühle zu zeigen und lebte als Einsiedler. Nur einmal versuchte er, einen Ausweg aus seiner Isolation zu finden, indem er Persephone raubte und vergewaltigte. Ohne etwas über das Schicksal ihrer verschwundenen Tochter zu wissen, zog sich Demeter vor Kummer vom Olymp zurück und ließ das Leben auf der Erde absterben; fortan wurden weder Kinder geboren noch wuchsen gute Ernten heran. Als alte Frau verkleidet suchte Demeter im ganzen Land verzweifelt nach ihrer Tochter, bis Zeus den Götterboten Hermes zu Hades sandte und ihm befahl, Persephone zu ihrer Mutter zurück zu bringen. Hermes war der einzige in der griechischen Götterfamilie, der sich ungehindert zwischen dem Olymp, der Erde und der Unterwelt hin- und herbewegen durfte. Als Erfinder der Sprache war er der Gott der Kommunikation sowie des Reisens und des (Fern-)Handels. Und als Erfinder der Lyra galt Hermes zugleich als musikliebender Kulturbringer. Allerdings hatte er neben Licht- auch Schattenseiten: Hermes war auch der Gott der Diebe, der seinem Bruder Apollon Rinder stahl und der die Beziehungen zwischen den Menschen durcheinander brachte. Diese innere Widersprüchlichkeit behielt er als Merkur auch in der römischen Mythologie bei.

Hermes brachte Persephone zwar zu Demeter zurück, aber nur für jeweils zwei Drittel der folgenden Jahre. Weil Persephone die ihr von Hades gereichten Granatapfelkerne gegessen hatte, musste sie sich alljährlich während der dunklen Jahreszeit vier Monate lang bei Hades aufhalten und als Königin der Unterwelt ihren Besuchern die Wege durch das Dunkle zeigen. Dennoch war Demeters Freude über das Wiedersehen mit Persephone so groß, dass sie die Erde und die Frauen zu neuer Fruchtbarkeit erweckte. Und nach jedem Winter ließ sie in ihrem Tempel die Eleusinischen Mysterienspiele aufführen, um die Erneuerung des Lebens zu feiern und den ewigen Kreislauf des Werdens und Vergehens erlebbar zu machen.

An den Schilderungen der griechischen Mythologie fällt besonders auf, dass die Landwirtschaft und das Leben insgesamt abstarben, als die Anhäufung von Reichtum in der Unterwelt die Übermacht über den Kreislauf des werdenden und vergehenden Lebens gewann. Indem Lebensenergien zu

'totem Kapital' erstarren, wurde ihr rhythmischer, die Menschen zu einem gesellschaftlichen Ganzen verbindender Fluss blockiert. Nach ihrer Unterwerfung durch eine Oberschicht des Feudaladels blühte die Landwirtschaft sowohl in der griechischen wie in der römischen Antike erst dann auf, als ihre Lebensenergien durch die Berührung mit dem Handel und der Kultur zum Fließen gebracht wurden. Doch war der Handel ähnlich widersprüchlich wie das Geld, das den Menschen einerseits als Tausch- und Kreditmittel diente, das sie aber andererseits auch als ein sich wuchernd vermehrendes Machtmittel unterdrückte. So hat Hermes zwar Persephone zu ihrer Mutter Demeter zurück gebracht, aber Persephone blieb teilweise unter dem Einfluss des Hades und außerdem übertrug Hermes gleichsam seine eigene innere Widersprüchlichkeit auf Demeter – sowohl in der griechischen und römischen Antike als auch nach dem Ende des Feudalismus in der Neuzeit hat die Landwirtschaft einerseits durch ihre wirtschaftliche Befreiung von feudalen Lasten und ihre Integration in die arbeitsteilige Geldwirtschaft eine große Produktivität entfaltet. Aber aufgrund ihres gleichzeitigen Raubbaus an der Natur und an der menschlichen Arbeit ist ihre Fruchtbarkeit erneut gefährdet. In der modernen kapitalistischen Wirtschaft, die auf die Rentabilität und die Akkumulation von 'totem Kapital' in der Unterwelt der internationalen Finanzmärkte ausgerichtet ist, wird auch die Landwirtschaft immer mehr mechanisiert und industrialisiert. Persephone ist gleichsam ein zweites Mal in die Unterwelt entführt worden, weshalb Demeter erneut ihre Lebenskraft verliert. Sie kann sie jedoch nicht allein dadurch zurück erlangen, dass Hermes Persephone wie beim ersten Mal wieder zu Demeter begleitet. Vielmehr müsste Persephone Hermes auf dem gemeinsamen Rückweg mit ihrer Lebendigkeit 'anstecken', d.h. sie müsste Hermes in einer Eleusinischen Wandlung von seiner eigenen Widersprüchlichkeit befreien. Hermes dürfte die Handelsbeziehungen nicht länger als ein Dieb in Unordnung bringen, sondern er dürfte ihnen nur noch als ein in das Werden und Vergehen allen Lebens integriertes wirtschaftliches Kommunikationsmittel dienen. Damit Hermes seine Aufgabe als ein neutraler Bote und Mittler zwischen den Göttern wirklich erfüllen kann, müsste ihm sein Bruder Apollon zu Hilfe kommen. Apollon ist nämlich der Gott der Sonne, der alle Geschöpfe der Welt gleich viel und darum gerecht 'von oben' bescheint. Und er ist ein ebenso reinigender wie heilender Gott der Gesetze und der Musik. Dank dieser Eigenschaften wäre Apollon in der Lage, wie ein unparteiischer Schiedsrichter eine gerechte Verkehrsordnung für die vielfältig verzweigten Handelswege des Hermes zu schaffen, in der auch Demeter ihre Kräfte zur vollen Entfaltung bringen kann. Dadurch könnte sich die Familie der olympischen Göttinnen und Göttern zu einem wohl-

proportionierten Ganzen entwickeln – wie harmonische Klänge in der Musik, die für Apollon und Hermes gleichermaßen von Bedeutung waren.

2 Von der griechischen Mythologie zur Ökonomie

Diese Konstellation der seelischen Kräfte von Demeter, Persephone, Hades, Hermes und Apollon findet sich – auf die Ökonomie übertragen – ansatzweise auch in dem von Silvio Gesell im frühen 20. Jahrhundert entworfenen Denkmodell einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" wieder. Ihr zufolge ist die Landwirtschaft nach ihrer Befreiung vom Feudalismus im Zeitalter der kapitalistischen Marktwirtschaft unter die Räder der Kapitalakkumulation gekommen; sie könnte sich als ökologische Landwirtschaft regenerieren (Demeter), wenn die Rechtsordnung (Apollon) das Geld (Hermes) so zu einem 'alternden Geld' umgestaltet, das es sich nicht mehr in der Unterwelt (Hades) aufhäufen lässt, sondern wie alles rhythmisch werdende und vergehende Leben (Persephone) sich stetig in fließender Bewegung befindet.

Innerhalb von Gesells Denkmodell einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" gehört die Landwirtschaft allerdings noch zu denjenigen Lebensbereichen, die bislang nur unzureichend untersucht worden sind. Zwar hat sich Gesell im Rahmen seiner Überlegungen zur Reform des Bodenrechts durchaus auch mit der Landwirtschaft beschäftigt. Zeitweise bewirtschaftete er selbst einen Bauernhof in Les Hauts Geneveys im Neuenburger Jura; zeitweise lebte er auch in der Genossenschaftssiedlung Eden-Oranienburg und stand der damaligen Lebensreformbewegung nahe.² Dennoch betrachtete er die Landwirtschaft noch nicht in dem Maße aus einem ökologischen Blickwinkel wie sein Zeitgenosse Rudolf Steiner, der zu jener Zeit bereits Impulse für einen biologisch-dynamischen Landbau gab. Aber Gesell suchte durchaus schon nach den Ursachen der Unterordnung der Landwirtschaft unter die Industrie in der kapitalistischen Marktwirtschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Und er deutete auch an, wie sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land nach einer Reform von Bodenrecht und Geldordnung in einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" so überwinden ließe, dass die Landwirtschaft und die Industrie auf eine gleiche Stufe gelangen und sich sodann ergänzen können.

Gesells schweizerischer Mitarbeiter Werner Zimmermann war seit den 1920er Jahren bestrebt, diese Überlegungen in Zusammenarbeit mit Mina Hofstetter und Ewald Könemann mit den damaligen Ansätzen des natürlichen Landbaus, der gesunden Ernährung und der natürlichen Heilkunde zu

2 Judith Baumgartner (1992). - Dies. (1993)

verbinden.³ In Österreich bildete Johannes Ude ein Bindeglied zwischen der Lebensreform- und der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung⁴ und in Deutschland bemühte sich Will Noebe in Zusammenarbeit mit Raoul Francé um eine solche Verbindung.⁵ Obwohl es in der Geld- und Bodenreformbewegung sehr viele Lebensreformer gab, verlor sie später dennoch die Landwirtschaft weitgehend aus ihrem Blickfeld. Dies dürfte zum einen daran gelegen haben, dass diese Bewegung kaum eine Resonanz in der Bauernschaft fand; ihre Mitglieder entstammten fast ausschließlich den städtischen Mittelschichten. Trotz ihrer Vorliebe für biologische Lebensmittel dürften sie kaum Einblicke in die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Bauern gehabt haben. Im Laufe der Zeit traten außerdem Bodenrechtsfragen gegenüber den Fragen der Geldordnung immer stärker in den Hintergrund und die Theoretiker der Geldreform distanzieren sich in den 1950er und 1960er Jahren mehr und mehr von der Lebensreformbewegung, weil sie befürchteten, dass eine engere Verbindung der Geldreform mit anderen Zielen die Aussichten auf ihre wissenschaftliche Anerkennung vermindern könnte. Schließlich dürfte die Geld- und Bodenrechtsreformbewegung die Landwirtschaft auch deshalb aus den Augen verloren haben, weil sie entweder deren 'Modernisierung' nicht mehr problematisch fand oder weil ihr die bürokratisierte EG-Agrarpolitik wie ein undurchdringlicher Dschungel erschien. Es dauerte bis in die späten 1970er Jahre, ehe die Landwirtschaft überhaupt einmal wieder thematisiert wurde. Trotz der Einsicht in ihre Bedeutung für die Ökologie blieb die Beschäftigung mit ihr aber bislang noch ein Randphänomen.⁶

Inzwischen macht die Landwirtschaft nur noch einen kleinen Bruchteil der Gesellschaft aus, in der sich neben der Industrie- mittlerweile auch die

3 Von 1924 bis 1936 gab Zimmermann zu diesem Zweck die Zeitschrift "Tau – Monatsblätter für Verinnerlichung und Selbstgestaltung" heraus; vgl. außerdem Werner Zimmermann (1935). – Über Zimmermann vgl. Günter Bartsch (1993a), S. 23-27, und (1993b), S. 27-32. – Über Mina Hofstetter vgl. Ewald Könemann, (1928), S. 200-203, außerdem Gunter Vogt (2000), S. 93-95, und Wolfgang Schaumann, Georg E. Siebeneicher und Immo Lünzer (2002), S. 178-179.

4 Johannes Ude (1925a und 1925b). – Ders. (1948). – Ders. (1958). – Ders. (1960). – Über Ude vgl. Christof Karner (2002).

5 Will Noebe und Raoul Francé gaben ab 1927 die Zeitschrift "Das Ziel – Blätter für erfolgreiche Lebensgestaltung" heraus. In der von 1958 bis 1980 von Noebe herausgegebenen Zeitschrift "Telos – Die Welt von morgen" erschienen zahlreiche Aufsätze von Anni Francé-Harrar.

6 Ernst Weichel (1978), S. 14-29. – Ders. (1985), S. 18-29. – Über Ernst Weichel vgl. Wolfgang Schaumann, Georg E. Siebeneicher und Immo Lünzer (2002), S. 162-163. – Ulrike Bielitz (1985), S. 46-51. – Herbert Pfeifer (1988a), S. 6-14 (Teil 1) und (1988b), S. 24-32 (Teil 2). – Beiträge von Rolf Diercks, Martin Scheele und Franz Josef Grenzebach zur Tagung "Landwirtschaft – Weiter gegen ökonomische und ökologische Unvernunft?", in: Fragen der Freiheit Nr. 197/1989, S. 3-24, 25-36 und 37-55. – Günter Brack (1998), S. 30-47.

Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft ausbreitet. Mit einem Minimum an menschlicher Arbeit produzieren wenige vorwiegend große Landwirtschaftsbetriebe mit einem hohen Kapitalaufwand sowie chemischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie Massentierhaltungen staatlich subventionierte Überschüsse an 'billigen' Lebensmitteln, während auf der Südhalbkugel der Erde mehr als 800 Millionen Menschen hungern und täglich 24000 Menschen an den Folgen ihrer Unterernährung sterben. Ein beispielloser Widersinn!

Mittlerweile hat die konventionelle Landwirtschaft mit den BSE- und MKS-Katastrophen ihre 'Super-GAU's erlebt. Erschüttert wurde auch die ökologische Landwirtschaft durch den Nitrofen-Skandal. Gleichwohl ist eine "Agrarwende" unerlässlich. Bislang werden in Deutschland allerdings erst rund 3 - 4 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen ökologisch bewirtschaftet. Dem Bestreben, diesen Anteil im Laufe der nächsten Jahre kontinuierlich zu erhöhen, stehen das Beharrungsvermögen der überkommenen Strukturen in der Landwirtschaft und der Widerstand einer mächtigen Agrarlobby entgegen. Gerade deshalb ist es notwendig, parallel zu den Bemühungen des Ökolandbaus und der Verbraucherverbände, im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsstrukturen weitere kleine Schritte in die Richtung einer menschen- und naturverträglichen Landwirtschaft voranzukommen, auch über jene gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachzudenken, unter denen sich die Landwirtschaft so sehr in ihre Sackgasse verrennen konnte. Und es lassen sich auch Entwicklungsmöglichkeiten sichtbar machen, die sich in einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" für naturverträglichere Formen der Landwirtschaft ergeben könnten.

Anknüpfend an kurze Rückblicke auf die Geschichte der Bauernkriege und der sog. Bauernbefreiung im 19. Jahrhundert sollen Silvio Gesells Gedanken über die Lage der Landwirtschaft in der kapitalistischen Marktwirtschaft skizziert werden. Auch wenn sie bereits vor rund 80 Jahren entstanden, könnten sie insofern noch aussagekräftig sein, als die Landwirtschaft sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Bahnen weiterentwickelt hat, die schon im 19. Jahrhundert falsch angelegt waren. Gesells Gedanken über die Landwirtschaft könnten in weiterentwickelten Formen durchaus noch Orientierungshilfen für die Suche nach Leitbildern einer zukünftigen Landwirtschaft geben. Und im Hinblick auf ihre eigene Zukunft könnte sich für sie selbst aus einer Verbindung mit dem ökologischen Landbau vor allem in globaler Perspektive sogar noch die Frage ergeben, ob die Verwirklichung der Geld- und Bodenreform später vielleicht einmal mehr vom Land als von den Städten ausgehen könnte.

3 Verlorene Bauernkriege

Der Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit war einerseits von Missernten, Hungersnöten und Seuchen begleitet, andererseits infolge von Silberfunden im Harz, in Thüringen und Sachsen sowie in Böhmen und Mähren auch von der Ausbreitung einer arbeitsteiligen Geldwirtschaft. Parallel zum wirtschaftlichen Aufschwung regte sich im Geist der Renaissance und des Humanismus der Wunsch nach einer Anerkennung der Freiheit der menschlichen Individuen. Infolgedessen geriet das kirchliche und weltliche Machtgefüge ins Wanken und bedurfte einer Neuordnung.

Schon vor dem Jahr 1500 hatten religiöse Ketzerbewegungen Widerhall in der Bauernschaft gefunden. Jetzt richtete sich die Reformation gegen die Macht der Kirche, die den Menschen Ängste vor Höllenqualen einflößte und das Seelenheil ebenso wie kirchliche Ämter käuflich gemacht hatte. Allerdings beschränkte sich Martin Luther mit seiner Forderung nach der "Freiheit des Christenmenschen" auf die Reformation der Kirche. Trotz seiner Kritik an den sozialen Verhältnissen respektierte er die Feudalherrschaft der Landesfürsten. Weltliche Obrigkeiten seien gemäß einem Wort des Apostels Paulus von Gott eingesetzt worden und hätten einen Anspruch auf menschlichen Gehorsam. (Römerbrief 13.1) Demgegenüber erstrebte Thomas Müntzer eine "kirchlich-gesellschaftliche Totalreformation"⁷, weil es unmöglich sei, "zwei Herren zu dienen". (Matthäus 6.24) Parallel zur kirchlichen Reformation trat Müntzer auch für eine Entmachtung und Enteignung des feudalen Adels ein. Seiner Vorstellung von mündigen, nur Gott gehorchenden Christengemeinden entsprach sein politisches Ziel einer Überwindung der Leibeigenschaft.⁸

Zunächst schlossen sich viele Bauern der kirchlichen Reformation an und hofften auf eine Befreiung von der Macht sowohl kirchlicher und als auch weltlicher Obrigkeiten. Der protestantischen Gemeindeidee entsprechend verlangten sie die ihnen vom Klerus und Adel genommenen älteren Genossenschafts- und Gemeinderechte zurück. Da vor Gott alle Menschen gleich seien, wollten sie nicht länger Leibeigene, sondern freie Bauern sein, denen Land und Wald, Jagd und Fischerei zu gleichen Bedingungen zugänglich sind. Viele Bauern vereinigten sich in Bündeln wie dem "Bundschuh" und dem "Armen Konrad", um ihre Forderungen zunächst in gemäßigter Form zu vertreten. Die unnachgiebige Haltung ihrer Herren führte jedoch zu ihrer Radikalisierung.⁹ Als die deutschen Landesfürsten die Bauernaufstände

7 Arnulf Zitelmann (1999), S. 104-105.

8 Arnulf Zitelmann (1999), S. 141-143

9 Vgl. Ernst Klein (1969), S. 35-40.

schließlich gewaltsam niederschlugen, reagierten die aufständischen Bauern mit Gegengewalt. Thomas Müntzer berief sich dabei auf das Paulus-Wort "Ihr seid teuer erkauft; werdet nicht der Menschen Knechte." (1. Korintherbrief 7.23) Luther bekämpfte sie sodann mit der Schmähchrift "Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern" als "giftig, schädlich und teuflisch". Damit stellte er sich auf die Seite der Landesfürsten, deren Schutz er für die Reformation in der Auseinandersetzung mit Rom suchte.¹⁰

Im Krieg der Bauern gegen die Fürstenheere unterschätzte Müntzer deren militärische Überlegenheit. In seiner apokalyptischen Endzeitstimmung verließ er sich allzu sehr auf die göttliche Unterstützung für die 'gerechte Sache' der Aufständischen. Außerdem war noch unklar, wie Bodeneigentum und -nutzung neu geregelt werden sollten. Aufgrund seiner Wertschätzung der urchristlichen Gütergemeinschaft hätte sich Müntzer wohl kaum mit der Einführung von privatem Bodeneigentum einverstanden erklärt. Stattdessen hätten Formen gefunden werden müssen, den Bauern das Recht zur privaten Nutzung des gemeinschaftlichen Bodens zu sichern.¹¹

Nach Thomas Müntzers Hinrichtung Ende Mai 1525 rechtfertigte Luthers wichtigster Mitarbeiter Philipp Melancthon die Leibeigenschaft für "das ungezogene, mutwillige und blutgierige teutsche Volk. ... Wenn die Obrigkeit Gemeindegüter und Waldungen einzieht, so hat sich niemand dawider zu setzen."¹² Die Niederlage der Bauern besiegelte die Unmöglichkeit, Kirche und Staat auf der Basis eines sozialen Ausgleichs neu zu ordnen. Während die Kirche in reformatorische und gegenreformatorische Kräfte zerfiel, misslangen auch die Pläne zur Reichsreform mit der Folge, dass Deutschland unter dem Dach der ohnmächtigen Kaiser Maximilian I. und Karl V. auch territorial in einer Vielzahl von rivalisierenden Landesfürstentümern gespalten blieb. Der Reichstag zu Augsburg brachte zwar 1555 vorübergehend einen Religionskompromiss, aber er "bestätigte auch alle bestehende Leibeigenschaft"¹³. Er zementierte damit die bestehende soziale Ungleichheit und konnte deshalb keinen dauerhaften Frieden sichern. Schließlich entluden sich die sozialen und religiösen Gegensätze auf grauenhafte Weise im

10 Boockmann, Schilling und andere Historiker bezeichneten Luthers Pamphlet als eine "unselige Flugschrift" (in: 1984, S. 139). Auch für Agrarhistoriker wie Hermann Priebe war es "eine Tragik, dass die großen geistigen Anstöße von Renaissance und Reformation zwar das kulturelle Leben tief beeinflussten, in der sozialen Entwicklung aber keinen Niederschlag fanden." (Hermann Priebe 1985, S. 36) Demgegenüber bezweifeln Kirchenhistoriker, dass die Niederschlagung der Bauernaufstände eine "Katastrophe mit langanhaltenden Folgen" gewesen sei. (Luise Schorn-Schütte 1996, S. 61)

11 Arnulf Zitelmann (1999), S. 157.

12 Vgl. Adolf Damaschke (1922), S. 180-181.

13 Vgl. Adolf Damaschke (1922), S. 182.

30jährigen Krieg. An dessen Ende schuf der Westfälische Frieden zwar erstmals ein europäisches Völkerrecht, aber die sozialen Gegensätze bestanden fort und infolgedessen auch die kirchliche und weltliche Zersplitterung Deutschlands.¹⁴

4 Bauernbefreiung im frühen 19. Jahrhundert

Gemeinhin gelten die Stein-Hardenbergschen Reformen (1806/07) als der Beginn der Bauernbefreiung in Preußen. Die Befreiung der Bauern von feudalen Lasten war indessen nicht von ihnen selbst erkämpft, sondern Teil einer 'Reform von oben', mit der die politische Führung Preußens die Wirtschaft und das Bildungswesen sowie die Verwaltung und das Militär neu ordnete, um dem außenpolitisch von Napoleon bedrängten, zum "zweit-rangigen Mittelstaat"¹⁵ herabgesunkenen Land zu neuer Macht zu verhelfen und seinen Übergang vom Agrar- zum Industriestaat voranzutreiben. Die alte Ständeordnung, die Leibeigenschaft und die Frondienste wurden aufgehoben – allerdings nicht als Sühne des den Bauern bis dahin geschehenen Unrechts, sondern weil sie sonst den angestrebten wirtschaftlich-politischen Aufstieg Preußens und seine 'nationale Wiedergeburt' gehemmt hätten.

Dem Reformedikt vom Oktober 1807 zufolge sollte es "nach dem Martini-tag 1810 nurmehr freie Leute geben". Doch blieb die neue Freiheit für die allermeisten Bauern eine "papierene Freiheit"¹⁶, weil ihnen auch weiterhin die materielle Grundlage einer wirtschaftlich unabhängigen, selbständigen Existenz fehlte. Nach der Einführung von frei verkäuflichem und beleihbarem Bodenprivateigentum gemäß dem Vorbild des französischen Code Napoléon kam es entgegen der neuen Eigentumsdoktrin keineswegs zu einer breiten Streuung von privatem Bodeneigentum. Ein sogenanntes Regulierungsedikt vom September 1811 gewährte den von Feudallasten befreiten Bauern zwar zunächst das Eigentum an dem von ihnen selbst bewirtschafteten Boden; aber sie mussten beträchtliche Entschädigungen an ihre früheren Grundherren zahlen, welche obendrein von jeglichen Unterstützungspflichten für ihre früheren Leibeigenen entbunden wurden. Dadurch und durch die fortan unvermeidlichen Erbteilungen wurden viele Höfe zu klein und konnten nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden. Viele Bauern mussten sich entweder verschulden oder ihre Höfe aufgeben und sich auf größeren Höfen als Landarbeiter verdingen; sie wurden oftmals zu einem "Mittelding zwischen Landwirt und Tagelöhner".¹⁷

14 Hagen Schulze (1996), S. 42 und 58-59.

15 Hartmut Boockmann u.a. (1984), S. 232.

16 Ernst Klein (1969), S. 62-63.

17 Ernst Klein (1969), S. 64.

■ In den preußischen Gebieten östlich der Elbe wurde die große Mehrheit der Landbevölkerung ab 1816 durch einen Erlass des Staatskanzlers Hardenberg sogar ganz wieder vom Landeigentum ausgeschlossen. Fortan durfte Landeigentum nur noch auf sog. 'spannfähige Bauern', also auf wenige Großbauern übertragen werden. Dieser Erlass führte in Pommern, Ostpreußen und Schlesien zur "sozialen Tragödie" (Hermann Priebe) einer Wiederherstellung quasi-feudaler Verhältnisse mit dem Großgrundbesitz auf der einen Seite – die 'Junker' sicherten sich auch den politischen Einfluss auf Staat und Kirche – und auf der anderen Seite mit der "weitgehenden Vernichtung des Bauerntums im Osten", welche eine weitere wirtschaftliche Entwicklung der Gebiete östlich der Elbe stark bremste.¹⁸ Lediglich in Schlesien kam es im Zuge der bürgerlichen 1848er Revolution zu Bauern- und Weberaufständen; sie wurden jedoch vom preußischen Militär gewaltsam niedergeschlagen, so dass der Adel östlich der Elbe seine Macht festigen konnte. "Der Großgrundbesitz mit mehr als 600 Morgen Land umfasste in Schlesien 50 % der Gesamtfläche, gegen 38 % in West- und Ostpreußen, 46 % in Brandenburg, 55 % in Posen und 62 % in Pommern."¹⁹

Die Bauern verloren rund eine Million Hektar Land an die Großgrundbesitzer und wurden auf die schlechteren Böden abgedrängt. Ihre Zahl sank auf etwa die Hälfte. Die andere Hälfte flüchtete gen Westen oder wanderte ganz aus nach Amerika, von wo aus sie dann der deutschen Landwirtschaft ab der Mitte des 19. Jahrhunderts Konkurrenz machte, vor allem mit Getreide, das trotz der Transportkosten vergleichsweise billig war.

■ Westlich der Elbe setzte die 'Bauernbefreiung' später ein als in Preußen. Dort kamen auch die Länder für die Entschädigung der ehemaligen Grundherren auf, so dass zunächst eine "bäuerliche Grundstruktur" ohne Großgrundbesitz als Ausgangsbasis für die Industrialisierung bestehen blieb.²⁰ Dennoch gerieten auch hier viele Bauern aufgrund von Missernten, Hungersnöten und Erbteilungen in die Abhängigkeit von (keinesfalls nur jüdischen) Geldverleihern, aus der sie sich immerhin teilweise im Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe durch die Gründung von Raiffeisen-Darlehenskassenvereinen befreien konnten.

Abgesehen von den regionalen Unterschieden in der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft war die sog. Bauernbefreiung des 19. Jahrhunderts

18 Hermann Priebe (1985), S. 43-44. – Hartmut Harnisch (1992).

19 Wilhelm Magura (1986), S. 86. Ein Morgen Land entsprach in Preußen etwa 25,5 Ar, so dass 600 Morgen Land etwa 255 Hektar entsprachen. "Besonders unzufrieden waren die Kleinbauern, die Weber und Spinner im Eulen- und Riesengebirge. Während die Männer der gewerblichen Tätigkeit nachgingen, besorgten die Frauen den Acker und das Vieh." (Magura, S. 83) Vgl. auch die literarische Darstellung ihres Schicksals durch Gerhart Hauptmann "Die Weber" (1892/2002).

drei Jahrhunderte nach den verlorenen Bauernkriegen alles in allem eine weitere "große Katastrophe" für die Bauern und auch für die Gesellschaft als Ganze.²¹ Anders als es sich die Philosophen des Humanismus und der Aufklärung vorgestellt hatten, entstand nach dem Ende des Feudalismus keine egalitäre Bürgergesellschaft aus gleichermaßen freien, selbständigen Bauern, Handwerkern, Industriellen, Kaufleuten und Bankiers. Stattdessen türmten sich in der Landwirtschaft und in den übrigen Wirtschaftszweigen der bürgerlich-kapitalistischen Industriegesellschaft neue soziale Hierarchien mit reichen Minderheiten an der Spitze und ärmeren bis verarmten Mehrheiten auf. In der Landwirtschaft entstand mithin keine in sich homogene Bauernschaft, die sich gleichmäßig wie ein Tuch über die Felder und Äcker hätte ausbreiten können, um sie im Einklang mit der Natur zu bearbeiten und zu pflegen. Stattdessen entstand eine in sozialer Hinsicht zerklüftete Bauernschaft. Zwischen den ostelbischen Besitzern großer Rittergüter und anderen Großbauern einerseits und den proletarisierten Tagelöhnern andererseits bildete sich infolge der ungleichmäßigen Verteilung des privaten Bodeneigentums ein vielschichtiges Geflecht aus mittleren und kleineren Bauern. Zudem war der Boden durch seine Mobilisierung als verkäufliche und beleihbare Handelsware auch ein Kapitalgut geworden, für dessen wirtschaftlichen Einsatz seine privaten Eigentümer eine mit anderen Investitionen vergleichbare Verzinsung in Form der Bodenrente erwarteten.²² Je nachdem wie viel Land den einzelnen Bauern selbst gehörte und wie viel Pachtland sie bewirtschafteten und je nach dem Umfang ihrer Verschuldung waren sie also – mit jeweils unterschiedlichen Anteilen – arbeitende Bauern, Schuldner und untätige Grundrentner in einer Person, ähnlich widersprüchlich zusammengesetzt wie die Industriellen, die je nach ihren Eigen- und Fremdkapitalanteilen Unternehmer und Kapitalisten in Personalunion waren. Die sich über die Bodenrente vollziehende Einkommensumverteilung von der Arbeit zum Besitz verstärkte im Laufe der Zeit die Tendenz zur weiteren Konzentration des privaten landwirtschaftlichen Bodeneigentums, weil größere Agrarier dadurch noch leichter Boden erwerben konnten als die oftmals verschuldeten mittleren und kleineren Bauern.

20 Hermann Priebe, *Die subventionierte Unvernunft* (1985), S. 38.

21 Michael Freund, *Deutsche Geschichte* (1960), S. 244. – Hagen Schulze sprach von "hohen sozialen Kosten der Bauernbefreiung"; in: Hartmut Boockmann u.a. (1984), S. 262.

22 Die Problematik der städtischen Bodenrente kann in diesem Zusammenhang außer Acht bleiben.

4.1 Agrarwissenschaft und Agrarökonomie als Triebkräfte einer Intensivierung der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft konnte die zu Beginn des 19. Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung nur tragen, weil sich ihre Produktivität steigern ließ – zunächst die Produktivität der Anbauflächen, vor allem der weniger ertragreichen Böden, durch den Einsatz von Düngemitteln und später die Produktivität der menschlichen Arbeitskräfte und der Tiere durch Landmaschinen bzw. durch Futtermittel. Waren um 1800 noch etwa 75 % aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig gewesen, so waren es kurz vor dem ersten Weltkrieg nur noch etwa 25 %.²³

Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion war aber nicht nur erforderlich, um eine wachsende Bevölkerungszahl zu ernähren und dabei noch Arbeitskräfte an die Industrie abgeben zu können. Sie ermöglichte es auch den privaten Eigentümern der Anbauflächen, die Bodenrente (und später die Verzinsung der Landmaschinen) aus den Böden und aus den Tieren 'heraus zu holen'. Infolge der Ungleichverteilung des privaten Bodeneigentums, dementsprechend verzerrter Betriebsstrukturen und teilweise verfehelter Produktionsziele löste sich die Landwirtschaft anfangs noch langsam und kaum spürbar, später jedoch mit wachsendem Tempo und sichtbaren Folgen aus den Naturkreisläufen heraus. Die Widersprüchlichkeit der Produktionsziele – einerseits die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und andererseits die Erzielung von Bodenrenten – spaltete die Landwirtschaft in sich selbst auf und sie begann, die Einbindung der Landwirtschaft in die Natur aufzulösen. Hierüber sahen jedoch die sich im 19. Jahrhundert entwickelnden Agrarwissenschaften und die Agrarökonomie hinweg. Das Streben der Privateigentümer des Bodens nach der Erzielung von Bodenrenten nahmen sie nicht als problematischen Anteil an den Antriebskräften der Intensivierung der Landwirtschaft wahr.

Während Johann Schwerz als erster Leiter der landwirtschaftlichen Akademie in Stuttgart-Hohenheim noch den kleinbäuerlichen Traditionen Württembergs anhing, legte Albrecht Thaer auf seinem 250 Hektar großen Gutshof Möglin bei Kunersdorf/Oder mit seinen "Grundsätzen der rationalen Landwirtschaft" (1809) erste wissenschaftliche Grundlagen für den Wandel von der bäuerlichen Selbstversorgung zur Landwirtschaft als einem "Gewerbe, welches zum Ziel hat, durch Produktion vegetabilischer

23 Ernst Klein (1969), S. 72. Vgl. auch Hermann Priebe (1985), S. 38-41.

24 Zitiert nach Ernst Klein (1969), S. 66. Albrecht Thaer hielt die früheren Feudallasten der Bauern für Entwicklungshemmnisse; er lehnte auch die Dreifelderwirtschaft ab und unterstützte die Stein-Hardenbergschen Reformen. (Vgl. Ernst Klein, S. 63.)

und tierischer Substanzen Gewinn zu erzeugen oder Geld zu erwerben."²⁴ Das neue Selbstverständnis der Landwirtschaft als eines von mehreren Gewerben und des Landwirts als eines gewinnorientierten Unternehmers entsprach den klassisch-liberalen Vorstellungen von einer arbeitsteiligen Marktwirtschaft, in der alle Produzenten und Konsumenten über das Geld als vermeintlich neutrales Tauschmittel miteinander verbunden werden. Mit der Bodenrente erhielt der Geldgewinn jedoch ein Element, das lediglich Ausdruck des Strebens war, Bodeneigentum als Quelle leistungsloser Einkünfte zu nutzen. Zum eigentlichen Ziel der Erzeugung von Lebensmitteln stand es geradezu im Gegensatz und trug kapitalistische Verzerrungen in die Preisbildung auf den nunmehr freien Lebensmittelmärkten hinein.

Gestützt auf seine Erfahrungen als Besitzer des 465 Hektar großen Guts Hofes Tellow bei Güstrow/Mecklenburg beschäftigte sich Thaers Schüler Johann Heinrich von Thünen zwar ausführlich mit der Bodenrente. Aber er betrachtete sie ebenfalls nicht als ein die Märkte verzerrendes leistungsloses Einkommen, obwohl bereits Adam Smith die Bodenrente als einen mühelos zu erzielenden "Monopolpreis" charakterisiert und ihre Besteuerung zugunsten der Allgemeinheit empfohlen hatte.²⁵ Statt den Zusammenhang zwischen der Bodenrente und der sozialen Hierarchie in der Landwirtschaft näher zu untersuchen, nahm von Thünen die Verteilung des Volkseinkommens auf den Arbeitslohn, die Bodenrente und den Kapitalzins als naturgegeben hin. In seinem Hauptwerk "Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie" (1826)²⁶ interessierte ihn die Bodenrente lediglich im Hinblick auf ihre innere Differenzierung entsprechend der unterschiedlichen Bodenqualitäten und Entfernungen zu den städtischen Märkten. Standort- und grenzproduktivitätstheoretische Überlegungen führten von Thünen zu der Vorstellung, dass die einzelnen land- und forstwirtschaftlichen Betriebszweige des Garten- und Ackerbaus, der Fortwirtschaft, der Viehzucht und der Jagd "konzentrische Kreise" um die städtischen Märkte als Mittelpunkte bilden. Im übrigen war von Thünen zwar stark vom Humanismus und Liberalismus beeinflusst, aber von einem Demokratiebewusstsein war er noch "weit entfernt". Immerhin dachte und handelte er sozialer als viele andere Gutsbesitzer, indem er für seine 100

25 Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen* (1978), 1. Buch 6. und 11. Kapitel, S. 211-212, und 5. Buch 2. Kapitel, S. 705-717. Abweichend von der späteren klassisch-neoklassischen Orthodoxie forderten auch Hermann Heinrich Gossen und Leon Walras eine vollständige Besteuerung der Bodenrente; vgl. dazu Dietrich Winterhager (1997), S. 3-13. Elisabeth Meyer-Renschhausen (1999), S. 3-9.

26 Die Teile 2 und 3 erschienen erst in von Thünens Todesjahr 1850 und 1863.

bis 120 Untertanen – teils aus Mitgefühl, teils aus Furcht vor Unruhen – im Wege einer Gewinnbeteiligung eine Altersvorsorge einrichtete.²⁷

Im Anschluss an von Thünen vertrat Friedrich List die Auffassung, dass die landwirtschaftlichen Betriebszweige als "Organkreissystem" und die übrigen Wirtschaftszweige von Gewerbe, Industrie, Verkehr, Handel und Banken auf ein allseitiges Zusammenwirken angelegt sind, dass dieses organische Gesamtgefüge aber entgegen den Annahmen des klassischen Liberalismus nicht von selbst entstehe. Vielmehr erfordere es ein staatliches Handeln, insbesondere im Bereich der Zollpolitik. Lists Abneigung gegen die individualistische "Kaufmannsökonomie" von Smith und Ricardo mit ihrer bloßen Tauschwertorientierung und ihrem internationalen Freihandel war auch Ausdruck seines Argwohns gegenüber der Vorherrschaft Englands auf den Weltmärkten. Um den Rückstand Deutschlands gegenüber der fortgeschrittenen Industrialisierung Englands aufzuholen, unterstützte List ebenso wie von Thünen die Bestrebungen des Chemikers Justus von Liebig, zwecks Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge zur Düngung mit künstlich hergestellten anorganischen Mineralien überzugehen: "Die Chemie, die Kapitale, die Mechanik und die Arbeitskräfte verbünden sich mit dem Ackerbau. Und es trägt sich nunmehr aus, Moore, sumpfige, sandige, steinige Strecken Landes in fruchtbare Felder umzuwandeln. In Folge aller dieser Fortschritte vermehrt sich die Rente im Laufe von 70 bis 80 Jahren um das Drei- bis Fünffache."²⁸ Derselbe List, der in seinem Hauptwerk "Nationales System der Politischen Ökonomie" (1841) von der Vorstellung einer organischen Wirtschaftsnation ausging, förderte also die Bestrebungen, eine Intensivierung der Landwirtschaft über einen Ausstieg aus organischen Naturkreisläufen zu erreichen! Außerdem wurde Friedrich List zum Motor des Ausbaus von Eisenbahnlinien in Deutschland²⁹ sowie des Zusammenschlusses von Preußen und anderen deutschen Staaten zu einem Zollverein. Darin wurden die Binnenzölle abgeschafft, um die innerdeutsche Wirtschaftskraft zu stärken. Gleichzeitig forderte List nach dem Vorbild von Napoleons Kontinentalsperre (1806) und der englischen Getreideeinfuhrbeschränkungen (1815) Außenzölle, welche ausländische – vor allem englische – Konkurrenz von den deutschen Märkten fernhalten sollten.

27 1832 wandte sich von Thünen gegen die "Aufrührprediger von Hambach" und 1848 fürchtete er ein Übergreifen der Revolution von Frankreich auf Deutschland. Zum sozialen Konservatismus von Thünens vgl. Renate Hippauf (2000), S. 158, 160 und 184, und Ernst Klein (1969), S. 69.

28 Votum von Friedrich List auf der Versammlung von Land- und Fortwirten 1844 in München; zitiert nach Ernst Klein (1969), S. 73.

29 Adolf Damaschke berichtete in seiner "Geschichte der Nationalökonomie", dass List immerhin vorgeschlagen habe, die Hälfte des "unverdienten Wertzuwachses" zugunsten der Allgemeinheit zu besteuern, der den Bodeneigentümern in der Umgebung von ausgebauten Eisenbahnlinien zufällt. (1922, S. 60)

4.2 Die Anfänge der Agrarprotektion

List forderte hauptsächlich Industriezölle, die die Preise von deutschen Industriegütern über dem Weltmarktniveau hielten und damit in erster Linie die Rentabilitätsinteressen der inländischen Kapitaleigner schützten. Sein Eintreten für den Schutzzollgedanken bereitete aber auch schon den Weg für die Einführung von Agrarzöllen zur Abschottung der deutschen Landwirtschaft von den Weltmärkten und zu ihrem 'Schutz' vor dem Import von billigeren Lebensmitteln aus anderen Ländern.

Seit dem Ende der 1840er Jahre waren viele Bauern infolge von Missernten in Schulden geraten, Brot- und andere Lebensmittelpreise waren gestiegen. Begünstigt durch den Ausbau der Eisenbahnen und der Dampfschifffahrt, traten zunehmend ausländische Erzeugnisse in Konkurrenz zu den deutschen, zunächst bei Wolle, Flachs und Ölfrüchten. Als sich auch beim Getreide die Notwendigkeit von Nettoimporten abzeichnete, machte sich vor allem der konservative ostelbische Adel, dem infolge der Landflucht die Absatzmärkte fehlten, zum politischen Sprachrohr für Forderungen nach einem Zollschutz für die notleidende deutsche Landwirtschaft. Unter dem ideologischen Vorwand der Landwirtschaft als Ganzes helfen und vor allem einen 'gesunden deutschen Bauernstand' erhalten zu wollen – den es östlich der Elbe ohnehin nicht gab –, gelang es dem preußischen Adel unter der Führung von Otto von Bismarck 1878, zugleich mit der Einführung der Sozialversicherung und des Sozialistengesetzes (!) Getreidezölle durchzusetzen und von dieser Regelung selbst am meisten zu profitieren. So ließ sich östlich der Elbe die "von Anfang an überholte Sozialstruktur" des Großgrundbesitzes konservieren, was innen- und außenpolitisch tragische Konsequenzen haben sollte. Die in Deutschland ohnehin schon verschleppte Entwicklung zur Demokratie wurde weiter blockiert. Der ostelbische Großgrundbesitz, in den auch in zunehmendem Ausmaß bürgerliches Kapital eindrang, forcierte maßgeblich das preußisch-deutsche Großmachtstreben.³⁰

Die vom Großgrundbesitz mit ideologisch getarnter Interessenpolitik erreichte Entscheidung für die ersten Getreidezölle war Hermann Priebe zufolge die "Geburtsstunde der deutschen Agrarprotektion".³¹ Diesem agrarpolitischen Sündenfall folgten alsbald Erhöhungen der Getreidezölle und weitere Protektionen in den Bereichen der Zucker- und Alkoholproduktion,

30 Hermann Priebe (1985), S. 45. – Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert stellte Max Weber fest: "Die Klasse ländlicher Gutsbesitzer Deutschlands, die hauptsächlich aus ostelbischen Adligen besteht, beherrscht politisch den deutschen Staat." (Max Weber 1952, S. 441) Vgl. hierzu auch Hartmut Harnisch (1992).

31 Hermann Priebe (1985), S. 47. Auch Ernst Klein sprach in seiner "Geschichte der deutschen Landwirtschaft" in diesem Zusammenhang von einer "rücksichtslosen Interessenpolitik". (1969, S. 77)

die der vielbeschworenen 'Volksgesundheit' geradezu abträglich waren.³² Und der nationalen Rhetorik vom 'gesunden deutschen Bauernstand' widersprach auch ein nach Bismarck von der Regierung Caprivi beschlossenes Gesetz, das es den Großgrundbesitzern ab 1890 erlaubte, die abgewanderten deutschen Landarbeiter durch billige Arbeitskräfte aus Polen zu ersetzen. Bei alledem konnten die Verfechter der ersten Protektionen die "ansteckende Kraft und fortzeugende Wirkung des Protektionssystems" noch nicht voraussehen. Sie konnten noch nicht wissen, zu welchem kompliziertem und in sich widersprüchlichem Geflecht von weiteren Zöllen, Subventionen und Preisstützungen sich die ersten Protektionen auswachsen würden und wie es während des ersten Weltkriegs nahtlos in eine Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln übergehen würde.

Nach dem ersten Weltkrieg fehlte der jungen Weimarer Republik die politische Willenskraft für einen grundlegenden Kurswechsel in der Agrarpolitik. Das private Bodeneigentum blieb weiterhin ungleichmäßig verteilt, so dass abermals – wie schon nach der sog. Bauernbefreiung des 19. Jahrhunderts – keine Aussicht auf die Entstehung einer selbständigen, wirtschaftlich unabhängigen Bauernschaft bestand. Insbesondere überdauerte der ostelbische Großgrundbesitz den Übergang von der Monarchie zur Demokratie; er verhinderte weiterhin eine bäuerliche Besiedlung und einen Wandel der wirtschaftlichen Strukturen in den Gebieten östlich der Elbe. Zwar annullierte die große Inflation größtenteils die Schulden der Landwirtschaft aus der Vorkriegszeit, doch musste sie sich für die Instandsetzung ihrer Gebäude und für ihre nun verstärkt einsetzende Technisierung erneut verschulden. Erschwerend kam noch hinzu, dass die reicheren Oberschichten die Lasten des Krieges und der Reparationen auf die unteren und mittleren Schichten abwälzten. Ende der 1920er Jahre befanden sich 20 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen im Großgrundbesitz mit mehr als 200 ha; 26 % gehörten Großbauern mit bis zu 200 ha; 36 % befanden sich in den Händen von mittleren Landwirtschaftsbetrieben mit bis zu 20 ha, und 18 % gehörte kleinen Betrieben. Die Verschuldung der Landwirtschaft belief sich im Durchschnitt auf 30 % des Einheitswerts der Hofbetriebe. Großgrundbesitzungen waren zu jener Zeit mit rund 50 % verschuldet.³³

Als die Exportüberschüsse großer Getreideproduzenten wie die USA, Kanada, Argentinien, Australien und die Sowjetunion auf den Weltmarktpreis für Getreide drückten, führte Deutschland 1925 erneut Schutzzölle ein, um

32 Sehr zum Nachteil der kleineren und mittleren Bauern "erhielt die schlesische Zuckerrübenindustrie eine starke Förderung durch die staatliche Zoll- und Handelspolitik." (Wilhelm Magura 1986, S. 212)

33 Karl Walker, Grundsätzliches zur Bodenreform (1946), S. 66.

die 'notleidende Landwirtschaft' vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. 1928 wurde ein "Reichsnotprogramm zur Behebung dringender Notstände in der Landwirtschaft" beschlossen. Es folgten sogar Einfuhrverbote, Kontingentierungen und andere Stützungsmaßnahmen, von denen kleine Bauern indessen viel weniger profitierten als Großbauern. Zur besseren Vertretung ihrer Interessen schlossen sich 1929 die großen Dachverbände der Landwirtschaft zur "Grünen Front" zusammen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften vereinigten sich zu einem Reichsverband. Berücksichtigt war schließlich die "Osthilfe" zur finanziellen Sanierung des verschuldeten Großgrundbesitzes, mit dem die Weimarer Republik ihre konservativen Widersacher während der Weltwirtschaftskrise noch selbst unterstützte.³⁴ Unterdessen stieg die Not der kleineren und mittleren Bauern, was sie politisch radikalisierte. Da sie von der Arbeiterbewegung eine Zwangskollektivierung nach sowjetischen Muster befürchteten, wurden sie vielfach für die "Blut und Boden"-Propaganda des Nationalsozialismus empfänglich.

5 Die Not der Landwirtschaft als Folge einer verfehlten Geld- und Bodenordnung

Mit den ersten Schutzzöllen (1878) begann im Bereich der Landwirtschaft eine lange Kette von dirigistischen Protektionsmaßnahmen, die in einer frappierenden historischen Kontinuität ihre Fortsetzungen fand – während der nationalsozialistischen Diktatur im sog. "Reichsnährstand" und in den nachfolgenden Jahrzehnten von Demokratie und Marktwirtschaft in der "totalen Fehlentwicklung der europäischen Agrarpolitik".³⁵ Bei allen agrarpolitischen Interessenkonflikten um das Für und Wider des Protektionismus blieb jedoch die Frage nach den tieferen Ursachen der sozialen Ungleichheit innerhalb der Landwirtschaft außen vor. Die dadurch bedingte Schutzbedürftigkeit vieler Bauern wurde als Tatsache hingenommen, aber nicht hinterfragt. Kritiker des Protektionismus bedachten oft nur ungenügend mit, dass weite Teile der Landwirtschaft sich infolge von kapitalistischen Verzerrungen auf den inländischen wie auf den internationalen Märkten tatsächlich in Notlagen befanden und dass diese Notlagen durch einen Abbau des Protektionismus verschärft würden. Umgekehrt gehörten zu den Befürwortern von Protektionen immer auch wohlhabende Bauern, für die die Not anderer Bauern ein willkommener Vorwand für die Stärkung ihrer eigenen Privilegien war. Der Protektionismus ist gleichsam ein Spiegelbild der sozia-

34 Ernst Klein (1969), S. 79-86. – Hermann Priebe (1985), S. 50. – Wilhelm Magura zufolge zahlte der Staat den Bauern die Subventionen "zur Wiederherstellung der Rentabilität". (1986, S. 258)

35 Hermann Priebe (1985), S. 42.

len Ungleichheit innerhalb der Landwirtschaft und mit ihr untrennbar verbunden. Und ein Ausweg aus diesem Dschungel von Zöllen, Subventionen und Kontingentierungen ließe sich erst dann finden, wenn auch die soziale Hierarchie in der Landwirtschaft (und in den übrigen Wirtschaftsbereichen) eingeebnet würde.

Überlegungen zu einer solchen 'zweiten Bauernbefreiung' sind in dem bereits in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts von Silvio Gesell in Ansätzen entwickelten Konzept einer Bodenrechts- und Geldreform enthalten, wodurch die bisherige kapitalistische Marktwirtschaft in eine "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" übergehen soll. Darin sollen die Bauern wirtschaftlich unabhängig werden und entweder eigenständig wirtschaften oder sich auf freiwilliger Basis zu Genossenschaften vereinigen können, so dass sich auf mono- und oligopolfreien Märkten protektionistische Maßnahmen erübrigen.

Allerdings beschäftigte sich Gesell damals fast nur mit den Zusammenhängen zwischen dem Bodenrecht und der Landwirtschaft und noch nicht mit den Auswirkungen des kapitalistischen Geldwesens auf die Landwirtschaft. Außerdem gehörte er trotz seiner Verbindungen zur damaligen Lebensreformbewegung noch nicht zu den Wegbereitern einer ökologischen Landwirtschaft. Anders als sein Zeitgenosse Rudolf Steiner, der 1924 die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise begründete und sogar schon Fehlentwicklungen wie den Rinderwahn als Folge einer falschen Tierfütterung voraussah, befürwortete Gesell noch die Anwendung von Kunstdüngern, vor allem auf weniger fruchtbaren Heide-, Moor- und Sandböden. Auch wenn er keine rücksichtslose Ausbeutung der Böden befürwortete, so wies er doch Zweifel an der Verträglichkeit von Kunstdüngern für die Natur und die menschliche Gesundheit noch zurück.³⁶ In Gesells "Marktwirtschaft ohne

36 Silvio Gesell (1988–2000, Band 11), S. 24 und 31; vgl. auch den Band 12, S. 314–315. – Zu den treibenden Kräften einer Chemisierung der Landwirtschaft gehörte der Chemiker Fritz Haber (1868–1934), der 1908 mit der Synthese von Wasserstoff und Luftstickstoff zu Ammoniak eine entscheidende Grundlage für die industrielle Herstellung von künstlichem Stickstoffdünger – und Sprengstoff! – gelegt hatte (Haber-Bosch-Verfahren). Zu Beginn des ersten Weltkriegs bot Haber seine Dienste sogleich der Obersten Heeresleitung an. Sein "Büro Haber" in der Kriegsrohstoffabteilung entwickelte Gaskampfstoffe und setzte sie auch im Krieg ein. Habers Frau Clara Immerwahr, die ebenfalls Chemikerin war, lehnte dies ab und nahm sich schließlich das Leben, weil sie ihren Mann nicht von dieser "Perversion der Wissenschaft" abbringen konnte. Der völkerrechtswidrige Einsatz von Giftgasen an der Westfront durch das deutsche Militär forderte Tausende von Opfern. Dennoch erhielt Fritz Haber 1918 den Chemie-Nobelpreis – für seine Ammoniak-Synthese. (Vgl. hierzu Gerit von Leitner 1994, S. 133ff) Nach dem ersten Weltkrieg wurde die Kampfgasproduktion auf die Produktion von Insektiziden umgestellt. Auch das berüchtigte DDT kam später durch den zweiten Weltkrieg in die Landwirtschaft.

Zu Steiners Warnung vor einer falschen Tierfütterung vgl. seine "Arbeitervorträge" vom 13.1.1923: "Wenn die Kuh oder der Ochse die Pflanze frisst, dann wird sie in ihm zu Fleisch ... Nun denken Sie

Kapitalismus" waren zwar bereits die ökonomischen Grundlinien einer egalitären bäuerlichen Landwirtschaft vorgezeichnet; die Einsicht, dass eine intensivierete Landwirtschaft auch in natur- und gesundheitsverträgliche Bahnen umgeleitet werden müsste, war darin aber noch unterentwickelt.

5.1 Bauernbefreiung durch privates Bodeneigentum?

Die Stein-Hardenbergschen Reformen zur Befreiung der Bauern stellten in den Augen Gesells insofern einen unzweifelhaften historischen Fortschritt dar, als sie die Epoche des Feudalismus beendeten und die Bauern von der Jahrhunderte langen Leibeigenschaft und von Frondiensten befreiten.³⁷ Allerdings sei mit der damit verbundenen Abkehr von der Dreifelderwirtschaft die "einzige Möglichkeit" verloren gegangen, "den erschöpften Boden wieder fruchtbar zu machen". Und die Allmenden seien häufig vorsätzlich durch eine falsche Bewirtschaftung in Misskredit gebracht worden, um ihre Aufteilung in Privatgrundstücke zu forcieren.³⁸ Obendrein habe die Mobilisierung des ehemals feudalen Bodeneigentums zu privatem Eigentum an frei handelbaren und beleihbaren Grundstücken den Bauern nicht zu wirtschaftlicher Freiheit und Unabhängigkeit verholfen, sondern sie auf eine nicht auf Anhub durchschaubare Weise erneut unfrei gemacht.

Die Erde mitsamt ihren Ressourcen, die als ein "unveräußerliches Gemeingut" das Leben der Menschen über Generationen hinweg "wie eine treue Mutter" tragen sollte, wurde Gesell zufolge zu einer käuflichen Handelsware "herabgewürdigt".³⁹ Bei deren Verteilung behielten die früheren feudalen Grundherren oftmals ihre Privilegien, während 'befreite' Bauern sich verschulden mussten, um überhaupt privates Eigentum an einem Hof und an Ländereien bekommen zu können. Nach Erbteilungen wurden viele Höfe zu klein für einen wirtschaftlichen Betrieb. Entweder mussten Hoferben ihre Höfe aufgeben oder sie mussten sich zu deren Vergrößerung abermals verschulden.

Bei alledem wurde der privatisierte Boden nicht nur zu einer käuflichen Handelsware, sondern auch zu einem Kapitalgut, das seinen jeweiligen

sich, der Ochse würde anfangen, Fleisch zu fressen. Was geschieht, wenn er statt Pflanzen Fleisch direkt frisst? Er lässt die ganzen Kräfte ungenutzt, die in ihm Fleisch erzeugen können. ... Statt dass Fleisch erzeugt wird, werden schädliche Stoffe erzeugt. Und die Folge davon wird sein, dass sich im Ochsen riesige Mengen von Harnsäuresalzen absondern würden; die würden nach dem Gehirn gehen und der Ochse würde verrückt werden." (Zitiert nach dem Rundbrief Nr. 1/2001 der CGW - Christen für gerechte Wirtschaftsordnung, unter Berufung auf die Zeitschrift "Lebendige Erde".)

37 Zu Gesells Einstellung zum Feudalismus vgl. (1988–2000), Band 14, S. 326-327; über die Leibeigenschaft vgl. den Band 11, S. 13, 74, 89 und 93; über die Frondienste Band 8, S. 243 und 247.

38 Zu Gesells Einstellung zur Dreifelderwirtschaft und zur Allmende vgl. Band 11, S. 13 und 78-79.

39 Vgl. Silvio Gesell (1988–2000), Band 13, S. 396, sowie Band 11, S. 91 und 168.

Eigentümern eine ländliche Bodenrente einbringen sollte. Aufgebracht werden musste sie von den besitzlosen Pächtern und von den Konsumenten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, in deren Preise die Bodenrente einkalkuliert war. Ähnlich wie von Thünen untersuchte auch Gesell, wie sich die Höhe der Bodenrente nach der Beschaffenheit und der Lage der einzelnen Grundstücke differenzierte. Er sah auch den Einfluss der unterschiedlichen Bodenrentenhöhen auf Standort- bzw. Auswanderungsentscheidungen. Davon abgesehen betrachtete Gesell die Bodenrente aber generell als ein leistungsloses Einkommen, dessen privater Bezug in der Landwirtschaft (wie auch in anderen Wirtschaftsbereichen) zu einer zunehmend ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen führte.⁴⁰ Aufgrund der Eigenschaft des Bodens als Kapitalgut erhielt das Interesse seiner privaten Eigentümer an seiner Verwertung bei Entscheidungen über seine Nutzung den Vorrang vor anderen Interessen der Menschen oder der Natur. Das Streben nach einer Erzielung oder gar Steigerung der Bodenrente hielt Gesell für den eigentlichen Antrieb des Raubbaus an den landwirtschaftlichen 'Nutzflächen' und er wies besonders darauf hin, dass gerade das Privateigentum am Boden den ansonsten dem Pachtsystem unterstellten Raubbau verstärkt habe statt ihn zu verhindern.⁴¹

Neben den ökonomischen Nachteilen hatten das private Bodeneigentum und der damit verbundene private Bezug der Bodenrente auch Folgen für die Politik. Interessengegensätze zwischen mehr oder weniger verschuldeten Eigentümern und Nichteigentümern ließen Gesell zufolge die Entstehung eines einheitlichen Volkswillens nicht zu und sie verhinderten damit eine Demokratie im Sinne von Rousseau. Stattdessen verwandelten sie die Parlamente in Orte des Widerstreits zwischen Gruppeninteressen und Ideologien. Je mehr die Masse der kleineren und mittleren Bauern ihre Existenz gefährdet sah, desto stärker klammerte sie sich unter dem Einfluss der von Großbauern dominierten landwirtschaftlichen Interessenverbände an ihre 'eigene Scholle', obwohl sie selbst nur zum geringeren Teil von der Bodenrente partizipieren konnte und obwohl ihre Einkünfte aus der Bodenrente und selbst ihre Arbeitseinkünfte zum großen Teil in den Schuldendienst flossen. Zum Schutz von Bodenrenteninteressen wurde das Heimatgefühl vieler Bauern für patriotisch-nationalistische oder gar rassistische Ideologien instrumentalisiert.⁴²

40 Über die ländliche Bodenrente vgl. Silvio Gesell (1988–2000) Band 11, S. 16-36; über die städtische Bodenrente vgl. S. 48-52, 73-76 und 83-89.

41 Silvio Gesell (1988–2000), Band 11, S. 77. – "Die Interessen der Jagd, der Fischerei, des Vogelschutzes sind mit den reinen Grundsätzen des Privateigentums unverträglich." (Band 11, S. 80)

42 Zur Unverträglichkeit des privaten Bodeneigentums mit der Demokratie vgl. Band 10, S. 173,

Ihre Steigerung erfuhren diese wirtschaftlichen und politischen Fehlentwicklungen innerhalb der Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts noch durch den ostelbischen Großgrundbesitz. In ökonomischer Hinsicht hielt ihn Gesell für verfehlt, weil er die Entstehung einer bäuerlichen Landwirtschaft verhinderte. Und in politischer Hinsicht hielt er den Großgrundbesitz für eine "reaktionäre Giftpflanze", welche mit wenigen Ausnahmen das Großmachtstreben des preußisch-deutschen Adels förderte. Deutschland blieb damals eine widersprüchliche und explosive Mischung aus östlichem Spätfeudalismus und westlichem Kapitalismus, die sowohl die Demokratie behinderte als auch den Frieden gefährdete.⁴³ Die Klage der vielfach auch selbst verschuldeten (Groß-)Agrarier über die "Not der Landwirtschaft", mit der sie ihre Forderung nach Getreidezöllen begründeten, war für Gesell hauptsächlich eine "Not der Grundrentner". Und die 1878 von Bismarck eingeführten Schutzzölle waren nach seiner Ansicht ein interessenpolitisches Mittel zur künstlichen Anhebung der auf landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland erzielbaren Bodenrente, das das Land obendrein "mit der ganzen Welt verfeindete" und zu Rüstung und Krieg führte.⁴⁴ Im Anschluss an Gesell zweifelte Karl Walker nicht an der Existenz einer "Not der Landwirtschaft ...", aber dass sie auf dem Weg der Zollpolitik nie behoben werden kann, ist ebenso gewiss. Schutzzölle sind Morphium für jede Wirtschaft; je mehr sie bekommt, desto mehr braucht sie."⁴⁵

So wie Gesell das ungleichmäßig verteilte und in seiner quasi feudalen Form des Großgrundbesitzes extrem konzentrierte Privateigentum am Boden für den entscheidenden "Bazillus der sozialen Krankheit" in der Landwirtschaft und in der Wirtschaft insgesamt hielt, so entwickelte er mit seinen Vorschlägen zur Reform des Bodenrechts auch ein "Serum, das die soziale Krankheit heilt."⁴⁶ Im Kern beruhen sie auf der Vorstellung, dass "die ganze Erdkugel, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ein Teil, ein Organ jedes einzelnen Menschen" und seine "Heimat" im Weltraum ist. Deshalb habe jeder Mensch "auf den ganzen Erdball die gleichen unver-

und Band 11, S. 81. – Über die "wüsten philosophischen, patriotischen, religiösen und rassezüchterischen Irrlehren" vgl. Band 15, S. 99. An anderer Stelle nannte Gesell die Bodenrente das "eigentliche Heiligtum der Patrioten"; in: Band 16, S. 266.

43 Silvio Gesell (1988–2000), Band 16, S. 195. – Zum Einfluss des privaten Bodeneigentums auf Monarchie und Demokratie vgl. Band 10, S. 101, Band 11, S. 90, und Band 18, S. 42. Gesell wies darauf hin, dass dem deutschen Kaiser Wilhelm II. immerhin 290.000 Morgen Land gehörten; in: Band 16, S. 151.

44 Silvio Gesell (1988–2000), Band 11, S. 80, und Band 17, S. 242–244. – Zu Bismarck und den Getreidezöllen vgl. Band 16, S. 167–168; zu den sog. Schutzzöllen Band 11, S. 36–40 und 229–239 ("trennende Gewalt der Zölle").

45 Karl Walker (1931), S. 28 – 29.

46 Vgl. Band 8, S. 116–118.

äußerlichen Rechte – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und der körperlichen Verfassung". Gegen eine Entschädigung der bisherigen Eigentümer, die den Boden nach geltendem Recht erworben bzw. ererbt haben, sollte der ländliche wie städtische Boden als unveräußerliches und nicht mehr beleihbares Gemeingut in die Hände der Staaten übergehen, die sodann entgeltliche Rechte zur privaten Nutzung der Grundstücke ausgeben (Erbbaurechte, Erbpacht) und die eingehenden Nutzungsentgelte zur sozialen Grundsicherung von Frauen und Kindern verwenden.⁴⁷ Für eine gerechte, den Frieden fördernde Bewirtschaftung der Ressourcen der Erde erwog Gesell die Schaffung einer internationalen Institution.⁴⁸

Günstige Auswirkungen, die eine solche Reform des Bodenrechts auf die Landwirtschaft hätte haben können, hat Gesell zusammenfassend angedeutet: "Keine Privatgrundrenten, folglich auch keine 'Not der Landwirtschaft', keine Zölle und keine Interessenpolitik mehr. Kein Eigentum am Boden, daher auch keine Bodenverschuldung, keine Teilung und Abfindung bei Erbschaft. Keine Grundherren – keine Knechte. Allgemeine Ebenbürtigkeit. Kein Grundeigentum – folglich volle Freizügigkeit mit ihren wohltätigen Folgen für Gesundheit, Sinnesart, Religion und Bildung, Glück und Lebensfreude."⁴⁹

Die einzelnen Bauern hätten demnach die gemeineigenen landwirtschaftlichen Flächen gegen eine laufende Gebühr zur privaten Nutzung bekommen. Diese Nutzungsgebühr wäre wie die private Bodenrente je nach der Lage der Grundstücke und ihrer Beschaffenheit differenziert gewesen und ihre jeweilige Höhe hätte die Zuordnung des Bodens zum 'besten Wirt' unbürokratisch geregelt. Die Bauern hätten also keine eigenen oder geliehenen Gelder mehr in den Erwerb von Grundstücken zu investieren brauchen, die sich dann genau so rentieren sollen wie Geld- und Industrieanlagen. Das Vermögen der Bauern hätte nicht mehr im privaten Bodenbesitz bestanden,

47 Die Entschädigung stellte sich Gesell folgendermaßen vor: Der Staat sollte zurückgekauft Grundstücke mit verzinslichen Schuldscheinen bezahlen, deren Zins bei gleichzeitiger Einführung der Geldreform gegen Null absinkt. Bis aller Boden zurückgekauft wäre, würden die Grundstücke aus den Einnahmen aus der Verpachtung des schon zurückgekauften Bodens bezahlt. Danach sollten dann die Pachteinahmen für soziale Zwecke verwendet werden. Vgl. Gesell (1988-2000), Band 11, S. 73-76 (Kap. "Die Freiland-Finzen") sowie S. 68 und 72 über die soziale Grundsicherung von Frauen und Kindern. Zu letzterem vgl. Werner Onken (1998). – Bei der Entschädigung der bisherigen Privateigentümer besteht allerdings das Problem, dass die historisch gewachsene soziale Hierarchie vorerst noch weiterbesteht. Für eine von Gesell empfohlene Verpachtung des Bodens gegen Höchstgebot bestünde also zunächst noch keine für alle Menschen gleiche Ausgangslage, so dass Übergangsregelungen zum Ausgleich bisheriger Verteilungsgerechtigkeiten erforderlich wären.

48 Silvio Gesell (1988-2000), Band 11, S. 63, 68, und 72 sowie S. 101, 229. – Zur Internationalisierung der Ressourcen vgl. Band 13, S. 92 und 94, und zu deren friedensfördernder Wirkung Band 13, S. 109-110; Band 14, S. 209 und S. 319-320; Band 15, S. 221; Band 16, S. 71 und 340-341.

49 Silvio Gesell (1988 – 2000), Band 11, S. 83-84.

der bei der Aufteilung unter die Erben mit Hypotheken belastet werden musste, sondern allein in den zu ihnen persönlich gehörenden landwirtschaftlichen Gebäuden, Tieren und Geräten. Nach einer solchen Reform des Bodenrechts hätte es keinen Grund mehr für den Fortbestand von Hypothekenbanken gegeben, die die eigentlichen Eigentümer der Höfe waren.⁵⁰

Eine Rückverteilung der Bodennutzungsentgelte an die Allgemeinheit hätte die von der privaten Bodenrente ausgehenden Verteilungswirkungen neutralisiert und einen Prozess eingeleitet, bei dem die soziale Hierarchie innerhalb der Landwirtschaft allmählich in die soziale Ebene einer "blühenden Landwirtschaft mit einem gesunden Bauernstand" übergegangen wäre. Die noch aus den Zeiten der Leibeigenschaft stammende Mischung aus Standesdünkel und "gemeinem Knechtsinn" wäre dann einer "wurzelechten, weil wirtschaftlich begründeten Freiheit" aller in der Landwirtschaft Tätigen gewichen.⁵¹ Und sobald auch noch der ostelbische Großgrundbesitz zugunsten freier, selbständiger Bauern und Bäuerinnen aufgeteilt worden wäre – Gesell dachte dabei neben einer Umkehr der Landflucht und einer Ansiedlung von Kriegsheimkehrern auch an eine teilweise Aufforstung der Großgrundbesitzungen –, hätte auch "die ganze Klasse der Agrarier in der Allgemeinheit aufgehen" können, was die Überreste der feudalen Aristokratie endgültig überwunden und die Weimarer Demokratie geschützt hätte – innenpolitisch durch einen Abbau von Interessengegensätzen und außenpolitisch durch einen Verzicht auf jegliche protektionistischen Handelsschranken.⁵² Und nicht zuletzt hätte sich die Produktion in der Landwirtschaft nach einer solchen Reform des Bodenrechts nicht länger nach sachfremden Bodenrenteninteressen, sondern allein nach dem menschlichen Bedarf an Lebensmitteln richten können. Dabei wäre es gleichermaßen im Interesse der einzelnen Bodennutzer wie der Allgemeinheit gewesen, die Pachtverträge so zu gestalten, dass "gewisse Vertragsbestimmungen den Raubbau unmöglich machen". Die Gefahr des Raubbaus bestand am ehesten bei kürzeren Ver-

50 Gesell betrachtete die Hypothekenbanken als "Zwingburgen der Demokratie" (Band 13, S. 122), die es nach einer Bodenrechtsreform nicht mehr geben werde (Band 10, S. 286, und Band 14, S. 43). Pfandbriefe waren für ihn "ekelhafte Geschwüre der Landwirtschaft". (Band 6, S. 261) – "Erst mit der Ablösung des privaten Grundeigentums wird die Landwirtschaft vom Joch des Zinsendienstes befreit." (Karl Walker 1931, S. 201)

51 Silvio Gesell (1988–2000), Band 11, S. 77 und 93. – Gesell fragte 1920, ob eine "Rückkehr der Frauen zur Landwirtschaft nicht der 'Frauenfrage' die glücklichste Lösung geben würde". (Band 11, S. 92) Was die allermeisten Frauen in den nördlichen Industrieländern fern läge, könnte für viele Frauen im 'unterentwickelten' Süden ähnlich wie die "Subsistenzperspektive" durchaus ein Weg zum Überleben sein; vgl. hierzu Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen (1997) und Elisabeth Meyer-Renschhausen (2002a, 2002b und 2003).

52 Silvio Gesell (1988–2000), Band 10, S. 90; Band 11, S. 86; Band 13, S. 81; Band 15, S. 119; Band 16, S. 166-171.

tragslaufzeiten. Deshalb hielt Gesell es für erforderlich, den Pächtern durch längere Laufzeiten der Pachtverträge die Sicherheit zu geben, "dass alles, was sie an Geld und Arbeit für die Verbesserung des Bodens aufwenden, auch unmittelbar ihnen selbst zugute kommt."⁵³

Resümierend schrieb Gesell einmal, dass der "Geist Moses, Solons ... und des Bauernkriegs" in seinen Vorschlägen zur Reform des Bodenrechts wieder auflebe. Allerdings unterschätzte er offenbar die Möglichkeit, dass sie nicht nur am Widerstand der Großagrarier scheitern könnten, sondern auch am Widerstand der kleineren und mittleren Bauern, die zwar "nur mehr dem Namen nach Grundeigentümer sind", die sich aber trotz ihres Ausgeliefertseins an Hypothekenbanken an das sie unfrei machende Boden-privateigentum klammern.⁵⁴

5.2 Die Landwirtschaft als Schlusslicht in der vom Geld bestimmten Industriegesellschaft

Es ist auch fraglich, ob sich die Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft – ihre soziale Schieflage und ihr Schutz durch protektionistische Maßnahmen – allein durch eine Reform des Bodenrechts hätten korrigieren lassen. Abgesehen von ihrer inneren Spaltung in größere und kleinere, reichere und ärmere Bauern ist die Landwirtschaft insgesamt zum Schlusslicht der modernen Industriegesellschaft geworden. Ähnlich wie die ebenfalls 'naturnähere', noch überwiegend weibliche unbezahlte Hausarbeit wurde die Landwirtschaft von der vom Geld bestimmten Entwicklung zur Industriegesellschaft gleichsam 'abgehängt' bzw. einem starken Druck ausgesetzt, sich den Grundprinzipien der Industriegesellschaft anzupassen. Um den von Gesell erhofften Ausgleich zwischen Stadt und Land, Landwirtschaft und Industrie herbei zu führen⁵⁵, bedarf es offenbar einer ergänzenden Reform des Geldwesens und struktureller Veränderungen in der Arbeitswelt.

53 Silvio Gesell (1988–2000), Band 11, S. 77-79. – In diesem Zusammenhang kam Gesell offenbar der Vorstellung von geschlossenen Betriebskreisläufen nahe, zumindest was die Herstellung eigener Futtermittel für die auf den Höfen gehaltenen Tiere anbelangte. Er sah auch die Notwendigkeit, dem Boden die ihm entzogenen Nährsalze zurückzugeben – allerdings durch künstliche Düngemittel, die die Naturkreisläufe gerade durchbrechen statt sie zu schließen, was sich aber durch entsprechende Klauseln in den Pachtverträgen unterbinden ließe.

54 Silvio Gesell, Die Reparation als direkte Aktion des deutschen Proletariats, in: Band 14, S. 398. – Über Thomas Müntzer vgl. Band 8, S. 116, und Band 16, S. 45. – "In den Genuss der Grundrente kommt eben nicht immer derjenige, der den Boden bearbeitet, sondern der, dem er praktisch gehört. Und das ist – wenn der Hof verschuldet ist – der Hypothekengläubiger." (Karl Walker 1931, S. 193-194)

55 Silvio Gesell (1988–2000), Band 11, S. 91.

Tatsächlich ist die Reform des Geldwesens neben der Reform des Bodenrechts die zweite große Säule in Gesells Konzeption einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus". Allerdings ist ihre Bedeutung für die Landwirtschaft bislang nicht untersucht worden. Zwar hat Gesell darauf hingewiesen, dass die Landwirtschaft über die Beleihung von Grundstücken auch mit dem Zins und mit der Währung in Berührung kommt. Aber die Landwirtschaft fehlt in der Reihe der Wirtschaftszweige, für die er beschrieben hat, welche Auswirkungen sich für sie aus einer Geldreform ergeben könnten.⁵⁶

Neben dem privaten Bodeneigentum hat auch die weder von der allgemeinen Ökonomie noch von den Agrarwissenschaften beachtete strukturelle Macht des Geldes eine echte Befreiung der Bauern im 19. Jahrhundert verhindert. Im Widerspruch zur klassisch-neoklassischen Ökonomie, die das Geld als neutrales Tauschmittel betrachtete, führte Gesell diese Machtstellung des Geldes auf den Märkten auf zwei Faktoren zurück: Im Gegensatz zur menschlichen Arbeit und zu den Erzeugnissen der Arbeit ist das generalisierte Tausch- und Kreditmittel Geld a) in Raum und Zeit universal beweglich und flexibel wie der Joker im Kartenspiel und b) unterliegt es nicht wie die Arbeit und die Waren der natürlichen Alterung bzw. der Notwendigkeit, sie gegen den Zahn der Zeit instand zu halten. Aus diesen beiden Gründen hat das Geld einen strukturellen, die Märkte verzerrenden "Liquiditätsvorteil" (Keynes), der es ihm gestattet, seinen Dienst als Tausch- und Kreditmittel von einem besonderen Tribut abhängig zu machen: von dem "Urzins" (Gesell) bzw. der "Liquiditätsverzichtsprämie" (Keynes) – oder sich andernfalls vorübergehend von den Märkten in die Hortung oder in die kurzfristige Spekulation zurück zu ziehen. Infolgedessen können sich im Laufe der Zeit Geldvermögen durch den Zins und Zinseszins tendenziell bis ins Unendliche vermehren.

Wie sich diese strukturelle Macht des Geldes seit dem 19. Jahrhundert speziell auf die gewerbliche Landwirtschaft ausgewirkt hat, hat Gesell allerdings nur vage angedeutet: "Rost, Fäulnis, Nässe, Hitze, Kälte, Wind, Blitz, Mäuse, Feuer, Hagel, Erdbeben, Krankheiten, Unglücksfälle, Überschwemmungen und Diebe nagen nachdrücklich und ohne auszusetzen an der Güte und Menge der Waren. ... Und gerade die wichtigsten und unentbehrlichsten unter den Waren, die Lebensmittel und Kleider, widerstehen ihren natürlichen Feinden am schlechtesten."⁵⁷ Die natürliche Vergänglichkeit der Waren und ihre im Vergleich zum Geld geringere Liquidität treten

56 Vgl. Silvio Gesell (1988–2000), Band 11, S. 80 und S. 255-313, wo die Landwirtschaft unberücksichtigt blieb.

57 Silvio Gesell (1988–2000), Band 11, S. 179-180.

bei den obendrein nur saisonal verfügbaren Lebensmitteln am deutlichsten zutage. Bauern und Lebensmittelhändler sind also gegenüber den Herstellern von Industrieprodukten noch einem besonderen Wettbewerbsnachteil ausgeliefert, der sie immer wieder gezwungen hat, nicht mehr ganz frische Lebensmittel mit Preisnachlässen anzubieten, um sie überhaupt noch absetzen zu können. In der Kette aller wirtschaftlichen Gewerbe war die Landwirtschaft zwar das unentbehrlichste, aber seit jeher auch das schwächste Glied, das dem Angebotszwang noch mehr ausgesetzt war als andere Gewerbe – während das jederzeit und überall liquide und hortbare Geld auf allen Märkten 'am längeren Hebel saß'.

Diese strukturelle Überlegenheit des Geldes hat nicht nur die Gütermärkte in eine andauernde Schiefelage gebracht, sondern auch die Beziehungen zwischen Sparern und Investoren – wiederum zum besonderen Nachteil der Landwirtschaft. Schwankende Ernteerträge und Preisnachlässe bei verzögertem Absatz führten immer wieder zu Einkommenseinbußen, die es den Bauern erschwerten, Ersparnisse zu bilden. Das wiederum zwang vor allem jene ohnehin schon mit Hypothekenschulden belasteten Bauern dazu, weitere Schulden aufzunehmen und mit Zinsen zu bedienen. Im Vergleich zu anderen Gewerbebezweigen galten Investitionen in die Landwirtschaft außerdem als risikoreicher, weil sie die von dem 'naturfernen' Geld gesetzten Standards für die Rentabilität der Investitionen wegen ihrer Abhängigkeit vom Rhythmus der Jahreszeiten und vom Wetter sehr viel schwerer erreichen konnte als die industrielle (Massen-)Produktion mit Maschinen. Die mit Pflanzen und Tieren als lebenden 'Maschinen' immer noch an die Kreisläufe der Natur gebundene landwirtschaftliche Produktion vermochte mit dem alle natürlichen Grenzen überschreitenden exponentiellen Wachstum der industriellen Geld- und Realkapitalien nicht Schritt zu halten.

Mit dem Geld gewann ein Medium eine strukturelle Macht über die Wirtschaft, das selbst außerhalb des natürlichen Werdens und Vergehens allen Lebens steht und das dennoch die Richtung und das Tempo allen wirtschaftlichen Geschehens bestimmt. Unter seinem Einfluss wurden zuerst der Boden und dann auch sämtliche Produktionsgüter zu zinstragendem Kapital – in der Industrie ebenso wie in der Landwirtschaft die Pflanzen, das Saatgut und die Tiere.

Während des 19. Jahrhunderts galt die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion lange Zeit als Voraussetzung für die Ernährung einer wachsenden Bevölkerungszahl und eines steigenden Anteils der Industriearbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung. Daneben folgte sie aber auch dem Zwang, zusätzlich zur Bodenrente auch den Zins des in der Landwirtschaft

investierten Kapitals aus der Natur 'heraus zu holen'. Dies führte zunächst langsam und später sich beschleunigend zum Ausstieg der Landwirtschaft aus Naturkreisläufen und zur Verdrängung von Lebendigem durch mechanische Technik. Die ersten Anfänge der chemisch-technischen Landwirtschaft reichen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gab es vor allem auf großen Höfen bereits Pflüge und Maschinen zum Ausstreuen des Kunstdüngers, zum Mähen und zum Dreschen. Aber " ... der Siegeszug der Motorisierung der Landwirtschaft begann erst in den 1920er Jahren mit der Einführung des Acker-schleppers und des luftbereiften Ackerwagens."⁵⁸ Erst ab den 1920er Jahren ergriff das allzeit liquide, flexible und nach Vermehrung drängende Geldkapital im größerem Umfang Besitz von der Landwirtschaft und begann, sie nach seinen Ansprüchen umzuformen. Nach dem ersten Weltkrieg und der großen Inflation ließen sich der Wiederaufbau der Landwirtschaft und ihre Technisierung allerdings nur über Kredite finanzieren, die aus Auslandsanleihen stammten und in beträchtlicher Höhe verzinst werden mussten. 14 % der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse flossen allein in den Zinsendienst, was in zunehmendem Maße zu Zwangsversteigerungen und Pfändungen führte.⁵⁹ Eine höhere Kreditwürdigkeit erlangte die Landwirtschaft in Deutschland erst, als ab 1925 aufgrund von sinkenden Weltmarktpreisen für den Weizen wieder Schutzzölle eingeführt wurden, die die Rentabilität des in landwirtschaftlichen Nutzflächen und Maschinen investierten Kapitals erhöhten.⁶⁰

Zu jener Zeit begann die Landwirtschaft – erschwert durch die große Weltwirtschaftskrise –, sich in einer enormen Aufholjagd an die kapitalistische Industriegesellschaft anzupassen. In diesem Anfangsstadium der Motorisierung der Landwirtschaft, in dem noch nicht zu übersehen war, wohin ihre Intensivierung einmal führen würde, stand Gesell den "Errungenschaften der Technik" wie den Motorpflügen zur Erleichterung der Feldarbeit sowie der Lastkraftwagen und Eisenbahnen zum Transport "massenhafter Ernten" noch positiv gegenüber und erkannte nicht die damit beginnende Entfremdung der Landwirtschaft von der Natur.⁶¹

58 Ernst Klein (1969), S. 82-83. – Zu Gesells positiver Einstellung zu den damaligen Formen der Agrartechnik vgl. seinen Aufsatz "Die Rentabilität der Landwirtschaft Deutschlands, in: Band 17, S. 254.

59 Ernst Klein (1969), S. 84.

60 Zu Gesells Kritik an der sozialdemokratischen Unterstützung der Zollpolitik vgl. seinen Aufsatz "Die Rentabilität der Landwirtschaft Deutschlands", in: Band 17, S. 251-255. – Auch Walker kritisierte trotz der Not vieler Bauern die "unsinnige Wirtschaftsweise künstlich aufgeblähter Rentabilität". (1931, S. 193)

61 Silvio Gesell (1988–2000), Band 17, S. 253-255.

Aus dem Modell einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" lässt sich dennoch die Vorstellung eines in umgekehrter Richtung verlaufenden Prozesses einer Wiederanpassung der (Land-)Wirtschaft an die Natur ableiten. Sobald das Geld gemäß Gesells Vorschlag der "rostenden Banknoten" entmachtet und als ein "alterndes Geld" (Steiner) in das natürliche Werden und Vergehen allen Lebens eingegliedert wird, verringert sich der Gegensatz zwischen der Wirtschaft und der Natur.⁶² Statt der Landwirtschaft auf kapitalistisch verzerrten Märkten lediglich Gehhilfen in Form von Schutzzöllen und Subventionen zu geben, die zwar für das Kapital rentabel, aber für die Natur zerstörerisch sind, würde ein "alterndes Geld", das der natürlichen Vergänglichkeit genau so ausgesetzt ist wie die Lebensmittel und die übrigen Waren, den Wettbewerbsnachteil der Landwirtschaft innerhalb der gesamten Wirtschaft ausgleichen und die strukturelle Schiefelage der Märkte begradigen.

Was Gesell von einer Neutralisierung des Geldes für die gesamte Wirtschaft erwartete – ein Absinken des Zinsniveaus auf einen Gleichgewichtszinssatz von nahe Null⁶³ und eine Stabilisierung der Kaufkraft der Währungen im Sinne einer Nullinflation und Nulldeflation –, könnte sich auch auf die Landwirtschaft positiv auswirken. In einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" würden die Bauern ihre Erzeugnisse auf monopolfreien Märkten zu fairen Preisen absetzen und leistungsgerechte Einkommen erzielen können. Infolgedessen könnten sie mehr Eigenkapital bilden und Kredite zu günstigeren Zinsen bekommen, so dass sie nicht mehr so leicht in Schuldenfallen geraten.⁶⁴ Sobald also in der gesamten Wirtschaft der Prozess der zins- und zinseszinsbedingten Kapitalkonzentration in die Richtung einer Dezentralisierung von Geld- und Sachvermögen umgekehrt würde, hätte dies auch Auswirkungen auf die Technik, die in allen Wirtschaftsbereichen entsprechend dezentralisierte Formen einer mittlerer Technik annehmen könnte.

Innerhalb einer egalitär-demokratischen Bürgergesellschaft könnte sich gleichrangig neben anderen Gewerben auch eine breite Schicht von freien

62 Silvio Gesell, Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat, in: 1988–2000, Band 1, S. 51, und Band 11, S. 237-255. – Der Begriff "alterndes Geld" stammt von Rudolf Steiner (1919/1984, S. 174) und wurde von Dieter Suhr übernommen (1989). – Zur Geldreform vgl. außerdem Helmut Creutz (2002) und Bernd Senf (2001).

63 Gemeint war also kein Zinsverbot oder eine Abschaffung des Zinses, sondern seine freie Beweglichkeit um einen neuen Gleichgewichtssatz, der nur mehr um die Bankvermittlungsgebühr und die Risikoprämie von Null abweicht; vgl. dazu Werner Onken (1994), S. 42-51.

64 Im Rahmen seiner Ausführungen zum Ausgleich der Gegensätze zwischen Gläubigern und Schuldern durch eine Geldreform ist Gesell auch auf Auswirkungen auf "Agrarier und sonstige Pfandschuldner" eingegangen – allerdings nur sehr kurz und bezogen auf die Rolle von Gold- und Silberwährungen. (Band 11, S. 280-282) Kurz vorher (S. 272-276) ist beschrieben, wie eine Geldreform das Sparen für breite Bevölkerungsschichten überhaupt erst möglich macht.

und selbständigen entweder mittelständischen oder auch kleineren Bauern bilden. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land würde entschärft, sobald sich Standortentscheidungen nur mehr nach den menschlichen Bedürfnissen richten statt nach den Interessen des in landwirtschaftlichen Nutzflächen und Maschinen investierten Kapitals. Schließlich könnte die Landwirtschaft nach einer Reform des Geldwesens – und auch der Bodenrechts – in die Lage kommen, den mit der Erzeugung von Lebensmitteln bislang verbundenen Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen schrittweise einzustellen und die Lebensmittelerzeugung innerhalb naturverträglicher Anbaumethoden zu intensivieren.

Im Hinblick auf eine gerechte Ordnung der globalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Ländern erweiterte Gesell sein Modell einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" um die Schaffung einer internationalen Währungsordnung und einer internationalen Institution, welche die Ressourcen der Erde als gemeinschaftliches Menschheitseigentum verwaltet. Parallel zu den Landeswährungen sollte eine "Internationale Valuta-Assoziation" (IVA) ein neutrales Weltgeld ausgeben und so verwalten, dass sich auch auf den über lokale, regionale und nationale Märkte hinausgehenden Weltmärkten ein globales Gleichgewicht einstellt und die Menschheit zu einem "internationalen Organismus" zusammenwächst.⁶⁵ Während Gesells IVA-Konzept bezogen auf seine Entstehungszeit in den Jahren vor und nach dem ersten Weltkrieg konkret ausgestaltet war und von John Maynard Keynes in dessen "Bancor"-Plan eigenständig weiterentwickelt wurde (ohne spätere interessenpolitische Fehlentwicklungen von IWF, Weltbank und GATT/WTO verhindern zu können)⁶⁶, beließ es Gesell hinsichtlich seiner erstmals 1904 geäußerten Idee einer internationalen Verwaltung der globalen Ressourcen bei der Andeutung, dass eine "internationale Weltkasse" die Gebühren für die privatwirtschaftliche Nutzung von Ressourcen einnehmen könnte und sie dann den "stiefmütterlich bedachten Gegenden zuführt – in Form von Bodenmeliorationen großen Stils: Berieselung von Wüsteneien, Kanalisierung von Landengen, Aufforstungen usw." Es könne jedoch "den nächsten Generationen überlassen" werden, damit verbundene Details zu klären. Nur unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg deutete Gesell noch einmal an, wie sehr eine Internationalisierung der oberschlesischen Kohle den Frieden zwischen Deutschland und Polen

65 Silvio Gesell (1988–2000), Band 5, S. 235 und 245, sowie Band 12, S. 149–190. Die Überlegung einer organisatorischen Anbindung der IVA an den damaligen Völkerbund findet sich in einem Brief Gesells an Hans Bernoulli vom 3.1.1928, in: Band 18, S. 348.

66 John Maynard Keynes, International Clearing Union (1943/1989). – Hugo Godschalk (1990), S. 35–46. – Thomas Betz (1998), S. 35–43.

fördern und wie sehr eine Internationalisierung des Erdöls und anderer Ressourcen den gesamten Weltfrieden fördern würde.⁶⁷

6 Leitbild einer bäuerlichen Landwirtschaft innerhalb einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus"

Auf die sich in den 1920er Jahren verstärkende Anpassung der Landwirtschaft an die Strukturen der kapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft reagierte Silvio Gesell nicht mit antiliberalen Affekten gegen den Markt als solchen, sondern mit der Überlegung, die Märkte durch eine Reform des Bodenrechts und der Geldordnung von jeglicher Monopolisierung zu befreien. In seinem mit liberalsozialen Denktraditionen von Pierre Proudhon, Henry George, Michael Flürsheim, Franz Oppenheimer und anderen⁶⁸ verbundenen Modell einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" ist dementsprechend die Vorstellung einer gleichmäßig über die ganze Erde verteilten bäuerlichen Landwirtschaft angelegt, in der eine Vielzahl von selbständigen kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Einzelbetrieben und Genossenschaften vorwiegend für lokale, regionale und nationale, aber auch für globale Märkte produziert. Auch die der Landwirtschaft vorgelagerte Produktion von Saatgut und Maschinen sowie die ihr nachgelagerte Verarbeitung von Lebensmitteln würden dann auf monopolfreien Märkten stattfinden.

Anders als Marx, aber ähnlich wie die Agrarromantiker hob Gesell die "gesundheitlichen Vorteile des Landlebens" hervor und er wies auch auf die ungesunden Wohnverhältnisse in den Großstädten hin. Statt jedoch das Landleben früherer Zeiten zu einer heilen Welt zu verklären und die Großstädte pauschal zu verdammen, hielt er den Gegensatz zwischen Stadt und Land auf der Grundlage einer gerechten Neuordnung des Bodenrechts und des Geldwesens für überwindbar.⁶⁹

Auf dieser Grundlage betrachtete Gesell auch die ganze Erde als ein allen Menschen gemeinschaftlich gehörendes "einheitliches, unteilbares Wirtschaftsgebiet". Damit trat er dem konservativen Denken in den von Fichte und List vorgeformten Kategorien "geschlossener bzw. isolierter Staaten" mitsamt den nationalistischen und rassistischen Ideologien entgegen. Statt nach Autar-

67 Silvio Gesell, Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform (1906), in: 1988–2000, Band 4, S. 78-79 (diese Überlegung wurde leider nicht in die "Natürliche Wirtschaftsordnung" übernommen). Zur schlesischen Kohle vgl. Band 13, S. 92-94, und zum Erdöl Band 13, S. 145-147.

68 Vgl. hierzu Günter Bartsch (in Vorbereitung, 2004)

69 Zu Gesells Einstellung zum Landleben vgl. den Band 11, S. 49-51; Band 9, S.43-46, und Band 14, S. 353-354. Zu Gesells Ablehnung konservativer Bevölkerungspolitik nach gesundheitlichen, de facto rassistischen Kriterien vgl. das in manch anderer Hinsicht problematische Spätwerk "Der abgebaute Staat", in: Band 16, S. 272-275. – Zu dieser Thematik vgl. Klaus Bergmann (1970).

kie zu streben und den Außenhandel mit Zöllen einzuschränken, stellte sich Gesell einen unbehinderten Weltbinnenhandel auf monopolfreien Märkten vor, bei dem die herkömmlichen Begriffe Import und Export hinfällig werden.⁷⁰ Sobald die Preisbildung auf den lokalen, regionalen, nationalen und globalen Märkten nicht mehr durch Boden- und Geldprivilegien verfälscht wird, können die Preise unter Berücksichtigung der Arbeits- und Transportkosten anzeigen, wo die Produktion von Lebensmitteln und anderen Gütern tatsächlich am wirtschaftlichsten (nicht am rentabelsten!) möglich ist. Bei einem von Monopolen befreiten Welthandel würden die Menschen und Völker nicht mehr durch die "gefährlichen Gedanken eines in sich abgeschlossenen, durch Kolonien erweiterten nationalen Wirtschaftsgebiets" sowie durch Zölle und Handelskriege voneinander getrennt.⁷¹

Mit alledem unterschied sich Gesell grundlegend von konservativ-antimodernen Zivilisationskritikern wie dem romantischen Ökonomen Adam Müller, der zum Feudalismus zurückkehren wollte. Ebenso grundlegend unterschied er sich von revolutionären Kapitalismuskritikern, die mit Karl Marx und Friedrich Engels geringschätzig auf den ihrer Ansicht nach rückschrittlichen "Idiotismus des Landlebens" herabsahen. In ihrem Streben nach einer vollständigen Beherrschung der Natur und einer schrankenlosen Steigerung der Produktivkräfte wollten sie die Landwirtschaft noch stärker industrialisieren als der Kapitalismus, um sie als "rationelle Agrikultur" vollends in die zentrale Verwaltung der gesamten Wirtschaftsmaschinerie integrieren zu können. Im "Kommunistischen Manifest" bewunderten Marx und Engels die "Unterjochung der Naturkräfte" durch die Bourgeoisie und die "Anwendung der Chemie auf die Industrie und den Ackerbau".⁷²

6.1 Unterschiede zur Agrarromantik und zum Nationalsozialismus

Ähnlich wie Gesell lehnte schon der Romantiker Adam Müller zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Mobilisierung und Verpfändung des Bodens ab

70 Silvio Gesell (1988–2000), Band 11, S. 75, 99, 273 und 312-315. Zu Gesells Kritik am "nationalistischen Wahn" vgl. Band 13, S. 170; Band 14, S. 397; Band 15, S. 146; zu seiner Kritik an "rassezüchterischen Irrlehren" vgl. Band 8, S. 298; Band 12, S. 36; Band 15, S. 97-99. Zur Auflösung der Begriffe Import und Export vgl. Band 11, S. 69-72, und Band 15, S. 245.

71 Silvio Gesell (1988–2000), Band 12, S. 61 und 150-153, sowie Band 16, S. 186-189.

72 Karl Marx und Friedrich Engels (1848/1969), Band 4, S. 466-467. – Vgl. Karl Marx, Das Kapital Band 1, in: Marx-Engels-Werke Band 23, Ostberlin 1973, S. 407, und Band 3, in: MEW 25, S. 131 und 259. – Friedrich Engels hielt die menschliche Gattung bzw. ihre Vertreter für "bewusste, wirkliche Herren der Natur", die mit Hilfe von Naturwissenschaften und Technik eine "schränkenlose Steigerung der Produktion" herbeiführen sollten. (Vgl. Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW Band 19, S. 225-226.) – Vgl. dazu Kurt Jacobs (1997).

und wehrte sich vehement dagegen, die Landwirtschaft nach den Vorstellungen von Albrecht von Thaer "zum Gewerbe herabzuwürdigen und dem großen Mechanismus der Industrie einzuverleiben".⁷³ Von der unbedingten Notwendigkeit einer Erhaltung der Monarchie mit ständestaatlichen Strukturen überzeugt, fürchtete Müller den Markt und das Geld als Gefahr für das "heilige Bündnis des Volkes mit seinem vaterländischen Boden" und als "Tyrannen unserer Produktion". Er dachte noch nicht an die Möglichkeit, den Markt und das Geld von ihren kapitalistischen Verfälschungen zu befreien, und hatte deshalb nur die eine "große Alternative für die Landwirtschaft" vor Augen: "entweder Feudalismus oder Schulden, entweder die Abhängigkeit vom Lehnsherrn oder die Abhängigkeit vom Gläubiger".⁷⁴ Eine Landwirtschaft ohne Abhängigkeit von beiden auf der Grundlage freiheitlicher Rechtsbeziehungen zwischen einer den gemeinschaftlichen Boden verwaltenden öffentlichen Institution und freien Bauern als privaten Bodennutzern war für Müller noch unvorstellbar, so dass er die "nationale, feudalistische Landwirtschaft" mit der Vormachtstellung "unsterblicher Familien" und mit "erblichen Dienstverhältnissen" vor ihrem Untergang retten wollte.⁷⁵

Anders als die Ökonomie der Romantik sehnte Gesell keine Rückkehr zum Ständestaat herbei. Er strebte keine Reagrarisierung der Wirtschaft an und wollte den organischen Zusammenhalt der Gesellschaft nicht durch eine Stärkung von Blutsbanden erreichen, sondern durch ein allen Menschen gleichermaßen dienendes neutralisiertes Geld. Wie sehr sich Gesell damit von der "organischen Schule" der deutschsprachigen Ökonomie unterschied, vermag auch ein Vergleich mit einigen Auffassungen des Agrarökonomen Gustav Ruhland zeigen, der innerhalb dieser Denkrichtung auf von Thünen, List und Albert Schäffle folgte und den späteren Universalismus von Othmar Spann mit beeinflusste. Ruhland war ursprünglich Landwirt gewesen und hatte mit Otto von Bismarck zusammengearbeitet, bevor er Hochschullehrer wurde; seinem dreibändigen "System der Politischen Ökonomie" stellte er gleich am Anfang ein Bekenntnis zur Schutzzollpolitik voran.⁷⁶

Ruhland sah die Existenz des Bauernstandes und des gewerblichen Mittelstands durch die zunehmende Konzentration von Kapital in den Banken und Börsen gefährdet. Er betrachtete es als einen "Irrtum des Freihandels, Grund und Boden als Ware zu behandeln". In Erinnerung an die

73 Adam Müller (1812/1983), S. 310; zur Ablehnung der Mobilisierung und Verpfändung des Bodens vgl. S. 323.

74 Adam Müller (1812/1983), S. 297, 309, 345-346.

75 Adam Müller (1812/1983), S. 342 und 314-318.

76 Gustav Ruhland (1903-1908). – Zur "Organischen Schule" der Ökonomie vgl. Anton Tautscher (1950), S. 92-126. – Gesell hat von Ruhland nur einmal beiläufig Notiz genommen; vgl. Band 11, S. 125.

Zinsverbote der großen Religionen äußerte er Vorbehalte gegen den Zins des Geldes und beklagte die "hypothekarische Verpfändung des deutschen Grundbesitzes". Aufgrund der Vorherrschaft des Geldkapitals sei der "soziale Volkskörper" krank geworden: Ehe und Familie zeigten Auflösungserscheinungen, außerdem würden die Kriminalität, die Prostitution und die Korruption zunehmen.⁷⁷

Der Eindruck etwaiger Gemeinsamkeiten Ruhlands mit Gesell täuscht jedoch. Abgesehen von seinem extrem patriarchalischen Familienbild⁷⁸ wollte Ruhland die weitere Erfassung der "nationalen Existenz der Staaten und Volkskörper von den weltwirtschaftlichen Strömungen" verhindern und den "Boden des deutschen Volkslebens" vor weiterer "Dekadenz" in Gestalt von Homosexualität, Recht auf Mutterschaft ohne Vater, Sexualaufklärung und freier Liebe schützen.⁷⁹ Auf die Frage, wie denn der Boden nach dem Ende des Feudalismus anders als verkäufliche Handelsware und beleihbares Kapitalgut hätte behandelt werden können, gab Ruhland keine Antwort. Er streifte diese Frage nur ganz kurz mit der Bemerkung, dass eine Bodenwertzuwachssteuer nach den Vorstellungen von Adolf Damaschke und dem Bund Deutscher Bodenreformer "in Wirklichkeit alles beim Alten lässt."⁸⁰ Und seine Kritik an der Macht des Bank- und Börsenkapitals beruhte auf antisemitischen Vorurteilen statt auf einer Einsicht in ihre strukturellen Ursachen.⁸¹

Schließlich verlor sich Ruhland in nebulösen Vorstellungen von einem "organischen Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Dinge" und postulierte – ähnlich wie Karl Marx ! – eine historische Gesetzmäßigkeit, wonach aus dem "Kapitalismus als Entwicklungsnotwendigkeit" eine zukünftige "gemeinschaftliche Struktur des Volkslebens" ohne spekulierendes Wucherkapital hervorgehen werde. In einer auf die "liberale Epoche" folgenden "neuen Zeit" würden sämtliche Einzelbetriebe der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und der Banken zu einem einzigen großen Syndikat zusammengefasst, einem "Buchführungszwang" unterstellt und dann von

77 Gustav Ruhland (1903–1908), Band 1, S. 5 und 7 sowie 114–115; Band 3, S. 3, 118, 131, 137 und 164.

78 Ausdrücklich beklagte Ruhland die "wachsende Bewegung der Frauenemanzipation mit ihrem Bildungsbedürfnis, Mädchengymnasium, Frauenstudium usw.", womit eine "Degeneration des weiblichen Körpers" verbunden sei. Zustimmung nahm Ruhland sogar Bezug auf ein Pamphlet von Möbius über den "Physiologischen Schwachsinn des Weibes" (in: Band 3, S. 182; über sein konservatives Bild vom "Mutterberuf" vgl. Band 3, S. 323). – Auch Adam Müller dachte sehr patriarchalisch (1812/1983, S. 321).

79 Gustav Ruhland (1903–1908), Band 3, S. 196 und 221–222.

80 Gustav Ruhland (1903–1908), Band 3, S. 324. Immerhin sprach sich Ruhland einmal für die Aufteilung des Großgrundbesitzes aus; vgl. Band 3, S. 377.

81 Gustav Ruhland (1903–1908), Band 3, S. 302.

einem "Reichsvolkswirtschaftsrat" verwaltet. "Das Syndikat beseitigt die planlose freie Konkurrenz durch eine planmäßige Ordnung für alle angeschlossenen Einzelwirtschaften." Grundlage aller Planungen und Preisfestsetzungen könne nicht mehr der Tauschwert der Waren sein, sondern nur noch ihr – allerdings nicht näher definierter – "wahrer Äquivalenzwert". Das bis dahin private Geld- und Kreditwesen sollte in eine "gesellschaftliche Organisation" durch den Reichsvolkswirtschaftsrat übergehen, welcher auch den "Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken und Produkten nach dem gesellschaftlichen Kostenwert regeln" und dabei ausdrücklich Inländer gegenüber Ausländern bevorzugen sollte.⁸² Mit dieser unfreiheitlichen Mischung von Elementen des romantischen und technokratischen Denkens glaubte Ruhland, jenseits von Egoismus und Profitstreben eine "Gemeinschaft des Volkes" wieder herstellen zu können: "Die guten alten Sitten finden sich wieder ein."⁸³ Er hat manches von dem ansatzweise vorausgedacht, was drei Jahrzehnte später in der nationalsozialistischen Blut- und Boden-Ideologie eine rassistische Steigerung erfuhr und menschenverachtende Realität wurde – u.a. eine Diskriminierung von Menschen ausländischer Herkunft und jüdischen Glaubens gegenüber 'arischen' Deutschen beim Grundstücksverkehr und im gesamten öffentlichen Leben, eine Unterordnung der Medien und der Kultur unter die Vorgaben einer totalitären Politik, das Verbot von Arbeitskämpfen und eine Verschärfung des Strafrechts.⁸⁴ Wie die gesamte "Organische Schule" der deutschen Ökonomie und nach ihm besonders Othmar Spann hat Gustav Ruhland den gesamtwirtschaftlichen 'Organismus' im Kontrast zum angelsächsisch-klassischen Verständnis der Wirtschaft als Markt- und Preismechanismus als eine streng hierarchisch gestufte Ordnung aufgefasst. Demgegenüber stellte sich Gesell vor, dass der kapitalistisch erkrankte und hierarchisch deformierte soziale Organismus zu einer gesunden egalitären Form findet, sobald er mit einer Bodenrechts- und Geldreform den notwendigen Impuls zur dezentralen Selbstheilung und Selbstordnung erhält.⁸⁵ –

Um die während der großen Weltwirtschaftskrise durch eine Flut von Zwangsversteigerungen existenziell sehr verunsicherte Bauernschaft für sich zu gewinnen, forderte die NSDAP im Punkt 17 ihres Programms eine "un-

82 Gustav Ruhland (1903–1908), Band 3, S. 320-345, 361, 372 und 376.

83 Gustav Ruhland (1903–1908), Band 3, S. 357-359.

84 Gustav Ruhland (1903–1908), Band 3, S. 376 (Grundstücksverkehr), S. 359 (Meinungs- und Pressefreiheit sowie Strafrecht) und S. 386 (Streikverbot).

85 Silvio Gesell (1988–2000), Band 8, S. 116 (dort wird das Bodenprivateigentum als "Bazillus der sozialen Krankheit" bezeichnet), S. 279 ("Durch das arbeitslose Einkommen gerät der Organismus der Menschen in Unordnung."), Band 13, S. 321 ("Die ganze Welt ist am Kapitalismus erkrankt und bedarf der Hilfe von außen.").

seren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation". Dabei hatte die NSDAP in parteiamtlichen Erklärungen vom April 1928 und März 1930 zur Beruhigung der Großagrarier bereits versichert, dass sie am Grundsatz des Bodenprivateigentums festhalten und hauptsächlich "jüdische Grundspekulationsgesellschaften" entschädigungslos enteignen werde; unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten sei zwar eine große Zahl von kleinen und mittleren Bauernhöfen erforderlich, doch hätten auch Großbetriebe ihre Berechtigung.⁸⁶

Nach der Festigung ihrer Alleinherrschaft begann die NSDAP mit einer ganz anderen 'Bodenreform' als derjenigen, die Gesell vorgeschlagen hatte.⁸⁷ Sie richtete ihre Wirtschaftspolitik zunächst darauf aus, Deutschland von Importen möglichst unabhängig zu machen. Für die Landwirtschaft bedeutete dieses Autarkiestreben, die Produktion in fortwährenden "Erzeugungsschlachten" zu steigern. Zu diesem Zweck fasste der Ernährungsminister und 'Reichsbauernführer' Walter Darré im September 1933 sämtliche kleinen, mittleren und großen bäuerlichen Betriebe zwangsweise zum "Reichsnährstand" zusammen. Vorwiegend von Großbauern angeführt, erhob der Reichsnährstand anstelle der bäuerlichen Familienbetriebe die quasi-feudalen "Herrenbauern mit Gesinde, Knechten und Mägden" zum neuen Leitbild der Landwirtschaft. Er plante die landwirtschaftliche Produktion, verbilligte den Einsatz von Düngemitteln und Maschinen und führte der Landwirtschaft saisonweise Frauen und Zwangsarbeiter als billige Arbeitskräfte zu.⁸⁸ Darrés Pläne zu einer weitgehenden Entschuldung der Bauern scheiterten größtenteils am Widerstand des schwerindustriellen Wirtschaftsministers und Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, so dass die gesamte Schuldenlast der Landwirtschaft nur von 12,4 auf 11 Milliarden Reichsmark sank; die Zinslast ging vorübergehend von einer Milliarde auf 560 Millionen Reichsmark zurück.⁸⁹ Des weiteren vergab der Reichsnährstand landwirtschaftliche Kredite über die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt; er legte auch die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse fest – oftmals über den Weltmarktpreisen – und regelte den Absatz. Obendrein war der reglemen-

86 Walter Hofer (1977), S. 29. – Dieter Fricke (1985), S. 481.

87 Zu weiteren Unterschieden zwischen der Geld- und Bodenreform und der NS-Politik sowie zu den Verhaltensweisen und Schicksalen von Gesells Anhängern während der NS-Zeit vgl. Werner Onken (1997).

88 Hermann Priebe (1985), S. 51 und 211. – Wilhelm Magura zufolge orientierte sich Darré bei der Schaffung des Reichsnährstandes an den Vorstellungen von Gustav Ruhland; vgl. Magura (1986), S. 259. – Zum Anfangsstadium der NS-Diktatur vgl. Hagen Schulze (1996), S. 197 ff.

89 Ernst Klein (1969), S. 88.

tierte deutsche Agrarmarkt mit Zöllen weitgehend gegenüber ausländischen Märkten abgeriegelt.

Diese dirigistische Agrarpolitik wurde seit dem September 1933 noch durch ein "Reichserbhofgesetz" ergänzt. Höfe bis zur Größe von 125 Hektar sollten demnach nur noch nachweislich arischen Bauern gehören dürfen, um das Bauerntum als "Blutquelle des deutschen Volkes" zu reinigen und einen "Neuadel aus Blut und Boden" zu schaffen. Die "Erbhöfe" waren weder veräußerlich noch hypothekarisch belastbar und durften nur auf den jeweils ältesten Sohn des Erbhofbauern vererbt werden (die zweiten und jüngeren Bauernsöhne sollten später im germanisierten Osten angesiedelt werden). In den ersten Jahren der NS-Diktatur entstanden annähernd 700.000 mittlere und größere Erbhöfe (bei insgesamt rund zwei Millionen Bauern in Deutschland) mit etwa 37 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzflächen. In Ausnahmefällen wurden auch Großgrundbesitzungen in Erbhöfe umgewandelt. Kleinbauern wurden als "lebensunfähig" gering geschätzt, obwohl sie einen großen Teil der Lebensmittel erzeugten. In Wirklichkeit ging also mit der Schaffung von "entwicklungsfähigen Erbhöfen" eine Verdrängung von bäuerlichen Familienbetrieben einher. Während sich Erbhofbesitzer "Bauern" nennen durften, galten die anderen Bauern nur als "Landwirte". Auch der Handel mit nicht erbhofmäßig gebundenen landwirtschaftlichen Flächen unterlag einer staatlichen Kontrolle. Jedoch drängten die Hypothekenbanken ab 1937 auf eine vollständige Wiederherstellung der Beleihbarkeit der Grundstücke und des Rechts zur Zwangsvollstreckung. In der Folgezeit nahm die Verschuldung der Landwirtschaft wieder zu.

Inzwischen war längst offensichtlich, dass es dem Nationalsozialismus darum ging, dem "Volk ohne Raum" mit militärischer Gewalt einen neuen "Lebensraum im Osten" zu verschaffen. Es gab Planungen der NS-Führung, die kleineren und mittleren Höfe im Westen noch stärker zu Großbetrieben zusammen zu legen und die Großbetriebe dann auch auf die noch zu erobernden slawischen Gebiete im Osten auszudehnen. Nur mit landwirtschaftlichen Großbetrieben erschien die Ernährungsbasis für die zivilen und militärischen Ziele des NS-Regimes erreichbar. Deshalb wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft in den besetzten Gebieten auch nicht rückgängig gemacht. Nur im Baltikum erhielten frühere Eigentümer ihr Land zurück, um deren Unterstützung für die Kriegführung gegen Russland zu bekommen.⁹⁰ –

Soweit sich der Widerstand gegen das NS-Regime mit agrarpolitischen Fragen beschäftigte, gingen seine Vorstellungen in eine ganz andere

90 Ernst Klein (1969), S. 88. – Hermann Priebe (1985), S. 51. – Hans-Erich Volkmann (2003), S. 414-415.

Richtung. Innerhalb des von Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg gebildeten Kreisauer Kreises war es vor allem Horst von Einsiedel, der nach dem Krieg eine "Vermassung des Menschen" und seine Verkümmerng zu einem "mechanischen Teil einer materialistisch ausgerichteten und rationell gesteuerten Staatsmaschine" überwinden wollte. Die persönliche Freiheit der Bauern und ihr "Gemeinschaftsbewusstsein" wollte Einsiedel in Formen eines "organischen Lebens" einbinden. Er hielt eine "Gliederung des landwirtschaftlichen Besitzes" für notwendig, die "möglichst viele wirtschaftlich selbständige Existenzen auf dem Lande begründet" und der Landflucht entgegenwirkt.⁹¹ Als "Wurzel organischen Lebens" und als eine Hürde für eine zu weit gehende Technisierung der Landwirtschaft sollte es möglichst viele breit gestreute "selbständige Ackernahrungen" geben.⁹² Ob innerhalb des Kreisauer Kreises auch über konkrete Details einer Reform des Bodenrechts diskutiert wurde, lässt sich nicht mehr feststellen, weil die Protokolle der agrarwirtschaftlichen Beratungen verloren gegangen sind.⁹³

6.2 Unterschiede zum Kommunismus

In Russland hatte der Zar Alexander II. die Leibeigenschaft zwar 1861 aufgehoben, doch blieb der Gegensatz zwischen Großbauern und besitzlosen Landarbeitern weiterhin bestehen. Das vorerst unveränderte System der russischen Dorfgemeinschaften (Mir) trug ebenfalls dazu bei, dass keine wirtschaftlich selbständige Bauernschaft entstehen konnte. Wenn nämlich alle paar Jahre durch den Tod alter Bauern und das Heranwachsen

91 Ger van Roon (1994), 524 und 445-447. – Hans Mommsen in: Hermann Graml Hg. (1984), S. 33-39. – Über die Vorgeschichte des Kreisauer Kreises vgl. Walter Greiff, Das Boberhaus in Löwenberg 1933-1937, Sigmaringen 1985.

92 Manuskript von Horst von Einsiedel mit Datum vom 28.11.1941, das später im Nachlass von F. Christiansen-Weniger gefunden wurde; es befindet sich in der Gedenkstätte der "Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung" in Krzyzowa/Kreisau und soll in einem geeigneten Rahmen veröffentlicht werden. (www.krzyzowa.org.pl) – Über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Vorstellungen der Geld- und Bodenreformer und des Kreisauer Kreises vgl. Werner Onken (1997), S. 49-55.

93 Wilhelm Magura zufolge gehörte ein Graf Yorck von Wartenburg während der 1848er Revolution zu den wenigen Vorkämpfern einer grundlegenden Agrarreform; er könnte ein Vorfahre von Peter Graf Yorck von Wartenburg sein, der dem Kreisauer Kreis angehörte und wie Helmuth James Graf von Moltke vom NS-Regime hingerichtet wurde. (Vgl. Wilhelm Magura (1986), S. 83) – In ihren "Erinnerungen an Kreisau 1930-1945" beschreibt Freya von Moltke, wie das Gut der Familie Moltke in Kreisau infolge der großen Weltwirtschaftskrise völlig überschuldet und von der Zwangsversteigerung bedroht war, wie die "Osthilfe schließlich auch noch Kreisau zugute kam" und wie mühsam es für ihren Mann Helmuth James war, den Gutsbetrieb im Laufe der Jahre von Schulden und Zinsverpflichtungen wieder zu befreien. (1997, S. 11, 17 und 30) Auch die in keiner Weise zum typischen Bild der 'Junker' passenden politischen Überzeugungen von Helmuth James von Moltke sind in den "Erinnerungen" eindrucksvoll beschrieben. – Vgl. außerdem Daniela Rütter (2002).

junger Bauern das Gemeindeland im Losverfahren neu verteilt wurde, konnte niemand sicher sein, 'seine' Äcker und Weiden wieder zu bekommen. Infolgedessen verloren die Bauern das persönliche Interesse an ihrem zeitweiligen Pachtland und gingen oftmals zum Raubbau über. Damit geriet der Mir auf ähnliche Weise in Misskredit wie in anderen Ländern die Allmenden. Statt die landwirtschaftliche Nutzung des Gemeindelandes mit langfristigen Pachtverträgen neu zu regeln – wie es Gesell empfahl –, wurde ab 1905 im Zuge einer von dem Ministerpräsidenten Stolypin eingeleiteten Agrarreform das Land der Dorfgenossenschaften aufgeteilt und privatisiert.⁹⁴

Diese Privatisierung, die mehr den Groß- als den Kleinbauern nützte, wurde 1917 von der bolschewistischen Oktoberrevolution überrollt. Der Großgrundbesitz in Russland wurde entschädigungslos enteignet und zu Staatseigentum erklärt, wovon rund 40 Millionen Hektar an Kleinbauern und Landarbeiter verteilt wurden, ohne dass die Bolschewisten eine Vorstellung von der Entwicklung einer bäuerlichen Landwirtschaft gehabt hätten. Die landwirtschaftliche Produktion ging alsbald stark zurück, weil den Kleinbauern und Landarbeitern die nötigen Betriebsmittel fehlten. Da auch die Versuche mislangten, durch eine Zusammenfassung der Kleinbetriebe auf kollektiver Grundlage eine Produktionssteigerung zu erreichen, kam es in den Jahren 1920 bis 1922 zu schweren Hungersnöten. Nach diesem Scheitern des Bolschewismus, den Gesell als eine unfreiheitliche "vorsintflutliche Gesellschaftsordnung" ablehnte⁹⁵, ließ Lenins "Neue Ökonomische Politik" vorübergehend wieder privates Bodeneigentum zu, bis Stalin 1929 die zweite Phase der bolschewistischen Agrarrevolution mit dem Kampf gegen Großbauern einleitete. Unzählige sog. 'Kulaken' wurden von ihren Gutshöfen vertrieben und als 'Klassenfeinde' ermordet. Um das private Großbauerntum endgültig zu vernichten, wurden die Gutshöfe zwangsweise zu großen Kolchosen zusammen gelegt, denen sich auch kleine und mittlere Höfe anschließen mussten. Die Produktion und die Verteilung der Lebensmittel waren fortan in den Händen des kommunistischen Staates zentralisiert. So bestand die aus den Zeiten des zaristischen Feudalismus stammende soziale Ungleichheit

94 Max Sering (1929). – Unbeachtet blieb die Forderung des berühmten russischen Dichters Leo Tolstoi, das Bodenrecht in Russland gemäß den Vorschlägen des nordamerikanischen Bodenreformers Henry George zu reformieren und bei Zulassung von privatem Bodeneigentum den Bodenwert mit Hilfe einer "Single-Tax" zu besteuern. (Vgl. Tolstoi 1974) – In einem 1913 erschienenen Aufsatz "Die künstliche Aufrechterhaltung des heutigen Kräfteverhältnisses der politischen Parteien" bedauerte Gesell, dass das Mir-System schrittweise aufgelöst und privatisiert statt reformiert wurde. (1988-2000 Band 7, S. 327-328, und Band 11, S. 78) – Zur 'Bevölkerungspolitik' im Nationalsozialismus vgl. Heinrich Riehl (1935).

95 Silvio Gesell über das Scheitern des Bolschewismus in Band 13, S. 121-125; Band 14, S. 188 und 322-323; Band 16, S. 40-43.

auf dem Lande über kurze 'bürgerliche' Zwischenphasen hinaus in der Form eines kommunistischen Feudalismus fort, der sich anders als die Romantik des frühen 19. Jahrhunderts modernisierte, indem er sich mit seiner technokratischen Zentralplanung und seinen mechanisierten Großbetrieben extrem weit von den natürlichen Grundlagen der Landwirtschaft entfernt hat – mit entsprechenden Folgen für die Natur – und infolge von Versorgungsmängeln auf Lebensmittelimporte angewiesen war.⁹⁶

Unter dem Eindruck der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in Russland entwickelte sich innerhalb der Sozialdemokratie eine kritische Gegenposition zur marxistischen Annahme einer historischen Gesetzmäßigkeit, wonach das Kleinbauerntum im Prozess der Kapitalkonzentration zum Untergang verurteilt und die Bildung von mechanisierten Großbetrieben unausweichlich sei. Eine Rolle spielte dabei freilich auch die Hoffnung, die Basis der Sozialdemokratie über die Industriearbeiterschaft hinaus auch auf die Landbevölkerung auszuweiten. Ab 1927 erkannte die SPD deshalb in ihrem Programm das private Eigentum an landwirtschaftlichen Grundstücken und Betriebsmitteln an und forderte von den Großgrundbesitzern, ihr über 750 Hektar hinausgehendes Land gegen eine Entschädigung an den Staat abzugeben und von bisherigen Landarbeitern besiedeln zu lassen.⁹⁷

Während die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg in Russland noch weiter forciert wurde – mit dem allerdings nur ansatzweise erreichten Fernziel, die ländlichen Siedlungsstrukturen in "Agrostädte" umzuwandeln und die Landwirtschaft vollends zu industrialisieren –, begann auch in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands bzw. in der DDR eine schrittweise Umstrukturierung der Landwirtschaft nach sowjetischem Muster. Zwischen 1945 und 1949 sollte eine Bodenreform das "Junkerland in Bauernhand" überführen. Neben ehemaligen Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern wurden mehr als 7000 Gutsbetriebe mit jeweils über 100 Hektar (insgesamt 2,5 Millionen Hektar) und 4300 Bauernhöfe unter 100 Hektar (insgesamt 130.000 Hektar) entschädigungslos enteignet und zusammen mit etwa 650.000 Hektar aus öffentlichem Bodeneigentum in einen Bodenfonds eingebracht und an Landarbeiter, Flüchtlinge und Vertriebene neu verteilt. Rund 210.000 Personen erhielten Betriebsflächen von jeweils etwa acht Hektar. Etwa 120.000 Kleinbauern und landlose Pächter erhielten zusätzliches Land. Und an 180.000 Arbeiter, Handwerker und Angestellte wurde jeweils ein halber Hektar zum Gemüseanbau verteilt.⁹⁸

96 Hermann Priebe (1985), S. 125-132. – Otto Schiller (1960).

97 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1925). – Eduard David (1922). – Fritz Baade (1928).

98 Zur offiziellen Begründung dieser Bodenreform vgl. Edwin Hoernle (1946). – Vgl. auch den kritischen Rückblick von Joachim Nawrocki (1995), S. 14.

Vor ihrer Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED hatte die SPD in Anknüpfung an die Gedanken von Eduard David noch Bedenken gegen eine überstürzte Zwangsent eignung der Junker geäußert. Sie kritisierte, dass die Junker keine Chance zum Überleben als mittlere Bauern hatten, und zweifelte auch an der wirtschaftlichen Existenzfähigkeit der sogenannten "Neubauern". Die Bodenreform der Jahre 1945 bis 1949 beruhte also nicht auf einem "antifaschistischen Konsens"; ihr fehlte eine echte "Legitimation als Maßnahme zur Korrektur der ungleichen Besitzverteilung in den ostelbischen Regionen" und sie war kein rechtsstaatlich gestalteter Übergang von der ostelbischen Gutswirtschaft zu einer mittelständischen Landwirtschaft.⁹⁹ Eine ähnliche Kritik erfuhr die sogenannte Bodenreform in der SBZ auch aus den Kreisen von Gesells Nachfolgern: "Privaten Landbesitz dem einen zu nehmen und dem anderen zu geben – das ist keine 'Bodenreform'."¹⁰⁰ In der SED-Propaganda galt diese 'Bodenreform' jedoch als "das größte revolutionäre Ereignis in der Geschichte unseres Volkes" und die "demokratischen Funktionäre der werktätigen Landbevölkerung" wurden als "echte Enkel der heroischen Gestalten des großen Deutschen Bauernkriegs" verherrlicht.¹⁰¹

Ähnlich wie in der Sowjetunion traten jedoch auch in der DDR Versorgungsengpässe auf, so dass auch dort die Landwirtschaft im Laufe der 1950er und 1960er Jahre zwangskollektiviert wurde. Aus den ursprünglich etwa 800.000 unterschiedlich großen landwirtschaftlichen Betrieben gingen zunächst 300 bis 400 Hektar große Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGs) hervor, die später – analog zu den Industriekombinaten – bei gleichzeitiger Spezialisierung entweder auf den Pflanzenanbau oder auf die Tierhaltung zu rund 5000 Hektar großen "Kooperativen Abteilungen" der LPGs zusammen gelegt wurden.¹⁰² Nur in Polen führte der Widerstand der Bauern dazu, dass die Landwirtschaft dort nicht in dem Maße zwangskollektiviert wurde wie in der Sowjetunion, in der DDR und in den übrigen osteuropäischen Ländern.

Einen rund 30 % großen Teil der Lebensmittel erzeugte jedoch in der Sowjetunion wie in der DDR, in der Tschechoslowakei sowie in Ungarn, Rumänien und Bulgarien die privat gebliebene Kleinstlandwirtschaft auf nur 2 – 3 % der landwirtschaftlichen Flächen. Der chinesische Kommunismus blieb seinen agrarischen Wurzeln ohnehin stärker verbunden

099 Arnd Bauerkämper Hg. (1996), S. 8-13.

100 Karl Walker (1946), S. 65-70.

101 Zitiert nach Arnd Bauerkämper Hg. (1996), S. 13.

102 Vgl. Hermann Priebe (1985), S. 132. – V. Klemm Hg. (1985), S. 176 ff.

und war nicht so technokratisch orientiert wie der Kommunismus in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten.¹⁰³

6.3 Gewerbliche Landwirtschaft – marktorientiert, aber nicht mehr rentabilitätsorientiert

Aus der Sicht von Silvio Gesells "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" stellen die Agrarromantik und der Nationalsozialismus einerseits und der Kommunismus andererseits mit ihren jeweiligen Konsequenzen für die Landwirtschaft antiliberaler, marktfeindliche Rückfälle in quasi-feudale Strukturen dar. Sowohl die rückwärts gewandten als auch die fortschrittsgläubigen Ausprägungen des Totalitarismus begegneten sich in dem technokratischen Glauben an die Planbarkeit der landwirtschaftlichen Produktion. Demgegenüber entwarf Silvio Gesell mit seiner Bodenrechts- und Geldreform erstmals die Grundzüge einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft, in der sich die Landwirtschaft gleichrangig neben der Industrie und anderen Wirtschaftszweigen als ein Gewerbe entfalten kann, das zwar gemäß den Vorstellungen Albrecht von Thaers noch markt- und gewinnorientiert wäre, das aber nicht mehr dem Primat des Rentabilitätsprinzips unterläge. Sie könnte dann auch in größerem Ausmaß als bisher Formen der Subsistenzlandwirtschaft annehmen. Die Landwirtschaft würde sich nicht länger im Teufelskreis der Verschuldung drehen und allmählich vom Zwang zu ihrer immer weitergehenden Kapitalisierung, Technisierung und Naturentfremdung befreit.

Nach einer Reform des Bodenrechts im Sinne Gesells würde der landwirtschaftlich nutzbare (ebenso wie der städtische) Boden als ein nicht länger verkäufliches und beleihbares Gemeinschaftsgut von der öffentlichen Hand zur privaten Nutzung an selbständige Bäuerinnen und Bauern vergeben – und zwar gegen eine Nutzungsgebühr in Gestalt der Pacht, deren Höhe vom Markt bestimmt wird. Entgegen der Forderung im NSDAP-Programm lässt sich die Bodenrente aufgrund der Knappheit des Bodens nicht "abschaffen", sondern nur auf gerechte Weise zurückverteilen. Ebenso verfehlt war es, den verstaatlichten Boden wie im sowjetischen Herrschaftsbereich als ein kostenloses Gut zu behandeln und seine Zuordnung zu den Nutzern einer staatlichen Planungsbürokratie zu überlassen. Nach den Vorstellungen Gesells darf bei der Vergabe von Bodennutzungsrechten niemand aufgrund seiner Rassen- oder Klassenzugehörigkeit bevorzugt bzw. benachteiligt werden: "Der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und der körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können,

103 Vgl. Hermann Priebe (1985), S. 131-132 und 135-139. – Arnd Bauerkämper (1996), S. 9-10.

wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. ... Die Übergabe des Bodens an die Bebauer erfolgt auf dem Wege der öffentlichen Pachtversteigerung, an der sich jeder Mensch beteiligen kann, und zwar ausnahmslos jeder Bewohner der Erdkugel." ¹⁰⁴ Eine 'bevölkerungspolitisch' motivierte 'Arisierung' der Landwirtschaft wäre hierbei genau so ausgeschlossen wie die Liquidierung einer 'Kulakenklasse': "Es waren doch Menschen wie alle anderen, weder besser noch schlechter. ... Sie waren keine besondere Rasse." Auch bei der Rückverteilung der Bodenpachten als Entgelt für die häusliche Familienarbeit sollte es keinerlei Ungleichbehandlung geben. ¹⁰⁵

Eine Reform des Geldwesens auf nationaler wie internationaler Ebene würde den strukturellen Nachteil der Landwirtschaft gegenüber der Industrie und anderen Wirtschaftszweigen kompensieren und über eine Senkung des Zinsniveaus gegen Null nach einer Übergangsphase dazu führen, dass die (Welt-)Marktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse den tatsächlichen Bedarf der Menschen sowie die räumlich unterschiedlichen Produktions- und Transportkosten der Lebensmittel widerspiegeln. Die Agrarmärkte könnten sich dann ohne Protektionismus und Subventionen seitens staatlicher oder supranationaler Planungsbürokratien selbsttätig ordnen. Je nach den geografischen und klimatischen Bedingungen und dem Bedarf der Menschen könnte im Zuge der dezentralen Selbstordnung entmonopolisierter Welt-(agrar)märkte aus der sozialen Ungleichheit auf dem Land eine breite Schicht von selbständigen, hauptsächlich mittleren landwirtschaftlichen Einzelbetrieben und freiwilligen Genossenschaften ohne jeden "entwicklungsfähigen Erbhof" und ohne jede Kolchose hervorgehen. Bei einem gegen Null tendierenden Zinsniveau lässt zugleich der mit der bisherigen Kapitalkonzentration verbundene Systemzwang zur Mechanisierung und Technisierung der Landwirtschaft nach, so dass sich der Grad ihrer Intensivierung den Bedürfnissen der Menschen und der Natur statt den Kapitalinteressen entsprechend 'zwischen Pferdegespann und Agrarfabrik' einpendeln könnte.

104 Silvio Gesell (1988–2000), Band 11, S. 72.

105 Über das Aufgehen der Agrarier in der Allgemeinheit vgl. Silvio Gesell (1988–2000), S. 90. – Gemäß dem damaligen Verständnis der Geschlechterrollen schlug Gesell vor, "das Pachtgeld restlos in Monatsbeträgen unter die Mütter nach der Zahl ihrer Kinder zu verteilen. Keine Mutter, einerlei woher sie kommt, kann von diesen Bezügen ausgeschlossen werden." (Band 11, S. 72; vgl. Anm. 42 im Abschnitt 5.1)

7 Die Weichenstellung nach dem zweiten Weltkrieg – marktwirtschaftliche oder bürokratisch-dirigistische Agrarpolitik ?

Nach dem zweiten Weltkrieg wäre Hermann Priebe zufolge in Westdeutschland eine agrarpolitische Neuorientierung möglich gewesen. In der Fachwelt rangen damals zwei Lager um den Einfluss auf die Politik: Auf der einen Seite standen die Anhänger einer freiheitlichen Marktwirtschaft, die die seit 1878 im deutschen Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der NS-Diktatur bürokratisch reglementierte Landwirtschaft in eine freie Wettbewerbsordnung mit einer sich selbst überlassenen Preisbildung integrieren wollten. Auf der anderen Seite standen diejenigen Kräfte, die in Anknüpfung an die bürokratischen Marktordnungen des Reichsnährstandes für die Landwirtschaft innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft einen "agrarpolitischen Ausnahmebereich" durchsetzen wollten.¹⁰⁶

Die marktwirtschaftlichen Kräfte in der Agrarpolitik orientierten sich am Ordoliberalismus der Freiburger Schule der Ökonomie. Vor allem Walter Eucken entwickelte im Gegensatz zum Laissez-faire-Prinzip des klassischen Liberalismus die Vorstellung einer rechtlichen Rahmenordnung für eine von Monopolen befreite Marktwirtschaft der vollständigen Konkurrenz, die sowohl die Unternehmensgrößen als auch die Technik auf ein mittleres Maß zurückführt: "Der Industriemassstab setzt sich in der vollständigen Konkurrenz aus kleineren Werken zusammen als in anderen Marktformen." Und im Blick auf die Landwirtschaft stellte sich Eucken eine gegenseitige Ergänzung von marktorientiertem Gewerbe und "Eigenwirtschaft" vor: "Im Bauernhof sind beide Ordnungsformen miteinander verschmolzen."¹⁰⁷ Auch Alexander Rüstow bevorzugte den Einsatz von "bäuerlichen Kleinmaschinen und -geräten" gegenüber einer weitergehenden Mechanisierung der Landwirtschaft.¹⁰⁸

Dem Ordoliberalismus fehlte jedoch sowohl die Einsicht als auch die Kraft, der angestrebten Ordnung der vollständigen Konkurrenz ein bodenrechtliches und geldpolitisches Fundament im Sinne der Vorschläge von Gesell zu verschaffen – und das, obwohl bereits bedeutende liberale Ökonomen des 19. Jahrhunderts wie Hermann Heinrich Gossen, John Stuart

106 Hermann Priebe (1985), S. 53-54.

107 Zu diesem Rechtsrahmen gehörte für Eucken zuallererst eine stabil geordnete Währung, sodann eine Offenheit der Märkte, Privateigentum an Produktionsmitteln (zum Privateigentum an Boden äußerte sich Eucken nicht), Vertragsfreiheit und die Unmöglichkeit, die Haftung für die Folgen wirtschaftlichen Handelns zu beschränken (vgl. Walter Eucken, 1952, S. 254-290. – Zur Reduktion von Betriebsgrößen und Technik vgl. S. 237 und 246-247. In dieser Hinsicht war der Ordoliberalismus bereits ein früher Vorläufer von E.F. Schumachers "Small is beautiful", 1977).

108 Alexander Rüstow (1951), S. 387-394.

Mill und Leon Walras Bedenken gegen die Behandlung des Bodens als Handelsware und Kapitalgut vertreten hatten.¹⁰⁹

Die ursprünglich von den Siegermächten auch für Westdeutschland beabsichtigte Bodenreform wurde in Anbetracht des abschreckenden Beispiels der ostdeutschen Bodenreform hinausgeschoben und schließlich – auch unter dem Einfluss des Deutschen Bauernverbandes – ganz unterlassen. "Ende 1947 zeichnete sich die weitgehende Erhaltung der agrarischen Besitzstruktur in Westdeutschland deutlich ab."¹¹⁰ Und da vor und nach der Währungsreform von 1948 auch eine Strukturreform des Geldes noch ganz außerhalb der Sichtweite des Ordoliberalismus und der damaligen Wirtschaftspolitik lag, war eine Restauration der kapitalistischen Marktwirtschaft mit der ihr eigenen scheinbar naturbedingten, aber in Wirklichkeit in der strukturellen Übermacht des Geldes begründeten 'Schwäche' der Landwirtschaft gegenüber der Industrie vorgezeichnet. Statt diese Übermacht des Geldes abzubauen und das Geld mit der Natur auf eine Stufe zu stellen, knüpfte die Agrarpolitik an den alten Protektionismus an. Um die 'natürliche Unterlegenheit' der Landwirtschaft zu kompensieren und eine 'Parität' mit der Industrie zu erreichen, ergriff sie – auch wegen ihrer kriegsbedingt niedrigen Produktivität – neue Schutzmaßnahmen, zunächst in der Form von Getreidepreisfestsetzungen: "Die Führung der deutschen Landwirtschaft blieb ihrer großbäuerlichen Herkunft und ihrem Denken nach weitgehend in der Tradition des Reichsnährstandes." Der neue Protektionismus konzentrierte sich auf den Anbau von Getreide und Zuckerrüben sowie auf die Erzeugung von Milch und Fleisch, "die typischen Produkte der größeren Betriebe", während die von der OECD geforderte Liberalisierung auf Produkte wie Käse, Eier, Geflügel, Obst und Gemüse beschränkt blieb, "die mehr in das Produktionsprogramm der kleineren Bauern gehörten. So blieb die Privilegierung der größeren Betriebe und die entsprechende Benachteiligung der auf arbeitsintensive Erzeugnisse angewiesenen Bauern bestehen."¹¹¹

109 Hermann Heinrich Gossen (1853/1927), S. 250-277. – Über John Stuart Mill vgl. Michael Silagi (1973). – Leon Walras (1990), S. 186-194. – Vgl. auch die historische Übersicht von Elisabeth Meyer-Renschhausen (1999), S. 3-9. – Über den fehlgeschlagenen Versuch, den Ordoliberalismus um die Bodenrechts- und Geldreform zu erweitern, vgl. Ernst Winkler (1975), S. 13-31, besonders S. 23: "In der Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft waren bereits die Keime zu ihrer Korruption und Perversion angelegt." Vgl. außerdem Ernst Winkler (1980).

110 Arnd Bauerkämper (1996), S. 11. Vgl. dazu außerdem die Beiträge von Ulrich Enders "Die Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands 1945-1949" und von Peter Exner "Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Westdeutschland im Schatten der Bodenreformdiskussion", in: Arnd Bauerkämper Hg. (1996), S. 169-180 bzw. 181-219. Zur Rolle des Deutschen Bauernverbandes vgl. Hermann Priebe (1985), S. 211.

111 Hermann Priebe (1985), S. 53-54.

Die nach 1945 gegebene Chance zu einer Neuorientierung der Agrarpolitik war damit verpasst. Nach ihrem eigenen Selbstverständnis blieb die Landwirtschaft dazu verurteilt, als schutzbedürftiges Schlusslicht der kapitalistischen Industriegesellschaft in den "Bahnen" zu bleiben, "die den herrschenden natürlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnissen angepasst sind".¹¹² Innerhalb dieser Bahnen blieb ihr nichts anderes übrig, als sich dieser "unabänderlichen Entwicklung" anzupassen, ihre Kapital- und Energieintensität zu steigern und sich in einer rasanten Aufholjagd der Industrie anzugleichen. Bezeichnend für diesen auf die Landwirtschaft ausgeübten Anpassungsdruck war das nunmehr auch in landwirtschaftlichen Lehrbüchern verbreitete Verständnis der Bauernhöfe als "technisch-wirtschaftliche Mechanismen".¹¹³

7.1 Landwirtschaftlicher Boden, Pflanzen und Tiere als verzinsliche Kapitalgüter

Wie selbstverständlich betrachteten die westlichen Agrarwissenschaftler und die Agrarökonomie den im Privateigentum befindlichen landwirtschaftlich nutzbaren Boden als eine mit Hypotheken beleihbare "sichere Kapitalanlage", die sich – was "allgemein üblich und einleuchtend" sei – "wie alle Kapitalgüter verzinsen" müsse. Der Bodenzins müsse dem Bodeneigentümer "gerechterweise zugeschrieben werden" wie der Geldzins den Eigen- und Fremdkapitalgebern.¹¹⁴

Neben dem Boden galten weitere Bereiche der belebten Natur – genau so wie das aus Gebäude und Maschinen bestehende unbelebte Kapital – als Kapitalgüter: auch die Pflanzen und Tiere waren für die Agrarökonomie verzinsliches "Pflanzen- und Tierkapital" (ebenso wie die Wälder in der Forstwirtschaft). Dementsprechend gliederte sich das landwirtschaftliche Kapital auf in 1. das Bodenkapital, 2. das "produktive bzw. schaffende Kapital" (Pflanzen und Tiere), 3. das "unterstützende oder produktionssteigernde Kapital", welches nur zu bestimmten Zeiten eingesetzt wird wie das Saatgut, die Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, oder welches regelmäßig eingesetzt wird wie die Bodenmeliorationen, Gebäude, Maschinen, Energie und Futtermittel.¹¹⁵

112 So definierte Richard Roth die Zweckbestimmung der landwirtschaftlichen Produktion schon während der 1920er Jahre in seinem in der Thaer-Bibliothek erschienenen Lehrbuch (1927), S. 7 (Vorwort) und 89.

113 Kurt Abromeit (1964), S. 13 und 52.

114 Kurt Abromeit (1964), S. 20 und 26-27.

115 Kurt Abromeit (1964), S. 46-52 (Pflanzen- und Tierkapital), 66-67.

Dass allerdings die Landwirtschaft trotz aller produktivitätssteigernder Mittel "nicht so hohe Zinsen zahlen kann wie die übrige Wirtschaft", lag nach Auffassung der herrschenden Agrarökonomie nicht an der (gar nicht wahrgenommenen) strukturellen Übermacht des kapitalistischen Geldes und davon abgeleitet der Industrie, sondern an den "naturbedingten Benachteiligungen ihrer Produktion" in Form der mangelnden Flexibilität des Bodens, der Abhängigkeit von Klima- und Wetterbedingungen sowie der Pflegebedürftigkeit und Krankheitsanfälligkeit von Pflanzen und Tieren. Deshalb galt es als "selbstverständlich, dass die weniger ertragreichen Kapitalanagemöglichkeiten der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie nicht locken", dass landwirtschaftliche Kredite durch die Eintragung von Grundschulden oder Hypotheken in den Grundbüchern abgesichert werden und dass darüber hinaus "der langjährige Agrarkredit der staatlichen Unterstützung bedarf".¹¹⁶

Statt die in Jahrillionen gewachsene Natur zum Maßstab zu nehmen und die aus ihrem Rahmen fallende strukturelle Übermacht des Geldes und der rentableren Industrie gegenüber der Landwirtschaft durch eine Anpassung des Geldes an die Natur zu neutralisieren, wurde die Landwirtschaft umgekehrt mit 'staatlicher Unterstützung' auf die Ebene des zinstragenden Geldes 'angehoben'. Was in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg vorübergehend noch sinnvoll sein mochte, um zur sicheren Ernährung der wachsenden Bevölkerung überhaupt Kapital in die Landwirtschaft zu locken, entwickelte sich seit der Mitte der 1950er Jahre im Rahmen der europäischen Agrarpolitik zu einer absurden Förderung der Produktion, Lagerung und Vernichtung von Lebensmittelüberschüssen in Gestalt von Milchseen, Butter-, Getreide- und Fleischbergen. Die Landwirtschaft wurde dabei mehr und mehr von einer bis dahin arbeitsintensiven Agrarkultur zu einem kapitalintensiven Agrobusiness. Von einer naturnahen Erzeugerin von Lebensmitteln wandelte sich die Landwirtschaft zu einem zunehmend naturfernen, dafür aber rentablen Wachstumsfeld für das sich auf den Kapital- und industriellen Gütermärkten vermehrende, konzentrierende und immer neue Anagemöglichkeiten suchende Geldkapital. Die Böden, Pflanzen und Tiere wurden mit Hilfe von chemischen Düngemitteln sowie sog. Pflanzenschutzmitteln (die Nachsilbe "-zid" in den Begriffen Pestizide und Herbizide bedeutet "tötend, Leben vernichtend"!) bzw. mit Hilfe von Kraftfuttermitteln und Tierarzneien zu naturfernen, dafür aber rentablen Hochleistungsmaschinen. In Monokulturen gepflanzt bzw. in Massen gehalten sollten sie mit wenig Arbeitsaufwand und viel Kapital- und Energie-

116 Kurt Abromeit (1964), S. 70-71.

aufwand möglichst 'billige' Lebensmittel für eine größer werdende städtische Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft bereit stellen. Mit der Kapitalisierung der Landwirtschaft ging ein Strukturwandel der ländlichen Regionen einher, bei dem die Dörfer ihren bäuerlich-handwerklichen Charakter weitgehend verloren. Während sich das Geld- und Realkapital in (groß-)städtisch-industriellen Ballungsräumen konzentrierte, wanderten viele Menschen vom Land in die Städte ab und aus dem Land wurden sog. 'strukturschwache', weil kapitalarme Regionen.¹¹⁷

7.2 Das protektionistische System von Preispolitik und Förderungsmaßnahmen als "Geheimwissenschaft"

Um den Bauern gleichwohl ein mit den Industriearbeitern und Dienstleistern vergleichbares Einkommensniveau zu gewährleisten, schuf die Agrarpolitik ein kompliziertes Protektionssystem, an dessen Anfang die Festsetzung des Getreidepreises stand. Diese Getreidepreisfestsetzung zog über ihre Auswirkungen auf die Fleisch- und Eierproduktion unzählige weitere Protektionsmaßnahmen nach sich, u.a. Kontingentierungen bei der Milch und beim Zucker, weil die agrarpolitischen Interventionen in das durch das strukturell überlegene Geld ohnehin schon verzerrte Marktgefüge zusätzliche Ungleichgewichte hineintrugen. Die Versuche, diese Ungleichgewichte durch weitere Interventionen zu bekämpfen, zogen eine nicht endende Kette von Folgeinterventionen nach sich, ohne dass sich das imaginäre Marktgleichgewicht auf diesem Weg jemals herstellen ließ. Auf dem Irrweg des Protektionismus blieb es unerreichbar wie eine Fata Morgana.

In Anbetracht der "ungeahnten Kumulation von Protektionsmaßnahmen" nahm das Geflecht aus Subventionen, Prämien sowie Zöllen für die betroffenen Bauern und ihre Konsumenten immer mehr den Charakter eines undurchschaubaren Dschungels an. Und selbst die Fachleute im Ministerium und in der Agrarkommission der EU wurden zu "Gefangenen dieses Systems", in dem sie sich selbst wie in einem Kreis drehten und den Überblick verloren. Priebe zufolge entwickelte sich das Protektionssystem der europäischen Agrarpolitik zu "einer Art Geheimwissenschaft" mit einer geradezu "gespenstischen Perfektionierung".¹¹⁸

Das Geheimnisvolle und Gespenstische dieser europäischen Agrarpolitik lag nicht nur in ihrer undurchdringlichen Kompliziertheit, sondern auch in dem mit Begriffen wie EG-Agrarmarkordnung erweckten Eindruck, als

117 Vgl. Georg Frank (1992) und Robert Musil (2004).

118 Hermann Priebe (1985), S. 65 und 72-74.

stünde die Agrarpolitik im Einklang mit den Grundprinzipien einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik. Das direkte Gegenteil ist jedoch der Fall. Statt durch die "unsichtbare Hand des Marktes" (Adam Smith) wird die europäische Agrarpolitik durch die "unsichtbare Hand der Dirigisten" in Brüssel und in den Landwirtschaftsministerien der EU-Mitglieder fehlgesteuert.¹¹⁹ An die Stelle eines echten Leistungswettbewerbs ist eine marktwidrige Subventionskonkurrenz getreten.

Was Hermann Priebe jedoch bei aller Deutlichkeit seiner Kritik an der europäischen Agrarpolitik nicht bemängelte, war die nicht weniger geheimnisvoll-gespenstische Doppelfunktion der Agrarsubventionen der EU: Einerseits sind sie 'Einkommensbeihilfen', die tatsächlich dazu beitragen, die Existenz vieler Hofbetriebe zu erhalten. Andererseits sind sie zugleich auch aus Steuermitteln der Allgemeinheit aufgebrachte Garantien für die Rentabilität des in der Landwirtschaft investierten Eigen- und Fremdkapitals. Diese Tatsache wird durch die zweifelhafte Vorstellung der Agrarökonomie verdeckt, dass sich das Betriebseinkommen der Bauern aus dem Arbeitsentgelt, den Zinsen, den Bodenrenten und dem Unternehmergewinn zusammensetzt. Dabei werden jedoch unterschiedliche Einkommensarten in unzulässiger Weise vermischt. Arbeitseinkommen der Bauern sind nur die Einkünfte aus ihren unternehmerischen und ausführenden Tätigkeiten, während die Bodenrenten und Kapitalzinsen Belastungen sind, die den Bauern von ihrem eigenen und von geliehenem Fremdkapital auferlegt sind. Allein aus ihren Arbeitseinkünften, d.h. ohne Subventionen könnten die die Belastungen in den allermeisten Fällen nicht tragen. Dies erklärt auch, warum die Subventionen entgegen der Ideologie der bäuerlichen Landwirtschaft weniger den kleinen und mittleren Bauernfamilien zufließen als den kapitalintensiven Großbetrieben, die entsprechend viel Kapital zu 'bedienen' haben.

Dem Interesse des Geldkapitals an einer weiteren Forcierung seines Wachstums und seiner Konzentration auch in der Landwirtschaft kam der 1968 während der ersten großen Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit von dem damaligen Vizepräsidenten der EU-Agrarkommission Sicco Mansholt in die Diskussion gebrachte Vorschlag entgegen, die wenig rentablen sog. "Grenzbetriebe" zur Schließung zu bewegen und nur noch solche landwirtschaftlichen Betriebe mit Hilfe von Subventionen zu fördern, die bestimmte Mindestgrößen vorweisen konnten: Ackerbaubetriebe mit mindestens 80 bis 100 Hektar, Milcherzeuger mit mindestens 40 bis 60 Kühen, Fleischproduzenten mit mindestens 150 bis 200 Rindern, 400 bis 600

119 Hermann Priebe (1985), S. 72.

Schweinen bzw. 100.000 Schlachthühner und Eierproduzenten mit mindestens 10.000 Legehennen. Auch wenn dieser der "alten Großbauernideologie" entsprechende "Mansholt-Plan" nicht offiziell von der EU-Kommission zum Programm erhoben wurde, so hat er dennoch die weitere EU-Agrarpolitik stark beeinflusst. Unter dem ideologischen Deckmantel der "Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe" setzte eine gezielte "Gesund-schrumpfung" der Landwirtschaft ein, indem sog. "einzelbetriebliche Förderungsprogramme" der EU die Betriebe unerbittlich vor die Alternative "Wachsen oder Weichen" stellten. So fielen zwischen 1974-1982 rund 200.000 Bauern, die unterhalb der berüchtigten "Förderschwelle" lagen und sich weder durch Nebenerwerb noch durch den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen als Bauland retten konnten, diesem modernen Bauernlegen zum Opfer.¹²⁰

Nachdem der Nationalsozialismus sog. "entwicklungsfähige Erbhöfe" und der Kommunismus hochindustrialisierte Kolchosen geschaffen hatten, verlegte sich nunmehr die "Grüne Revolution" der EU-Agrarbürokratie auf die Schaffung von "wettbewerbsfähigen Betrieben" – mit problematischen Folgen für die Bauern und die ländlichen Regionen, für die Natur und auch für die Länder der Dritten Welt. Für ihre in Massen gehaltenen Tiere importierten die europäischen Großbetriebe nämlich fortan billige Futtermittel – Soja aus Brasilien, gemahlene Sardinen aus Peru, Ölkuchen aus Indien und Südostasien, Kopra aus der Südsee usw. –, so dass das gequälte Vieh der Reichen und damit auch die Reichen selbst auch noch die Ernährungsbasis der Armen und Hungernden schmälerten.

7.3 Die derzeitige Situation der Landwirtschaft in Deutschland und in der EU

Über Einzelheiten der derzeitigen Lage der Landwirtschaft in Deutschland informieren die jährlich erscheinenden "Ernährungs- und agrarpolitischen Berichte der Bundesregierung" und der "Datenreport" des Statistischen Bundesamts. Allerdings enthalten beide Zahlenwerke nur sehr unzureichende Angaben über die Verteilung des Bodeneigentums und die Verschuldung der Landwirtschaft.

Von den gesamten Bodenflächen in Deutschland (35,7 Mio ha) wird etwa die Hälfte landwirtschaftlich genutzt. 30 % entfallen auf Waldflächen, 2,3 % auf Gewässer und 12,3 % auf Siedlungen und Verkehrswege.¹²¹

120 Hermann Priebe (1985), S. 76 und 85-86. Vgl. außerdem Herbert Pfeifer (1988a, S. 9-10, und 1988b).

121 Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (2003), S. 16-17. – Statistisches Bundesamt Hg., (2003), S. 261. – Zur Forstwirtschaft vgl. Ernst Ulrich Köpf (2003), S. 3-11.

Während 1950 in Westdeutschland noch etwa jede vierte Arbeitskraft auf insgesamt 1,6 Mio Bauernhöfen tätig war, ist es derzeit nur noch etwa jede 40. Arbeitskraft (= 2,5 % der Bevölkerung) in knapp 395.000 landwirtschaftlichen Betrieben. In Anknüpfung an Hermann Priebe spricht Ulrich Kluge deshalb von einem beispiellosen "bäuerlichen Exodus" vom Lande. Von diesem Höfesterben waren hauptsächlich kleinere und mittlere Höfe mit weniger als 50 ha betroffen, während die Zahl der Betriebe über 50 ha von ca. 16.000 auf rund 70.000 gestiegen ist.¹²²

Seit der deutschen Wiedervereinigung beträgt die durchschnittliche Hofgröße in Westdeutschland 29 ha und in Ostdeutschland 203 ha. Der niedrige Durchschnittswert für Westdeutschland ist dadurch bedingt, dass mehr als die Hälfte aller Höfe im Nebenerwerb betrieben wird. Und der hohe Durchschnittswert für Ostdeutschland ist eine Folge der Zwangskollektivierung der DDR-Landwirtschaft und der Rekonstitution ehemaliger Großgrundbesitzungen, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern.¹²³

Von den der Landwirtschaft noch verbliebenen 1,27 Mio Arbeitskräften (2002) sind 0,86 Mio in kleineren und mittleren Familienbetrieben tätig. 37 % der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte sind Frauen – in den Familienbetrieben liegt ihr Anteil über dem Durchschnitt bei 44,6 %, in den größeren Einzelunternehmen nur bei 13 %.¹²⁴

Im einzelnen gliedern sich die gegenwärtig knapp 395.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland in folgende Größenklassen auf:

2 – 010 ha	134.100 Betriebe
10 – 020 ha	85.500 Betriebe
20 – 030 ha	41.900 Betriebe
30 – 040 ha	32.000 Betriebe
40 – 050 ha	24.400 Betriebe
50 – 075 ha	36.300 Betriebe
75 – 100 ha	18.100 Betriebe
mehr als 100 ha	27.300 Betriebe.

122 Ulrich Kluge (2001), S. 44 und 53. – Statistisches Bundesamt Hg.(2003), S. 265.

123 Zur ostdeutschen Landwirtschaft vgl. Tanja Busse (2001). – Zur Weiterentwicklung der früheren DDR-Landwirtschaft nach der Wende bemerkt Ulrich Kluge, dass sich erneut eine "grüne Grenze" durch Deutschland zieht, "die die Agrarlandschaft in überwiegend mittelständische und überwiegend genossenschaftlich-großbetriebliche Landwirtschaft teilt. ... Die Chance, in der relativ offenen Situation von 1990 mit Gespür für die ökologischen Defizite der DDR-Hinterlassenschaft den Grund für eine mittelständisch-bäuerliche Landwirtschaft zu legen, wurde vertan." (Ulrich Kluge 2001, S.128-129) – Zur Einstellung der Geld- und Bodenrechtsreformbewegung zur Bodenreform in der SBZ nach der deutschen Wiedervereinigung vgl. Roland Geitmann (1996), S. 24-32. Vgl. außerdem Roland Geitmann (1993)

124 BMVEL Hg. (2003), Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht, S. 21. – Statistisches Bundesamt Hg. (2003), S. 265. –

Rein zahlenmäßig ist der Anteil der kleineren und mittleren Bauernhöfe in Westdeutschland also trotz aller Konzentrationstendenzen immer noch recht hoch, während es in Ostdeutschland fast nur landwirtschaftliche Großbetriebe gibt. Allerdings werden auch in Westdeutschland 68 % der Anbauflächen von Großbetrieben bewirtschaftet, in Ostdeutschland dagegen 96 %. Die Betriebe mit mehr als 100 ha haben folgende Größenordnungen:

100 – 200 ha	18.600 Betriebe
200 – 500 ha	5.400 Betriebe
500 – 1000 ha	1.700 Betriebe
mehr als 1000 ha	1.600 Betriebe. ¹²⁵

Der Ernährungs- und agrarpolitische Bericht der Bundesregierung weist auch auf eine zunehmende Bedeutung der Landpacht hin. Für 2001 gibt er einen Anteil gepachteter Flächen an den gesamten landwirtschaftlichen Nutzflächen von 63,9 % an, der mit 88 % in Ostdeutschland noch deutlich darüber liegt. Der Anstieg gegenüber den Vorjahren sei durch eine Zunahme in Westdeutschland bedingt.¹²⁶ Allerdings sagt der Bericht der Bundesregierung nichts über mögliche Gründe für die Zunahme des Pachtflächenanteils aus. Er lässt auch im Unklaren, in wessen Händen sich das Eigentum an den landwirtschaftlichen Nutzflächen konzentriert und welche Betriebsgrößen in zunehmendem Umfang auf die Zupachtung von Land angewiesen sind.¹²⁷

Einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel zufolge befinden sich etwa 90 % der landwirtschaftlichen Pachtflächen in Westdeutschland nicht im Eigentum von aktiven Landwirten. Sie gehören auch nur zu einem geringen Teil (20 %) ehemaligen Landwirten. "Die Eigentümerstruktur der in Privatbesitz befindlichen Flächen ist nicht näher bekannt."¹²⁸ In Ostdeutschland hat die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) bislang knapp ein Viertel der etwa 1 Mio ha landwirtschaftlicher Nutzflächen privatisiert.

125 BMVEL Hg. (2003), S. 21. – Statistisches Bundesamt Hg. (2003), S. 265. – Cornelia Roeckl (2003), S. 3-4.

126 BMVEL Hg. (2003), S. 21. – Vgl. auch H. Schultze (1995), S. 739-745.

127 Das Fehlen einer umfassenden Bodeneigentumsstatistik beklagte Hermann Behrens 1989 auch deshalb, weil damit auch ein wirksamer ökologischer Bodenschutz behindert wird: "Auf die Frage nach der Verteilung des Eigentums an Grund und Boden wurde in der Vergangenheit in Deutschland nur mit Vermutungen oder un belegten Zahlen geantwortet." (Vgl. Hermann Behrens 1989, S. 240, und Helmut Schultze 1995)

128 Jörg-Volker Schrader (1998), S. 20. – Für die Schweiz deutete Hans Tschäni schon in den 1980er Jahren eine ähnliche Entwicklung an: "Zwischen 1965 und 1980 ging die Zahl der ganz auf eigenem Boden wirtschaftenden Landwirte von 42 auf 37 % zurück. ... Zugenommen hat hingegen die Zahl der Betriebe, die bis zu 50 % des Bodens zugepachtet haben. 10,5 % der Landwirtschaftsbetriebe sind heute reine Pachtbetriebe." (Hans Tschäni 1986, S. 122)

Alles in allem ist davon auszugehen, dass sich in Deutschland mehr als die Hälfte aller Anbauflächen nicht im Privateigentum von Landwirten befindet, sondern neben der BVVG, Gebietskörperschaften und Kirchen vor allem Privatpersonen gehört, die gar keine direkte Beziehung zur Landwirtschaft haben. Etwa jeder achte Bauernhof ist ein reiner Pachtbetrieb. In der kapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft sorgen der Markt und der Staat also keineswegs dafür, dass der Produktionsfaktor Boden jeweils 'zum besten Wirt wandert'. Das häufig vorgebrachte Argument, wonach das Privateigentum am Boden eine unverzichtbare Voraussetzung für die persönliche Freiheit der Bauern und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit sei, wird von der realen Bodeneigentumsverteilung widerlegt. Die Bodenpacht ist durchaus keine schlechtere Grundlage für den Betrieb eines Hofes als das Bodeneigentum. Fragwürdig ist allerdings die Tatsache, dass die Einnahmen aus der Verpachtung des Bodens bisher nicht der Allgemeinheit zugute kommen, sondern in private Kassen fließen.

Folglich stellen die der Landwirtschaft gewährten 'Einkommensbeihilfen' zugleich auch eine Subventionierung von leistungslosen Einkünften der größtenteils außerhalb der Landwirtschaft stehenden Privateigentümer der landwirtschaftlichen Nutzflächen dar. "Kompensationszahlungen an den jeweiligen Bewirtschafter kommen dagegen ganz überwiegend den Bodeneigentümern zugute, d.h. sie stabilisieren oder erhöhen sogar noch die Bodenrente."¹²⁹ Bei einem Durchschnittspreis von 9.400 Euro pro Hektar beläuft sich der gesamte Kapitalwert der rund 17 Mio ha landwirtschaftlicher Nutzflächen in Deutschland auf etwa 160 Mrd Euro.¹³⁰ Die jährliche Bodenrente lässt sich also je nach der Höhe des Zinses nur vage schätzen. Bei einer Verzinsung von beispielsweise 3 % könnte sie eine Größenordnung von mehr als 4,5 Mrd Euro erreichen. –

Ähnlich unvollständig sind die Angaben der offiziellen Statistiken über die Verschuldung der Landwirtschaft und ihre Belastung mit Kapitalzinsen, obwohl der Einsatz von Kapital in der Landwirtschaft während der letzten Jahrzehnte parallel zum Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze sprunghaft gestiegen ist. Um 1960 war die Kapitalintensität in der Landwirtschaft noch etwa gleich hoch wie im Produzierenden Gewerbe; mittlerweile ist sie in der Landwirtschaft doppelt so hoch. Auf jedem landwirtschaftlichen Arbeitsplatz 'arbeitet' gegenwärtig Kapital im Wert von 265.000 Euro mit.¹³¹

129 Jörg-Volker Schrader (1998), S. 20.

130 Laut www.situationsbericht.de, der Website des Deutschen Bauernverbandes.

131 Claudia Roeckl (2003), S. 3-4. Vgl. außerdem www.situationsbericht.de

Der "Ernährungs- und agrarpolitische Bericht der Bundesregierung" enthält nur Angaben zur durchschnittlichen Verschuldung der überwiegend westdeutschen Haupterwerbsbetriebe und der ostdeutschen Genossenschaften. Demnach waren die Haupterwerbsbetriebe im Jahr 2002 durchschnittlich mit 100.736 Euro pro Betrieb verschuldet (= 16 % des Bilanzvermögens), wobei die Eigenkapitalausstattung der mittleren und größeren Betriebe tendenziell besser ist als die der Kleinbetriebe. Die ostdeutschen Genossenschaften hatten einschließlich der Altschulden aus den LPG-Zeiten im Durchschnitt jeweils 1,35 Mio Euro Schulden (= 30 % des Bilanzvermögens).¹³² Zur Verschuldung der vielen Nebenerwerbsbetriebe macht der Bericht der Bundesregierung leider gar keine Angaben.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) beziffert das zu Wiederbeschaffungspreisen bewertete und um Abschreibungen bereinigte gesamte Nettoanlagevermögen der deutschen Land(und Forst)wirtschaft (ohne den Boden und auch ohne das 'Pflanzen- und Tierkapital'¹³³) für 2001 mit 125 Mrd Euro; davon entfallen 65 % auf die Gebäude und 35 % auf Maschinen, Geräte und Betriebsmittel. 25 % davon (31 Mrd Euro) seien mit Fremdkapital finanziert und die Zinsen für die Bedienung des Fremdkapitals würden sich auf 2,1 Mrd Euro belaufen.¹³⁴ Abgesehen davon, dass auch die Zinsen des Eigenkapitals zu berücksichtigen wären, gibt es keine näheren Informationen über die Verschuldung und die Zinsverpflichtungen der Landwirtschaft – weder über den Verschuldungsgrad der einzelnen Betriebsgrößen noch über die Zusammensetzung der Gläubiger, zu denen auch die Raiffeisenbanken gehören, die sich von ihrem ursprünglichen Selbstverständnis als genossenschaftliche Selbsthilfe zum Schutz der Landwirtschaft vor der Macht der Gläubiger weit entfernt haben.¹³⁵ –

132 BMVEL Hg. (2003), S. 30-33.

133 Mit 14 Mio Rindern, 26 Mio Schweinen und 2,7 Mio Schafen ist das 'Tierkapital' gegenüber 1991 um 35 % gesunken. (Vgl. Statistisches Bundesamt 2003, S. 271-272, wo allerdings keine Zahlen über Bestände an Pferden, Geflügel und andere Nutztiere genannt sind.) Die Zahl der Legehennen beträgt derzeit etwa 50 Mio, von denen etwa 86 % in Käfigen gehalten werden. (www.ngo-online.de vom 29.10.2003)

134 www.situationsbericht.de

135 Hermann Priebe beklagte in den 1980er Jahren die "Entfremdung der Genossenschaften von ihren ursprünglichen Aufgaben. ... Aus den von Raiffeisen geschaffenen Genossenschaften kleiner Bauern haben sich in einhundert Jahren Großunternehmen entwickelt, die nach kommerziellen Gesichtspunkten arbeiten." (Hermann Priebe 1985, S. 213-214. Vgl. hierzu auch Werner Onken (1988), S. 3-5. – Für die Landwirtschaft in der Schweiz stellte Hans Tschäni schon in den 1980er Jahren eine vergleichsweise höhere Verschuldung fest: "51,6 % der bäuerlichen Investitionen sind mit Eigenkapital finanziert. Die Fremdkapitalbelastung macht 48,4 % aus" – mit einer steigenden Tendenz. (Hans Tschäni 1986, S. 123)

Ohne genauere Statistiken lässt sich das tatsächliche Ausmaß der Belastung der Landwirtschaft durch Bodenrenten sowie Eigen- und Fremdkapitalzinsen nur sehr vorsichtig schätzen; es könnte sich auf jährlich 5 – 6 Mrd Euro belaufen. Die privaten Eigentümer des Bodens und des in die Landwirtschaft investierten Kapitals beanspruchen einen beträchtlichen Teil der Wertschöpfung der Landwirtschaft, die im Jahr 2002 bei insgesamt 10,5 Mrd Euro lag (pro Betrieb bei durchschnittlich 13.078 Euro brutto bzw. bei 10.468 Euro netto).¹³⁶ In dieser beengten Lage könnte die Landwirtschaft schon längst nicht mehr existieren, wenn sie nicht mit öffentlichen Mitteln aus dem Staats- und EU-Haushalt subventioniert würde. Dabei sind diese Subventionen aus dem Bundeshaushalt von 4,9 Mrd Euro (1991) auf nur noch 1,7 Mrd Euro (2002) gesunken. Hinzu kommen 5,9 Mrd Euro für die deutschen Bauern aus dem EU-Haushalt. Rund 3,9 Mrd Euro von den gesamten Subventionen in Höhe von 7,6 Mrd Euro sind für Maßnahmen der Agrarsozialpolitik bestimmt.¹³⁷ Die Agrarsubventionen erweisen sich also einmal mehr als Existenzgarantien für viele Hofbetriebe, die zugleich dazu dienen, die Rentabilitätsansprüche des Boden-, Geld- und Realkapitals zu befriedigen. –

Damit erscheint auch die EU-Agrarbürokratie in einem zweifelhaften Licht. Wenn man bedenkt, dass etwa die Hälfte des gesamten EU-Haushalts (knapp 45 von 97,5 Mrd Euro) für Agrarsubventionen ausgegeben wird, so wird deutlich, dass die EU-Agrarbürokratie in Wirklichkeit eine große Umverteilungsmaschinerie mit der Hauptaufgabe ist, die Rentabilität des europaweit in die Landwirtschaft investierten Boden-, Geld- und Realkapitals mit Hilfe öffentlicher Gelder zu gewährleisten. Weitere 35 % des EU-Haushalts fließen in die regionale Strukturpolitik, welche offenbar gerade jene Strukturschwächen der ländlichen Räume beheben soll, die durch den Abfluss von Kapital in die großstädtischen Ballungsräume entstanden sind.¹³⁸ Die immensen Kosten dieser Umverteilungsmaschinerie –

136 BMVEL Hg. (2003), S. 25.

137 BMVEL Hg. (2003), S. 36. – Dem Subventionsbericht der Bundesregierung zufolge wurden in Deutschland im Jahr 2002 insgesamt 58 Mrd Euro für Subventionen ausgegeben. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft geht sogar von mehr als 155 Subventionsmilliarden aus, wovon 116 Mrd Euro auf Finanzhilfen und 40 Mrd Euro auf Steuervergünstigungen entfallen würden. Das entspräche 7,5 % des BIP und einem Drittel des Steueraufkommens. (Vgl. Klaus-Peter Schmid 2002, S. 21)

138 Hermann Priebe (1985), S. 270-309. – Schon 1969 beliefen sich die Kosten für diesen "unübersichtlichen Dschungel aus Verordnungen, Ge- und Verboten" auf 2 Mrd DM, "fast 39 % des gesamten Agrarhaushalts". Vgl. Ulrich Kluge (2001), S. 20. – Die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) sowie der "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) beliefen sich in Deutschland auf 869 Mio Euro für die GAK und von 2002-2006 für die GRW auf jährlich 135,5 Mio Euro in den alten Bundesländern und jährlich 700 bis 868 Mio Euro in den neuen Bundesländern. (BMVEL Hg. 2003, S. 69 und 72)

sie verschlingen mehr als ein Drittel des ganzen EU-Agrarhaushalts! – sind ebenso offensichtlich wie die Demokratiedefizite der Brüsseler "Eurokratie": "Die EU-Kommission interveniert in allen möglichen Märkten, um die Preise zu stützen. Dann lagert sie die aufgekauften Überschüsse in riesige Kühlhäuser ein. Zum Schluss verkauft sie diese absurderweise zu einem viel zu niedrigen Preis auf dem Weltmarkt oder lässt sie vernichten bzw zu Viehfutter 'denaturieren'. ... Die Allmacht der Kommissare ist weithin dafür verantwortlich, dass die Interessengruppen auf der europäischen Ebene mehr Einfluss haben als in irgendeinem der Mitgliedsstaaten. In Brüssel sind mehr als 3.000 Interessenverbände vertreten. Die Zahl der Lobbyisten wird auf etwa 15.000 geschätzt. Seit 1994 existiert sogar ein Institut, das sich auf die Ausbildung der EU-Lobbyisten spezialisiert hat."¹³⁹

Obendrein betreibt die EU auch noch eine protektionistische Handelspolitik und schottet die europäischen Agrarmärkte vom Weltmarkt ab, was Hermann Priebe schon in den 1980er Jahren vehement kritisiert hat.¹⁴⁰ Insbesondere den Ländern der sog. Dritten Welt fügt die EU-Agrarpolitik einen großen Schaden zu. Alles in allem stellt sie einen Widersinn dar, der sich letztlich auch gegen Europa selbst richtet, denn die Protektion von landwirtschaftlichen Bodenrenten und Kapitalzinsen stellt einen Missbrauch der Europaidee dar. Nach der EU-Osterweiterung wird sie sich zudem sehr destruktiv auf die traditionelle Landwirtschaft Polens auswirken. Was ihr zu kommunistischen Zeiten weitgehend erspart blieb – die Zwangskollektivierung zu großen betriebe –, wird nun infolge der EU-Osterweiterung 'nachgeholt': die Zerstörung von kleinen und mittleren Höfen, die rund 75 % der polnischen Landwirtschaft ausmachen, und der Ausbau der größeren Betriebe zu sog. "Euro-Kolchosen".¹⁴¹ Auf solch unsoliden Grundlagen lässt sich Europa nicht in Gerechtigkeit und Frieden vereinigen.

Bei alledem stehen die Bauern und Bäuerinnen zwischen den Fronten der rentabilitätsorientierten Eigentümer des landwirtschaftlichen Boden-, Geld- und Realkapitals – mit denen sie nur noch zu einem sinkenden Teil

Für Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung werden in Deutschland von 2000 bis 2006 insgesamt 5,3 Mrd Euro ausgegeben, also etwa 0,75 Mrd Euro pro Jahr. (BMVEL Hg. 2003, S. 67) Mit solch geringen Summen lässt sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land jedoch nicht überwinden, zumal die Kapitalkonzentration in den großstädtischen Ballungsgebieten unterdessen weitergeht.

139 Roland Vaubel (2002), S. 6.

140 "Die EU ist auf dem Agrarsektor keine weltoffene Gemeinschaft, sondern ein geschlossenes Präferenzgebiet wohlhabender Staaten geworden. Ihre Dumping-Exporte stören den Welthandel, drücken die Weltmarktpreise und verderben wichtige Handelsbeziehungen. Die Bedingungen vieler Entwicklungsländer für den Ausbau der eigenen Agrarproduktion und die Beschaffung der für sie lebensnotwendigen Devisen aus Agrarexporten werden durch die EG verschlechtert. Paradoxerweise wird dadurch unserer eigenen Entwicklungshilfe entgegengewirkt." (Hermann Priebe 1985, S. 146)

141 Marcin Wawrzyn (2003), S. 20-22.

'in Personalunion' identisch sind – und den Verbraucher/innen, die nur noch 13 % ihres Einkommens für landwirtschaftliche Erzeugnisse auszugeben bereit sind. Die Verbraucher/innen wollen die Lebensmittel möglichst 'billig' erwerben und bevorzugen oftmals sogar Fastfood gegenüber Qualitätsprodukten, weil ihnen andere Güter wichtiger sind und/oder weil ihnen nur geringe Einkommen zur Verfügung stehen. Im allgemeinen ist ihnen dabei nicht bewusst, dass sie die niedrigen Lebensmittelpreise selbst mit dem Anteil ihrer Steuern finanzieren, der in die Agrarpolitik fließt.¹⁴²

Bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen in Höhe von 33.600 Euro pro Haupterwerbsbetrieb bzw von 21.763 Euro pro Arbeitskraft sank das bäuerliche Einkommensniveau im Jahr 2002 um mehr als 6 % gegenüber dem Vorjahr; es lag unter dem Einkommensniveau anderer Wirtschaftszweige und dürfte in nächster Zukunft kaum wieder ansteigen.¹⁴³

Außerdem gibt es nach wie vor innerhalb der bäuerlichen Einkommen sehr große Unterschiede zwischen einkommensstarken und -schwachen Betrieben. Schon in den 1980er Jahren wies Hermann Priebe darauf hin, dass "innerhalb der Landwirtschaft die größten Extreme in den Einkommens- und Lebensverhältnissen und dementsprechend auch völlig unterschiedliche agrarpolitische Interessen bestehen."¹⁴⁴ Daran hat sich in der Zwischenzeit nichts geändert. Der "Ernährungs- und agrarpolitische Bericht der Bundesregierung" verweist deshalb auf die "große Spannweite" zwischen jenen oberen 15 % aller Betriebe, deren Gewinne jeweils über 60.000 Euro liegen, und den unteren 8 % der Betriebe, die Verluste machen.¹⁴⁵ Und entgegen allen gegenteiligen Behauptungen werden diese Einkommensunterschiede auch nicht durch die Subventionen ausgeglichen. Im Gegenteil – 7 % der landwirtschaftlichen Betriebe, vor allem die größeren, erhalten 50 % aller Direktzahlungen und Steuervergünstigungen. Bei den Direktzahlungen werden Getreidebauern eindeutig bevorzugt; sie erhalten zwei Drittel der Direktzahlungen, wobei wiederum rund 20 % der Betriebe etwa 80 % der Beihilfen erhalten.¹⁴⁶

Gefangen in einem Labyrinth aus Gläubigeransprüchen, bürokratischen Reglementierungen und Erwartungen der Verbraucher/innen leiden die allermeisten Bauern und Bäuerinnen selbst darunter, dass 'zwei Seelen in ihrer

142 Cornelia Roeckl (2003), S. 3 und 8.

143 BMVEL Hg. (2003), S. 27.

144 Hermann Priebe (1985), S. 195.

145 BMVEL Hg. (2003), S. 29-30.

146 Cornelia Roeckl (2003), S. 8, sowie die FAZ vom 24.12.2002. Den Getreidebauern folgen mit großem Abstand die Produzenten "sonstiger pflanzlicher Erzeugnisse" sowie die Produzenten von Rindfleisch, Milch und Zucker, Schaf- und Ziegenfleisch sowie Obst.

Brust schlagen' – einerseits ihr Wissen um die Verbundenheit mit der Natur und andererseits ihr Ausgeliefertsein an wirtschaftliche Sachzwänge, die sie zu Werkzeugen einer weitgehend industrialisierten Landwirtschaft macht, die "die Kreatur zur bloßen Ware herabwürdigt" und die darauf ausgerichtet ist, aus dem mit synthetischen Düngemitteln, Pestiziden, Kraftfutter und Wachstumshormonen zu Hochleistungen angetriebenen Pflanzen- und Tierkapital möglichst hohe Renditen herauszuholen.

8 Überfluss im Norden – Hunger im Süden

Wie in der EU so produziert auch in den USA eine kapitalintensive, hoch-industrialisierte Landwirtschaft staatlich subventionierte Überschüsse von 'billigen' Lebensmitteln. Nachdem sich die Spannungen zwischen dem industrialisierten Norden und dem landwirtschaftlich geprägten Süden der USA in einem blutigen Bürgerkrieg (1861–1865) entladen hatten, unterblieb die soziale Neuordnung des Südens. Zwar wurden die afroamerikanischen Sklaven ähnlich wie die deutschen Bauern in den Gebieten östlich der Elbe 'befreit', aber sie bekamen weder ihre Bürgerrechte noch die versprochenen "vierzig Morgen und einen Esel", um sich beim Wiederaufbau des Südens als Kleinbauern selbständig machen zu können. So blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich fortan als Tagelöhner oder Pächter auf den Großgrundbesitzungen ihrer früheren Grundherren, vor allem der Besitzer riesiger Baumwollplantagen, zu verdingen oder in die großstädtischen Slums des weißen Nordens zu ziehen.

In der nun folgenden Zeit der "reconstruction" erforderte die rasante Industrialisierung des Nordens der USA eine größere landwirtschaftliche Basis, die vor allem in dem den Indianern geraubten mittleren Westen geschaffen wurde. Seit 1862 stellte das Homestead Act weißen Siedlern jeweils 160 acres fruchtbares Land in Aussicht, wenn sie es für mindestens fünf Jahre bewirtschaften wollten. Bis Ende des 19. Jahrhunderts wanderten daraufhin annähernd 600.000 Familien (etwa 2,5 Mio Menschen) gen Westen. Damit begann der Aufbau einer zunehmend mechanisierten Landwirtschaft mit steigenden Ernteerträgen für die Versorgung der Menschen im Norden der USA und für den Export.¹⁴⁷

1940 gab es in den USA, hauptsächlich im mittleren Westen, rund 6 Mio landwirtschaftliche Betriebe mit durchschnittlich 67 Hektar, auf denen 12,5 Mio Menschen arbeiteten. Danach begann ein Prozess der starken Konzentration und Technisierung der amerikanischen Landwirtschaft, bei dem

147 Horst Dippel (2002), S. 63 und 66. – Zu Gesells kritischem Blick auf den amerikanischen Bürgerkrieg und die rassistische (Einwanderer)Politik der USA vgl. 1988–2000, Band 10, S. 76 und 107-110, und Band 13, S. 291 über die brutale Monroe-Doktrin.

unzählige Farmen von mittlerer Größe vom Agrarmarkt verdrängt wurden. Gegenwärtig arbeiten nur noch 1,2 Mio amerikanische Farmer in etwa 2,2 Mio Betrieben mit durchschnittlich 190 Hektar Land. Eine kleine Minderheit von ihnen – rund 50.000 agroindustrielle High-Tech-Farmen mit riesengroßen Weizen-, Mais- und Sojabohnenfeldern und ebenso riesigen Viehherden – produziert drei Viertel aller Nahrungsmittel auf nur 10 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen.¹⁴⁸

Unterdessen leiden mehr als 800 Millionen Menschen in Lateinamerika, Afrika und Asien an chronischem Hunger. Täglich sterben etwa 24.000 von ihnen an den Folgen des Hungers. Das 1996 von der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) auf ihrem Welternährungsgipfel in Rom beschlossene Ziel, die Zahl der unterernährten Menschen auf der Welt bis zum Jahr 2015 wenigstens zu halbieren, ist inzwischen für nicht mehr erreichbar erklärt worden. Mehr als die Hälfte der 24 Mrd Dollar fehlen, die jährlich für Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft und in die ländliche Infrastruktur erforderlich wären – diese 24 Mrd Dollar entsprechen deutlich weniger als 10 % der 300 Mrd Dollar, mit denen die EU und die USA alljährlich ihre Landwirtschaft subventionieren. Die Gewährleistung der Rentabilität des in der Landwirtschaft des 'hochentwickelten' Nordens angelegten Kapitals genießt also eine eindeutige politische Priorität gegenüber dem Ziel, den Hunger im 'unterentwickelten' Süden zu überwinden.

Zunächst erschien der europäischen und amerikanischen Agrarpolitik der Hunger im Süden als eine Chance, sich der eigenen Lebensmittelüberschüsse zu entledigen und damit eine Korrektur ihrer eigenen Fehler zu umgehen. Mit der Entsorgung ihrer Überschüsse als Hilfsleistungen war jedoch ein enormer zusätzlicher finanzieller Aufwand für ihre Konservierung, ihren Transport und ihre Verteilung an die Hungernden verbunden. Zwar profitierten einige Firmen zum Beispiel von der Lieferung von Milchpulver in die Dritte Welt, doch war es alles in allem ein Widersinn, zuerst mit Hilfe von importierten Futtermitteln Milchüberschüsse zu produzieren, diese sodann mit einem hohen Energieaufwand in Milchpulver umzuwandeln und das Milchpulver anschließend über weite Strecken in Hungerländer zu transportieren, wo es die einheimische Erzeugung von Frischmilch untergrub und obendrein in Form von Babynahrung auch noch Krankheiten verursachte.

8.1 Entwicklung des Südens nach dem Beispiel des Nordens?

Lange Zeit galt auch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion

148 www.usembassy.de/usa/wirtschaft-landwirtschaft

im Süden nach dem 'Vorbild' des Nordens als Voraussetzung für eine Überwindung des Welthungers. Angesichts des rapiden Bevölkerungswachstums im Süden sollten die Landwirtschaft, die Textilfabrikation und andere Wirtschaftsbereiche in den armen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens mit der sog. 'Entwicklungshilfe' aus dem Norden industrialisiert werden. Bei dieser Übertragung der Grünen Revolution auf den Süden spielte nicht selten die im Einvernehmen mit den Eliten des Südens erzielte Erwartung eine Rolle, dass die sog. 'Entwicklungshilfe' in Form von Aufträgen an die europäische und amerikanische Industrie zurückfließen würde. Ähnlich wie die an die Landwirtschaft der EU und der USA gezahlten Subventionen war und ist also auch die 'Entwicklungshilfe' eine Form der Gewährleistung von privatwirtschaftlicher Rentabilität mit öffentlichen Geldern.

Der "Grundfehler" dieser Entwicklungsstrategie war es Priebe zufolge, in der Industriegesellschaft des Nordens einen "Normalzustand" zu sehen und sie zum "Leitbild" für eine Entwicklung des Südens zu erklären. "Richtiger wäre es gewesen, die traditionelle Gesellschaft als Normalzustand und die europäische Entwicklung als eine vielleicht geglückte Ausnahme zu betrachten."¹⁴⁹ Auf dem Irrweg der Ignoranz gegenüber den eigenen Entwicklungspotenzialen des Südens entstanden in Anknüpfung an die großen Plantagen (Kaffee, Bananen, Rohrzucker usw.) aus der Kolonialzeit großlandwirtschaftliche und industrielle Inseln innerhalb der traditionellen Gesellschaften, die wie Fremdkörper vom Zufluss fremden Kapitals und fremder Energie abhängig blieben. Auf diese Weise gerieten die Länder des Südens in eine Schuldenfalle, in der sich ihr an den Norden zu zahlender Schuldendienst auf mehr als das Dreifache der von dort erhaltenen 'Entwicklungshilfe' belief.¹⁵⁰ Die Verschuldung zwang sie wie schon in den Zeiten des Kolonialismus zu einer Exportorientierung ihrer Plantagenproduktion, um an die für den Schuldendienst benötigten Devisen zu gelangen. Neben dem Raubbau an den menschlichen und natürlichen Ressourcen des Südens führte diese Form der 'Entwicklung' auch zu einem "Dualismus" von traditionellen und modernen Wirtschafts- und Lebensformen mit sich vertiefenden Gräben zwischen ihnen. Da kein tragfähiges Sozialgefüge an die Stelle der aufgelösten traditionellen Strukturen trat, fanden sich schließlich Millionen von früheren ländlichen Selbstversorgern als Arbeits- und Obdachlose in den Slums und Favelas der explosionsartig wachsenden Großstädte wieder.¹⁵¹

149 Hermann Priebe (1985), S. 116.

150 Helmut Creutz (2002), S. 391-406.

151 Hermann Priebe (1985), S. 97-98, und E.F. Schumacher, der schon vor Priebe vor einer "Zweiteilung" des Südens mit ihren "Zwillingsübeln Massenarbeitslosigkeit und Landflucht der Massen" gewarnt hatte. (1977, S. 172)

Schon vor 20 Jahren bezeichnete es Hermann Priebe als eine "Illusion", dass sich der Welthunger durch eine 'Entwicklung' des Südens nach dem Muster des Nordens überwinden ließe. Angesichts der sozialen und ökologischen Folgen dieser 'Entwicklung' sei es unerlässlich, einerseits Lebensmittellieferungen des Nordens an den Süden auf akute Notlagen nach Naturkatastrophen zu beschränken und andererseits die "falsche Vorstellung von den geringen Entwicklungsmöglichkeiten der traditionellen Landwirtschaft" des Südens zu korrigieren und dem "Expertengerede von den unrentablen Kleinbetrieben" entgegenzutreten.¹⁵² Da mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung auf dem Land lebe, sei es viel sinnvoller, die "Eigenentwicklung" der Landwirtschaft in den Armutsländern mit Maßnahmen der Hilfe zur Selbsthilfe anzuregen.¹⁵³ Inzwischen setzt sich diese Einsicht in der entwicklungspolitischen Diskussion durch und wird auch von der von Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen initiierten sozialwissenschaftlichen Debatte um die "Subsistenzperspektive" gestützt; diese Debatte verweist außerdem besonders darauf, dass die informelle Selbstversorgerlandwirtschaft in den Ländern des Südens und auch Osteuropas zu zwei Dritteln von Frauen betrieben wird.¹⁵⁴

8.2 Großgrundbesitz – feudales Erbe aus der Kolonialzeit als Entwicklungshindernis

Eine wesentliche Voraussetzung für eine eigenständige Entwicklung des Südens ohne dualistische Strukturbrüche und mit der Ausbreitung von lokalen und regionalen Märkten erblickten sowohl Priebe als auch Mies und Bennholdt-Thomsen in der Schaffung eines rechtlich geordneten Zugangs zum Boden, der den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie den Landlosen bislang noch in vielen Ländern des Südens durch den aus den Zeiten des Kolonialismus stammenden feudalen Großgrundbesitz verwehrt wird.

Nach Angaben von "Brot für die Welt" gehörten 1992, also 500 Jahre nach den ersten Anfängen des Nord-Süd-Gegensatzes, 75 % aller weltweit im Privateigentum befindlichen Bodenflächen einer Minderheit von 2,5 % der Eigentümer. Der Menschenrechtsorganisation "Foodfirst Informations- und Aktions-Netzwerk" (FIAN) zufolge verfügen in Brasilien 0,83 % der landwirtschaftlichen Betriebe (Großgrundbesitzungen mit mehr als 1.000 ha) über 43,5 % aller Anbauflächen, während knapp 83 % aller Betriebe (mit je-

152 Hermann Priebe (1985), S. 96, 115 und 120.

153 Hermann Priebe (1985), S. 89, 105 und 117. Die Basis einer "autozentrierten Entwicklung im Süden" sollte die "breite Grundschicht von Menschen" sein, "die in der Überlieferung alter Kulturen leben." (S. 95 und 121)

154 Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen (1997).

weils weniger als 50 ha) mit 13,5 % der Flächen auskommen müssen. In Kolumbien kontrollieren 2,8 % der Betriebe (Großbetriebe mit mehr als 200 ha) 39 % der Anbauflächen, während knapp 47 % der Betriebe (Kleinbetriebe mit weniger als 5 ha) auf nur 3,2 % aller Anbauflächen produzieren. Auch in anderen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens befindet sich der Boden größtenteils in den Händen kleiner Minderheiten von Großgrundbesitzern, denen weltweit insgesamt rund 500 Millionen Landlose gegenüber stehen – in Brasilien etwa 70 % der Bevölkerung, in Peru 75 %, Bolivien 85 %, Indien 53 %, Indonesien 85 % und auf den Philippinen 78 %.¹⁵⁵

Das in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" (1948) und dem Sozialpakt (1966) von den Vereinten Nationen anerkannte Menschenrecht auf Nahrung stellt einen Auftrag an die Regierungen der Länder dar, den in ihnen bestehenden Großgrundbesitz im Wege von Bodenrechtsreformen unter Wahrung der selbständigen Existenzmöglichkeiten für die bisherigen Großgrundbesitzer an Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie an Landlose aufzuteilen. In Ländern wie Brasilien gebietet sogar die Verfassung eine solche Agrarreform, die von Politikern auch unzählige Male versprochen, aber noch nie ernsthaft in Angriff genommen wurde. Hieran knüpfen besonders Menschenrechts- und Landlosenbewegungen wie FIAN und La Via Campesinos an.

Inzwischen betrachtet sogar die Weltbank die "Ungleichverteilung" der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen als ein zentrales Hindernis für die eigene Entwicklung der Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens und als Ursache sowohl für die Übernutzung der bisher bewirtschafteten Flächen als auch für das immer weitere Vordringen der "Landwirtschaftsgrenze" in tropische Regenwälder und andere für das ökologische Gleichgewicht der Erde wichtige Regionen. Auch in der Weltbank setzt sich die Einsicht durch, dass es zur Lösung des Welternährungsproblems unerlässlich ist, den Armen des Südens einen Zugang zu Land und Wasser zu verschaffen und nach dem bisherigen "Versagen der Bodenrechtspolitik" mit der "Umwandlung eines Großgrundbesitzes in arbeitsfähige kleinbäuerliche Unternehmen" zu beginnen.¹⁵⁶

Im Vergleich zu ihrer früheren Politik der Förderung von Staudamm- und anderen Mammutprojekten ist diese Hinwendung der Weltbank zur Problematik des Großgrundbesitzes ein beachtlicher Schritt in die richtige

155 Armin Paasch (2003a), S. 23, 25 und 28. – Die Prozentzahlen über die Bodenkonzentration und das Ausmaß der Landlosigkeit sind einer Anzeige "Land-Los" von "Brot für die Welt" entnommen, die Anfang der 1990er Jahre in vielen Zeitungen verbreitet wurde. – Vgl. auch Ernest Feder (1973).

156 Weltbank (2003), S. 115 und 128.

Richtung. Doch laufen ihre Bodenrechtsreformvorstellungen von einem "Übergang zu einem individualistischen Bodenrecht, das die Bodenmärkte aktiviert und die Grundstückspreise für die Kleinbauern erschwinglich macht"¹⁵⁷, auf eine Form der Bodenmobilisierung hinaus, die stark an die sog. 'Bauernbefreiung' des 19. Jahrhunderts erinnert. U.a. wegen schlechter Erfahrungen mit kollektivistischen Bodenreformen in Äthiopien, Bolivien, Kuba, Nicaragua oder Uganda und Vietnam vermeidet die Weltbank bei ihren Bodenreforminitiativen in Brasilien, Kolumbien und Südafrika eine Enteignung von Latifundien. Stattdessen versucht sie, Landlose mit Hilfe von Zuschüssen und Krediten in die Lage zu versetzen, den Großgrundbesitzern solches Land abzukaufen, das diese selbst freiwillig zum Verkauf anbieten. Und nur diejenigen Käufer dürfen das erworbene Land auf die Dauer behalten, die die für den Landerwerb erhaltenen Kredite mit samt den Zinsen fristgemäß zurückzahlen können.

Während sich die Weltbank mit ihren sog. "marktgestützten Landreformen" auf einem richtigen Weg sieht und diesen auch noch in Guatemala, Honduras, Malawi und auf den Philippinen gehen will, halten Kleinbauern- und Landlosenbewegungen ihr neben dem bislang geringen Umfang der übertragenen Ländereien entgegen, dass "sie die Kosten der 'Umverteilung' auf die Landlosen abwälzt und ihre Ausgangssituation mit hohen Schulden belastet. Bisherige Analysen lassen darauf schließen, dass viele Begünstigte diese Schulden nicht zurückzahlen können und ihr Land verlieren werden."¹⁵⁸ Indem die Weltbank den Großgrundbesitz ohne spürbare Nachteile für die feudalen Eigentümer allein über den Markt umverteilen will, macht sie den Boden zur käuflichen Handelsware und zum Kapitalgut für einen begrenzten Kreis zahlungskräftiger Neueigentümer. Die Masse der Kleinbauern, die bislang oft unter sklavenähnlichen Bedingungen auf gepachtetem Großgrundbesitz wirtschaften, und die Landlosen bleiben bei dieser Art der Bodenreform genauso vom Land ausgeschlossen wie so viele deutsche Bauern während des 19. Jahrhunderts in den Gebieten östlich der Elbe. Gefährdet wird durch diese Bodenpolitik auch der Fortbestand der Überreste von gemeinschaftlichem Bodeneigentum wie zum Beispiel der Ejidos in Mexico oder von kommunalem Bodeneigentum in afrikanischen Ländern. So bleiben Länder wie Brasilien, Kolumbien, Indonesien und die Philippinen ähnlich wie Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert explosive Mischungen aus spätfeudal-kolonial strukturierten ländlichen Regionen und kapitalistischen Großstadtmegapolen, die der Demokratie-

157 Weltbank (2003), S. 115.

158 Weltbank (2003), S. 119. – Armin Paasch (2003), S. 34.

entwicklung hinterherhinken und sich immer wieder als anfällig für Militärdiktaturen erweisen. –

Eine Kapitalisierung des Bodens strebt im übrigen auch der peruanische Entwicklungsökonom Hernando de Soto an, wobei er den Armut, Hunger und Landflucht erzeugenden Großgrundbesitz vollständig als ein Phänomen abtut, das es nur vor 1950 (!) gegeben habe.¹⁵⁹ De Soto zufolge hätten die Armen des Südens und des ehemals kommunistischen Ostens im Einzelfall zwar oft nur armselige Wellblechhütten; aber insgesamt hätten sie ein "extralegales" Immobilienvermögen von weltweit mehr als 9 Billionen Dollar, das nur deshalb unproduktives "totes Kapital" sei, weil "die Häuser auf Grundstücken mit fragwürdigen Eigentumsverhältnissen gebaut" seien. Deshalb könnten diese unzähligen Grundstücke – 85 % der städtischen und 40–53 % der ländlichen Grundstücke – nicht für die Kapitalbildung genutzt werden. Es fehle dort die Möglichkeit, diese Grundstücke als Kapitalgüter zur Kreditsicherung zu beleihen und sie mit Hypotheken zu belasten.¹⁶⁰

Der Kapitalismus der Industrieländer ist für de Soto "mit dem Ende des Kalten Krieges zur einzigen ernsthaften Option für Entwicklung" geworden. Die den Ländern des Südens und des früheren kommunistischen Ostens seitdem auferlegten makroökonomischen Reformen zur Struktur-anpassung seien zwar "gut und schön", aber "nicht ausreichend". Um der Wirtschaft des Südens und Ostens "Leben einzuhauchen", solle außerdem der extralegale Boden kapitalisiert werden, denn schließlich sei das Kapital "das Lebensblut des kapitalistischen Systems".¹⁶¹ Nach dem Beispiel der USA, die im 19. Jahrhundert allmählich ein Bodenrecht geschaffen habe, das seine "dynamischen Aspekte in den Vordergrund gerückt und es mit einem explosiven Wirtschaftswachstum verbunden" habe, fordert de Soto, die bloß "materielle Existenz" des Bodens zu seiner "unsichtbaren Doppelexistenz" zu erweitern, bei der dem Boden als ein zur Kreditsicherung mit Hypotheken beleihbares Kapitalgut die Fähigkeit verliehen wird, "Mehrwert zu produzieren" – wobei de Soto ebenso wenig wie (neo-)klassische oder marxistische Ökonomen wahrnimmt, dass der die Kapitalvermehrung anregende Mehrwert weniger dem Eigentumsrecht entspringt als dem zinstragenden Geld, welches die Menschen und Völker

159 Hernando de Soto (2002), S. 32.

160 Hernando de Soto (2002), S. 20-21, 27, 32 und 46. Die 85 % der städtischen Grundstücke umfassen die Slums und Favelas; die 40-53 % der ländlichen Grundstücke sind der Teil des Landes, der nicht Großgrundbesitzern oder anderen Kleineigentümern gehört.

161 Hernando de Soto (2002), S. 81 und 259. "Nach 1989 haben sich alle plausiblen Alternativen zum Kapitalismus erledigt." (S. 29) Zu den Struktur Anpassungsmaßnahmen vgl. S. 239-240 und S. 20.

in Arme und Reiche spaltet.¹⁶² Einerseits glaubt er, dass sich auf diese Weise ein "umfassendes kapitalistisches System" schaffen lässt, "an dem alle teilhaben können" und das den Armen genau so nützt wie den Eliten in den Banken, Hypothekengesellschaften und Versicherungen. Andererseits scheint er bereits zu ahnen, dass das kapitalistische System auch in dieser auf den Süden und Osten ausgedehnten Form erneut die Polarisierung von Armut und Reichtum vorantreiben könnte. Weshalb sollte er sonst die Erwartung hegen, dass das Gedankengut von Marx, der die innere Widersprüchlichkeit des Kapitalismus "klar gesehen" habe, früher oder später "wieder auferstehen" könnte?¹⁶³ –

Selbstverständlich bedarf es eines formalen Rechts, das die Beziehungen der Menschen im Süden und Osten zum ländlichen Boden (einschließlich der Großgrundbesitzungen!) und zum städtischen Boden wie auch zu Produktions- und Konsumgütern regelt. Doch ist die Einführung eines solchen formalen Rechts allein in der von Hernando de Soto propagierten Form der Kapitalisierung des Bodens möglich? Aufgrund historischer Erfahrungen in Europa und den USA ist schon jetzt absehbar, dass es auf diesem Weg zu einer entwicklungshemmenden Ungleichverteilung des kapitalisierten Bodens kommen muss. Die Infrastruktur ließe sich wie im Norden nicht interessenneutral und ohne Störungen durch die Bodenspekulation planen, und die Bodenwertsteigerungen würden privilegierten Minderheiten statt der Allgemeinheit zufließen. Wäre es deshalb nicht sinnvoller, im Sinne der von E.F. Schumacher geforderten "Unterscheidung zwischen naturgegebenen und von Menschenhand geschaffenen Gütern"¹⁶⁴ Eigentumsrechte nur an den von Menschenhand geschaffenen Gebäuden und anderen Gütern zu schaffen und den naturgegebenen Boden im Sinne des indigenen Mutter-Erde-Verständnisses generell als ein unveräußerliches Menschheitseigentum anzusehen, an dem formale Rechte in Form zeitlich mehr oder weniger befristeter entgeltlicher Rechte zur privaten Nutzung vergeben werden?

Dies entspräche sowohl den Bodenrechtsreformvorschlägen von Silvio Gesell aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg als auch den Forderungen der zeitgenössischen Menschenrechtsorganisation FIAN und des internationalen Kleinbauernnetzwerks La Via Campesinos, die in der Umverteilung

162 Hernando de Soto (2002), S. 171 über das Bodenrecht der USA, S. 21 und 50; über das "Doppelleben als Kapital", S. 52 und 63 über die Fähigkeit des dynamisierten Bodens zur Mehrwerterzeugung sowie S. 55 und S. 78-79 über das Geld.

163 Hernando de Soto (2002), S. 217, 223, 225, 235, 240 und 243-244. – Im 'kleingedruckten' Nachwort zu seinem Buch versäumt es de Soto übrigens nicht, sich für Anregungen bei "meinen Freunden in der Weltbank" zu bedanken. (S. 277)

164 E. F. Schumacher (1977), S. 45.

des Großgrundbesitzes eine "mensenrechtliche Staatenpflicht" sehen. Im Gegensatz zur "marktgestützten Landreform" der Weltbank lehnen es FIAN und La Via Campesina in ihrer 1999 gestarteten Kampagne "Brot, Land und Freiheit" ab, den Boden als eine käufliche Handelsware zu behandeln. Allerdings lässt diese Kampagne noch Einzelheiten einer Umverteilung des Großgrundbesitzes und der Rechtsgrundlage offen, auf der die bislang landlosen und landarmen Bäuerinnen und Bauern jenes "Stück Land" bekommen sollen, "von dem sie sich selbst ernähren können."¹⁶⁵

Wodurch sollen sich die angestrebten Landreformen von anderen kapitalistischen oder kommunistischen Bodenreformen wie in Japan, Taiwan und Südkorea oder China, Kuba und Nicaragua unterscheiden? Schon Hermann Priebe hat seinerzeit nicht genau gesagt, ob er mit seiner Forderung nach "sicheren Besitzrechten" die Schaffung von Eigentums- oder von Nutzungsrechten am Boden meinte. Der "Subsistenzperspektive" der Frauenbewegung geht es darum, "dass Land in Frauenhand kommt, nicht notwendigerweise in der Form von Privatbesitz, sondern in der Form eines den Frauen zustehenden Verfügungsrechts".¹⁶⁶

Nach den Vorstellungen von FIAN und La Via Campesinos sollen Staaten wie Brasilien oder die Philippinen gemäß ihren Verfassungen dasjenige Land der Großgrundbesitzer gegen eine "angemessene Entschädigung" enteignen, das eine bestimmte Obergrenze überschreitet und/oder als brachliegende Fläche seine soziale Funktion nicht erfüllt.¹⁶⁷ Um am Beginn der Überwindung des alten kolonial-feudalen Unrechts nicht gleich ein neues Unrecht zu begehen, müsste den Großgrundbesitzern die Möglichkeit gelassen werden, auf sehr viel kleineren Flächen selbständig zu wirtschaften. Allerdings ist es schwer, eine "angemessene" Entschädigung festzusetzen, weil sich auch die Frage nach einer Entschädigung für das Jahrhunderte lang von den Unterdrückten getragene Unrecht und Leid stellt. Eine finanzielle Entschädigung dürfte weder für die eine noch die andere Seite zu bewältigen sein, so dass es neben zeichenhaften Gesten nur darum gehen kann, eine möglichst gerechte Ausgangsbasis für einen versöhnlichen gesellschaftlichen Neuanfang zu schaffen.¹⁶⁸ Da sich Großgrundbesitzer in

165 FIAN-Deutschland (2002a), S. 1-4.

166 Hermann Priebe (1985), S. 117. – Maria Mies (1992), S. 276 und 290. – Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen (1997), S. 69-119 sowie S. 159 und 181 über die Allmende.

167 FIAN-Deutschland (2002a), S. 4.

168 Während der Auseinandersetzungen in der deutschen Politik der Weimarer Zeit um die Entschädigungen der abgedankten Fürsten stellte Silvio Gesell die Frage, wer denn die Kriegsversehrten, die Witwen, Waisen und andere Leidtragende entschädigen würde (1988-2000, Band 16, S. 162-163, 173-174 und 186-189).

der Vergangenheit oftmals mit Waffengewalt gegen Enteignungen gewehrt haben, könnten Landreformen im Süden zunächst – wie es Saturnio Borrás für die Philippinen vorgeschlagen hat – unter der Aufsicht der UN und mit Hilfe von Methoden der gewaltfreien Konfliktlösung in einzelnen Staaten oder Modellregionen eingeleitet werden.¹⁶⁹ Das schwierige Problem des rechtsstaatlichen Umgangs mit Enteignungen und Entschädigungen ließe sich unter Umständen entschärfen, wenn zunächst nach den Vorstellungen des nordamerikanischen Bodenreformers Henry George eine zum Beispiel ab einer Fläche von 100 ha progressiv ansteigende Bodensteuer erhoben würde, um das Interesse der Großgrundbesitzer am Behalten von ungenutzten Ländereien zu verringern. Sogar die Weltbank scheint eine solche Bodensteuer in ihre Überlegungen einzubeziehen.¹⁷⁰

Parallel dazu ließen sich in den vom Großgrundbesitz in ihrer Entwicklung blockierten Staaten des Südens je nach ihrer Größe ein oder mehrere regionale, demokratisch strukturierte Bodenfonds bilden, in deren leitende Organe zu gleichen Teilen Frauen und Männer gewählt werden, damit die Interessen beider Geschlechter an der Bodennutzung gleichermaßen zur Geltung kommen. Aufgabe der Bodenfonds sollte es sein, sämtliche enteigneten, angekauften, geschenkten oder friedlich besetzten Ländereien¹⁷¹ als Gemeingut zu verwalten, d.h. sie exakt zu kartieren und entgeltliche, im Interesse der allgemeinen Rechtssicherheit registrierte private Nutzungsrechte an ihnen auszugeben, deren Höhe sich nach den lokalen bzw regionalen Relationen zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Nutzungsrechten richtet. Außerdem obliegt den Bodenfonds die interessenneutrale Planung der dörflichen und (klein-)städtischen Infrastruktur, insbesondere in den Gebieten, in denen sich Landlose, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern neu ansiedeln. Sobald dann Arme aus den Slums und Favelas der Großstädte auf das Land zurückkehren, werden die Preise für die Bodennutzungsrechte steigen. Anders als bei steigenden Preisen für handelbares Bodenprivateigentum kommen die höheren Nutzungsentgelte jedoch der Allgemeinheit wieder zugute, weil den Bodenfonds auf diese Weise die Mittel für weitere Infrastrukturmaßnahmen

169 Saturnio M. Borrás (1998).

170 Weltbank (2003), S. 118. Die Weltbank denkt offenbar auch über "Streitbeilegungsmechanismen" nach; vgl. ebenda. – Zu Henry George vgl. Werner Onken (1997). Auch renommierte amerikanische Ökonomen wie Paul Samuelson (1998, S. 294-297) und Kenneth E. Boulding (1992) haben der unorthodoxen "Single Tax" von Henry George Sympathien entgegengebracht. Für Landreformen tritt im übrigen auch der indische Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen ein. (Sen 2002, S. 175-176 und 317)

171 Zur Landschenkungsbewegung in Indien bzw zu Landbesetzungen in Lateinamerika vgl. B. R. Misra (1956) und Günther Schulz (1995).

und Maßnahmen zur sozialen Sicherung zum Beispiel von Frauen und Kindern zufließen.

Als Ergänzung bedarf die Bodenrechtsreform einer Reform der nationalen und internationalen Geldordnungen, die ein allmähliches Absinken des Zinsniveaus bewirkt. Dadurch würden die Länder des Südens vom Schulden- und Zinsdruck entlastet. Vor allem könnten dann ländliche Genossenschaftsbanken entstehen. Und die Landbevölkerung käme in die Lage, günstige Kredite aufzunehmen, um die für die selbständige kleinbäuerliche und handwerkliche Existenz erforderlichen Kenntnisse, Gebäude und Betriebsmittel zu erwerben.¹⁷²

8.3 Monopolfreier Welthandel statt 'neoliberale' Globalisierung

Eine solche kombinierte Bodenrechts- und Geldreform könnte zu einer Initialzündung für eine auf dem Land beginnende eigenständige Entwicklung des Südens sein. Selbständig wirtschaftende Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie freiwillige Landkooperativen könnten traditionelle und ökologische Anbauweisen unter Zuhilfenahme einer "mittleren Technologie"¹⁷³ miteinander verbinden und mit ihren Erzeugnissen zunächst lokale und regionale, später auch größere Märkte versorgen. Ohne die Entwicklung zur kapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft des Nordens 'nachzuholen', könnte die arme Landbevölkerung des Südens nach mehr als 500 leidvollen Jahren der Unterdrückung durch (spät-)koloniale Feudalherrscher unmittelbar zur Entwicklung einer egalitären "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" übergehen. Ländliche Genossenschaftsbanken könnten darin innerhalb einzelner Regionen die Ersparnisse und Investitionen bei niedrigen Zinssätzen zum Ausgleich bringen und damit auch für eine selbsttätige Dezentralisierung des privaten Eigentums sorgen.¹⁷⁴

Sobald das Bodenrecht und die Geldordnung auch in den USA, Europa und Japan reformiert und unter dem Dach der UN eine globale Währungs-

172 FIAN und La Via Campesinos sehen ebenfalls die Notwendigkeit einer ergänzenden "Landwirtschaftsreform" – allerdings noch ohne den inneren Zusammenhang mit der Strukturreform des Geldes (2002a, S. 4).

173 Michael Windfuhr (2002), S. 183-205; weitere Informationen: www.ifoam.org und www.soel.de – Vgl. außerdem E.F. Schumacher (1977), S. 156-184.

174 In ähnlicher Weise stellte sich auch Hermann Priebe die "Entstehung einer Marktwirtschaft von der Basis der Volkswirtschaft" und eine "autozentrierte Entwicklung" des Südens vor. (Priebe 1985, S. 121) – Für den Aufbau von Raiffeisenbanken hatte ihr Gründer ursprünglich vorgeschlagen, "die Vereinsbezirke möglichst klein abzugrenzen, aber unter Beachtung der Lebensfähigkeit." In freien Genossenschaften wollte Raiffeisen die christlichen Prinzipien der gegenseitigen Hilfe zur Geltung bringen. (1988, S. 6-6 und 13-14.) – Vgl. auch Elisabeth Meyer-Renschhausen (2003).

ordnung nach den Grundprinzipien von Gesells "Internationaler Valuta-Assoziation" und Keynes' "Bancor-Plan" sowie eine globale Ressourcenverwaltung eingerichtet werden, könnte die kapitalistische Marktwirtschaft auch weltweit in einen freien Welthandel übergehen, bei dem die Welt-(agrar)märkte sowohl von Rentabilitätswängen und monopolistischen Machtballungen als auch von jeglichen Zöllen und Subventionen befreit werden.

Einer solchen das Nord-Süd-Gefälle ausgleichenden Entwicklung stehen jedoch noch mächtige politische Widerstände entgegen. So konnte die 2. Welternährungskonferenz der FAO erst dann 1996 in Rom stattfinden, nachdem die Länder des Südens und die Nichtregierungsorganisationen den Ländern des Nordens zugesichert hatten, dass sie auf Grundsatzbeschlüsse zu durchgreifenden Landreformen verzichten würden. So war trotz einiger kleiner Fortschritte in der Diskussion über das Menschenrecht auf Nahrung schon im Vorfeld des FAO-Gipfels 2002 in Rom klar, "dass nicht einmal die moderate Zielsetzung der Halbierung der Zahl der Armen und Unterernährten realistisch ist."¹⁷⁵ Statt den Armen des Südens einen gerechten Zugang zum Land zu verschaffen und ihnen damit eine Chance zur eigenständigen Entwicklung zu geben, gilt weiterhin die technische Steigerung der Lebensmittelproduktion durch die industrialisierte (Groß-)Landwirtschaft des Nordens und durch die monokulturell in großen Plantagen betriebene Landwirtschaft des Südens als ein Weg zur sog. "Welternährungssicherung". Und die Verteilung der auf diese Weise produzierten Lebensmittel bleibt – wie auch die Verteilung von Textilien und Industriegütern – weiterhin Weltmärkten überlassen, die in hohem Maße durch die Marktmacht multinationaler Konzerne und durch protektionistische Handelsbeschränkungen verzerrt sind.¹⁷⁶

Nachdem anstelle von Keynes' "Bancor-Plan" zur Schaffung einer neutralen Weltwährungsordnung 1944 in Bretton Woods das von Machtinteressen bestimmte internationale Währungssystem mit dem US-Dollar als globaler Leitwährung, mit der Weltbank und dem IWF eingerichtet war, wurde 1947 im "Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen" (GATT) beschlossen, Zölle im

175 Elisabeth Meyer-Renschhausen (2003), S. 13. – Vgl. auch Michael Windfuhr, Welternährungsgipfel – Stand der Umsetzung – Neues von der FAO, in: Windfuhr, Michael (2001), S. 4-6.

176 Für West- und Zentralafrika beispielsweise ist die Baumwollproduktion von lebenswichtiger Bedeutung, zumal damit Handwerk und Industrie verbunden sind. Die USA subventionieren ihre rund 25.000 Baumwollpflanzer jedoch mit jährlich 4 Mrd Dollar. Und die EU unterstützt ihre Baumwollproduzenten in Spanien und Griechenland mit fast 700 Mio Dollar im Jahr, obwohl diese Produktion fünfmal teurer ist als der Import. Die Folgen sind eine weltweite Überproduktion und ein drastischer Preisverfall, der die Länder West- und Zentralafrikas am härtesten trifft. (Thomas Scheen 2003).

Handel mit Industriegütern abzubauen. Aufgrund der Schieflage der kapitalistisch vermachteten Weltmärkte hielten die 'hochentwickelten' Länder des Nordens entgegen ihrer eigenen Freihandelspostulate allerdings in vielen Bereichen am eigenen Protektionismus und an Exportsubventionen fest. Sie öffneten ihre Märkte nur begrenzt für Waren aus dem Süden, während der Süden seinen Schutz vor der übermächtigen Konkurrenz aus dem Norden zu einem großen Teil verlor.

Im Laufe der Uruguay-Runde des GATT (1986–1994) wurden auch Agrarprodukte in die Verhandlungen über den Abbau von Zöllen und Subventionen aufgenommen. An deren Ende standen der in Marrakesch vollzogene Ersatz des GATT durch die Welthandelsorganisation (WTO) und die Absicht, nicht mehr nur den Welthandel mit Industrie- und Agrarerzeugnissen zu liberalisieren, sondern auch noch den Welthandel mit Dienstleistungen (GATS) und mit geistigem Eigentum (TRIPS). Entsprechend der seit der Abkehr vom keynesianischen Staatsinterventionismus verbreiteten 'neoliberalen' Trias von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung, die seit dem vorläufigen Sieg der kapitalistischen Marktwirtschaft im Wettlauf der Systeme scheinbar ohne Alternative dasteht, geht es darum, dem sich exponentiell vermehrenden Geldvermögen des Nordens mit Hilfe der WTO sowohl innerhalb des Nordens als auch weltweit neue Anlagemöglichkeiten zu erschließen, indem bislang öffentliche Dienstleistungen wie Verkehr, Müllbeseitigung, Kommunikation, Bildung, Gesundheit und Soziales, Kultur oder die Versorgung mit Wasser unter dem Druck der Staatsverschuldung privatisiert und geistiges Eigentum patentiert werden. Die WTO-Abkommen GATS und TRIPS werden von Kritiker/innen in aller Welt als "breit angelegter Versuch (angesehen), restlos alle menschliche Tätigkeit kommerziell verwertbar zu machen und ... Non-Profit- in Profitbereiche umzuformen".¹⁷⁷

Diese richtige und notwendige Kritik an der 'neoliberalen' Globalisierung enthält allerdings einen gravierenden Fehler: Was sie als "Marktfundamentalismus" ablehnt¹⁷⁸, ist in Wirklichkeit ein Geldfundamentalismus, der die entfesselten Märkte weiter monopolisiert, die Marktmacht der multinationalen Konzerne vergrößert und dabei auch die Demokratie zerstört. Indem sich die Globalisierungskritik undifferenziert gegen den Markt richtet – zuweilen ist vom "Totalitarismus des Marktes" die Rede –, lenkt sie sogar ungewollt von der für die kapitalistische Fehlentwicklung der Globalisierung eigentlich verantwortlichen strukturellen Macht des Geldes ab. Und sie verstellt auch noch den Ausblick auf die ordnungspolitische Alterna-

177 Christoph Strawe (2002), S. 17.

178 Christoph Strawe (2002), S. 12 ff. – Maria Mies (2001), S. 53-86.

tive einer "Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus", in der die Welt(agrar)märkte sowohl von der strukturellen Macht des Geldes und der Kapitalkonzentration in großen Monopolen als auch von jeglichem Protektionismus in Form von Zöllen und Subventionen befreit sind.¹⁷⁹ Demgegenüber ist der auf 'neoliberale' Weise deregulierte Welthandel kein wirklicher "Freihandel", sondern geradezu eine antiliberale-machtpolitische, unsoziale, umweltschädigende und die Demokratie untergrabende Perversion der Idee des völkerverbindenden Freihandels.¹⁸⁰

Wie notwendig es wäre, zwischen der real existierenden neoliberal-kapitalistischen Abart des Freihandels und der Utopie eines nachkapitalistischen Freihandels zu unterscheiden und die beide Formen des Freihandels voneinander trennende strukturelle Macht des Geldes über die Weltmärkte zu überwinden, zeigt auch der Verlauf der 2001 begonnenen Doha-Runde der WTO-Verhandlungen. Die Länder des Nordens und des Südens können sich nicht einfach dadurch auf einen Abbau der Agrarsubventionen in der EU und in den USA sowie auf einen beiderseitigen Abbau der Agrarzölle verständigen, indem etwa der Norden fortan darauf verzichtet, seine Übermacht gegenüber dem Süden auszuspielen. Gemeinsam mit dem Süden ist auch der Norden selbst mitgefangen in seinen eigenen Machtstrukturen. Solange das kapitalistische Rentabilitätsprinzip den Vorrang vor dem liberalen Wirtschaftlichkeitsprinzip behält und solange auch das Schicksal der europäischen und amerikanischen Landwirtschaft mit dem Schutz der Rentabilität des Agrarkapitals verknüpft bleibt¹⁸¹, bringt ein Abbau der Agrarsubventionen und -zölle beträchtliche Existenzgefahren für einen großen Teil der Landwirtschaft des Nordens mit sich. Um die unerlässliche schrittweise Annäherung des Nordens und des Südens auf dem Weg einer Liberalisierung des Weltagrarhandels zu erreichen, wäre es also notwendig, die strukturelle Macht des Geldes sowohl über den Norden als auch über den Süden

179 Ulrich Duchrow und Franz Hinkelammert (2002), S. 230. Duchrow und Hinkelammert weisen den "gut gemeinten Vorschlag" Gesells mit der unzutreffenden Begründung zurück, er würde "zu noch mehr Konsumismus" führen. Und der Zins sei "nur ein verstärkender Faktor in dem Mechanismus von Eigentum, Zins, Geld, Konkurrenz und Gewinnmaximierung, koordiniert durch den als selbstregulierend verstandenen Markt". (ebd.)

180 Auch Strawe charakterisiert den 'neoliberalen Freihandel' zutreffend als "antiliberale" (2002, S. 28).
181 Auch Francois Bourguignon, der Chefökonom der Weltbank, verwies im Zusammenhang mit der gescheiterten Konferenz von Cancun auf die Doppelfunktion der Subventionen als landwirtschaftliche Existenzsicherungen und als Garantien der Rentabilität des Agrarkapitals: "Es geht nicht nur um die Landwirte, deren Zahl (in Europa und Amerika) recht gering ist. Die verschiedenen Formen der Unterstützung und Subventionen für die europäische Landwirtschaft erhöhen auch die Boden- bzw die Grundstückspreise dort. Davon profitieren auch jene Landbesitzer, die gar keine Landwirtschaft betreiben." Francois Bourguignon (2004), S. 10. Vgl. hierzu die Argumentation von Jörg-Volker Schrader im Abschnitt 7.3 in der Anm. 128.

zu überwinden und die gesamten Welt(agrar)märkte in jene von sozialer Gleichheit geprägten "level playing fields" zu transformieren, die dem sog. 'Neoliberalismus' zufolge angeblich schon jetzt existieren.

8.4 Gentechnik gegen Welthunger und Krankheiten ?

Wie weit sich der sog. 'Neoliberalismus' vom Kernbestand liberalen Denkens entfernt hat und zu einer pseudoliberalen Ideologie geworden ist, zeigt auch der Prozess der WTO-Verhandlungen über die Patentierung von geistigem Eigentum (TRIPS), der sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Medizin von größter Tragweite ist.

Patente auf Erfindungen betrachtete bereits Silvio Gesell als Mittel zum Ausbau von Marktmacht auf kapitalistischen Märkten, das ihren eigentlichen Zweck – den Schutz der Erfinder und den Anreiz zur geistigen Kreativität – verfehle. In einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" mit sozialer Gleichheit sollten Erfindungen einmalig von Wirtschaftsverbänden honoriert und danach allgemein zugänglich werden.¹⁸² Nach dem zweiten Weltkrieg zählte auch der Ordoliberalismus die Einsicht zu seinen Grundprinzipien, dass "das Patentrecht starke Tendenzen zur Monopolbildung und zur Konzentration in der Industrie ausgelöst hat." Deshalb müsse das Patentrecht im Zusammenhang mit einer Erweiterung der Haftung anstelle ihrer Beschränkung so reformiert werden, dass es der Monopolisierung entgegenwirkt und die Märkte öffnet.¹⁸³

Die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit befolgte diese Einsichten jedoch nicht. Und mit ihrem 'neoliberalen' TRIPS-Abkommen erweitert die WTO gegenwärtig noch die Möglichkeiten für multinationale Konzerne, ihre Monopolmacht auf den Weltagrarmärkten durch Patente auf gentechnisch verändertes Saatgut weiter auszubauen. Wenn schon Patente auf Erfindungen fragwürdig sind, wie viel absurder sind dann Patente auf Entdeckungen im Bereich des eigentlich unpatentierbaren Lebens, wodurch die Gene zu verwertbaren Kapitalgütern werden! Zu Recht kritisiert die Inderin

182 Silvio Gesell (1988-2000), Band 12, S. 269, und Band 16, S. 324. – Auch im Hinblick auf seine eigene geistige Leistung lag Gesell die Vorstellung fern, sich das Konzept einer Bodenrechts- und Geldreform patentieren zu lassen. Vielmehr betrachtete er sich als einen "glücklichen Finder, der seinen Fund dem rechtmäßigen Eigentümer, d.h. dem arbeitenden Volk, abliefern" wollte. (Band 4, S. 14)

183 Walter Eucken (1952), S. 268 und 290. "Durch Patente und Markenschutz ... ist die Durchsetzung der modernen Wirtschaft mit Monopolen oder Oligopolen entscheidend bestimmt worden." (S. 269) Bei Euckens Rechtfertigung des Privateigentums fehlt allerdings eine Unterscheidung zwischen dem naturgegebenen Boden und den von Menschenhand gemachten Gütern und Diensten. Zu den Unzulänglichkeiten des Ordoliberalismus vgl. die Anmerkungen 107 bis 109 im Abschnitt 7. – Zum Bemühen, die lange Zeit versäumte Kritik am Patentrecht erneut im Sinne Gesells und Euckens wieder anzuregen, vgl. Fritz Andres (2000) und Jeremy Rifkin (2000).

Vandana Shiva, dass "Patente auf Leben die Innenräume der Körper von Frauen, Pflanzen und Tiere gefangen nehmen. Und die WTO legalisiert damit eine 'Biopiraterie' als neue Form der Kolonialisierung des Lebens und seine Unterwerfung unter die Verwertungsinteressen des Kapitals."¹⁸⁴

Nachdem die strukturelle Macht des Geldes und das exponentielle Wachstum der Geldvermögen bislang alle 'Außenräume' des Lebens durchdrungen haben – die Erwerbsarbeit und die überwiegend von Frauen geleistete Familienarbeit, die Kolonien in der Dritten Welt und die Natur –, greifen sie nunmehr auch noch auf die 'Innenräume' der genetischen Ressourcen über. Die Manipulation der Gene und ihre Patentierung ist eine weitere Station auf dem Irrweg, soziale Fehlstrukturen wie die weltweite Macht des Geldes und den Großgrundbesitz in der Dritten Welt nicht anzutasten und die darin wurzelnden Probleme des Welthungers und der Zunahme von Krankheiten stattdessen durch technologische Ersatzlösungen überwinden zu wollen.¹⁸⁵

In den USA stammen mittlerweile 80 % der gesamten Sojaernte aus genetisch verändertem Saatgut. 70 % sind es bei der Baumwolle und 40 % beim Mais.¹⁸⁶ In Amerika, Kanada, China und Argentinien werden bereits 60 Millionen Hektar Land mit Gentech-Pflanzen bebaut.¹⁸⁷ Ende 2003 lief das Moratorium der EU für die Zulassung und den Anbau von genmanipulierten Pflanzen aus. Ein System zur Überwachung der Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen (Monitoring) und eine Kennzeichnungspflicht sind zweifellos besser als die anonyme Verbreitung.¹⁸⁸ Aber wenn die Politik dem Druck der Gentech-Industrie nachgibt, bleibt höchst fraglich, ob sich die Ausbreitung der 'grünen Gentechnik' damit wirklich kontrollieren und ob sich das Problem der Haftung bei der Verunreinigung gentechnikfreier Äcker durch genmanipulierte Pflanzen auf Nachbarfeldern wirklich lösen lässt.

184 Vandana Shiva (2002), S. 21 und 91-95. – Vgl. auch Farida Akhter (2002), S. 197-210.

185 Obwohl Silvio Gesells Sozialkritik lange vor der technischen Manipulation der Gene entstand, lässt seine gesamte Denkweise vermuten, dass er die Gentechnik abgelehnt hätte. Unter dem Einfluss von Charles Darwins Evolutionslehre argumentierte er, dass die Zukunft des Menschengeschlechts der 'natürlichen Auslese' auf der Grundlage wirtschaftlicher Chancengleichheit überlassen werden sollte und nicht der "irrenden Vernunft" von Menschen, die sich anmaßen, Rassen 'züchten' zu wollen. (Vgl. 1988-2000, Band 11, S. XX) Während sich Gesell zu nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Ideologien klar ablehnend äußerte, hält die Diskussion über sozialdarwinistische Züge seines Menschenbildes noch an.

186 Helmut Bündler (2003).

187 Christian Schwägerl (2003).

188 Die Bundesregierung nimmt die Kennzeichnungspflicht als politischen Erfolg für sich in Anspruch; vgl. BMVEL Hg. (2003), S. 48 und 55.

Angesichts der Tatsache, dass über zwei Drittel der hungernden Kinder in Ländern mit Nahrungsmittelüberschüssen leben¹⁸⁹, kann eine weitere Steigerung der Lebensmittelproduktion mit Hilfe der 'grünen Gentechnik' nicht der richtige Weg zur Überwindung des Welthungers sein. Dennoch wird die 'grüne Gentechnik' vorangetrieben, weil sie dem expandierenden Geldvermögen des Nordens neue rentable Anlagefelder eröffnet und weil sie den großen Agrarkonzernen die Möglichkeit gibt, ihre Macht auf den Agrarmärkten weiter auf Kosten der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern des Südens auszubauen. "90 % des technologischen Wissens sind in der Form von Patenten im Norden gebunden. Und WTO, Weltbank und unsere Regierungen klagen gnadenlos teure Lizenzgebühren ein, sobald jemand das patentierte Wissen einsetzen möchte."¹⁹⁰ Die Weltbank bedauert es jedoch geradezu, dass es bislang erst "zaghafte Ansätze" gibt, um die Nahrungsmittelproduktion in den ärmsten Ländern der Welt mit "veränderten Genen" zu verbessern. Dabei weiß sie sehr wohl, dass "die Patente sich in den Händen einer kleinen Zahl multinationaler Organisationen befinden, die nur ein geringes kommerzielles Interesse an Saaten für kleine, begrenzte Märkte oder an der Forschungsfinanzierung von Projekten haben, die auf die Bedürfnisse armer Produzenten ausgerichtet sind."¹⁹¹

Die gentechnische Manipulation von Saatgutsorten und ihre Patentierung sind zwar nicht so spektakulär wie die Patentierung von AIDS-Medikamenten¹⁹², aber nicht weniger folgenschwer. Indem Konzerne wie Monsanto, Pioneer, Aventis oder Bayer in ihren Labors sog. 'Hohertragsorten' von genetisch verändertem Reis, Mais, Raps, Getreide oder Soja entwickeln, sich patentieren lassen und damit die angeblich weniger ertragreichen Saatgutsorten der traditionellen Landwirtschaft von ihren lokalen und regionalen Märkten des Südens verdrängen, bringen sie die dortigen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in ihre Abhängigkeit. Die mit Hilfe des Patentrechts ausgeübte "monopolistische Kontrolle der Lebensformen" (Vandana Shiva¹⁹³) zerstört mit der Uniformität ihrer Monokulturen auch noch die von der Evolution in langen Zeiträumen hervorgebrachte biologische Vielfalt von Lebensformen, die sich selbsttätig ordnen, sich nach Störungen auch wieder selbsttätig ins Gleichgewicht bringen und sich obendrein noch selbsttätig regenerieren können. Zur Rettung dieser "Biodiversität" wäre gerade jene "ökonomische Diversität" in der Form eines sich dezen-

189 FIAN-Deutschland (2002a), S. 2.

190 Harald Schumann (2003), S. 27 und 30.

191 Weltbank Hg. (2003), S. 109-110.

192 Zur Rolle der Gentechnik in der Medizin vgl. Ursel Fuchs (2000).

193 Vandana Shiva (2002), S. 99.

tral selbsttätig ordnenden globalen Netzwerks von monopolfreien Märkten notwendig, das der Ordoliberalismus vor rund 50 Jahren allein mit einer Monopolkontrolle glaubte erreichen zu können und dessen Verwirklichung außerdem eine Reform des Bodenrechts und der Geldordnung voraussetzt.

Im Gegensatz dazu treibt der sog. 'Neoliberalismus' mit der Patentierung von gentechnisch verändertem Saatgut eine Fehlentwicklung auf die Spitze, die schon im 19. Jahrhundert mit der Kapitalisierung des Bodens und der natürlichen Ressourcen sowie der Pflanzen und Tiere begonnen hat. Obwohl sie eine bedenkliche Abnahme der Bodenfruchtbarkeit und die Entstehung von gefährlichen Tierseuchen zur Folge hatte, findet diese Fehlentwicklung am Beginn des 21. Jahrhunderts noch ihre Steigerung in der Kapitalisierung weiterer Lebensgrundlagen wie des Wassers und der Gene, die gemäß E. F. Schumachers Unterscheidung zwischen den naturgegebenen und den von Menschenhand herstellbaren Gütern als unveräußerliche Gemeinschaftsgüter behandelt werden müssten. Beim Weltsozialforum in Porto Alegre (2002) ergriff deshalb der Publizist Jeremy Rifkin die Initiative zur Formulierung eines Vertrags, der den weltweiten Vorrat an genetischen Ressourcen zu einem unveräußerlichen "genetischen Welterbe" erklärt. Mehr als 325 Nichtregierungsorganisationen aus 50 Ländern haben sich dieser Initiative bereits angeschlossen, um zu verhindern, dass "das evolutionäre Erbe von Jahrmillionen" vollends kommerzialisiert wird.¹⁹⁴

Die gegenwärtig beginnende Kapitalisierung der Gene für landwirtschaftliche und medizinische Zwecke ist gleichsam der vorläufige Höhepunkt von dem, was in der griechischen Mythologie bereits als Entführung Persephones in die Unterwelt des Hades beschrieben wird. Die Kontrolle über das Saatgut ist geradezu das Symbol für Hades' wirtschaftlich-technische Herrschaft über das Leben und seine Regenerationsfähigkeit, damit auch über die Zukunft. Es ist notwendiger denn je geworden, Persephone durch Hermes aus der Unterwelt zu befreien und damit Demeter wieder zu ihrer eigenen Fruchtbarkeit zu verhelfen.

9 Schwierigkeiten der Agrarwende

Im Süden wie im Norden gibt es unzählige Gründe für eine grundlegende Reform der (Welt-)Agrarpolitik. Bodenkonzentration, Landlosigkeit und Landflucht, die Exportorientierung der Plantagenproduktion und die Zerstörung der tropischen Regenwälder¹⁹⁵, die Vergiftung von Böden und

194 Jeremy Rifkin (2002), S. 70-71.

195 Nach Angaben der Weltbank sind in dem kurzen Zeitraum von 1960 bis zur Jahrtausendwende schon 20 % aller in Jahrmillionen entstandenen tropischen Regenwälder der Erde abgeholzt worden. (2003, S. 100)

Grundwasser durch Chemikalien, Futtermittelimporte¹⁹⁶, die industrialisierte Massentierhaltung und der qualvolle Transport von Tieren über große Entfernungen – all das und mehr mag kurzfristig rentabel sein, aber mittel- und langfristig ist es unwirtschaftlich. Umweltfeindlich und ethisch zweifelhaft ist es ohnehin. Und nicht zuletzt schädigt es die menschliche Gesundheit; ein großer Teil der (Zivilisations-)Krankheiten wird durch eine ungesunde Ernährung verursacht.¹⁹⁷

Die Landwirtschaft ist derjenige Wirtschaftszweig, der die moderne Zivilisation noch am ehesten 'erden' könnte. Doch ausgerechnet sie ist der Natur Jahrzehnte lang immer noch mehr entfremdet worden. So ist die industrielle Zivilisation nur noch durch einen 'seidenen Faden' mit der Natur verbunden. Er wird durch Quoten, Ausgleichszahlungen, Flächen- und Tierprämien, Exportbeihilfen und Stützungsaufkäufen bürokratisch verwaltet und bei fortgesetztem "Wachsen oder Weichen" und durch die "grüne Gentechnik" immer noch dünner. Um so notwendiger ist eine Agrarwende im Norden wie im Süden geworden. Eine Umkehr der Landwirtschaft des Nordens zu weniger intensiven bäuerlichen Formen der Tierhaltung und des Pflanzenanbaus und eine Umkehr der Landwirtschaft des Südens zu kleinbäuerlich-selbständigen Formen der Subsistenzlandwirtschaft sind unabweisbar, wobei die Landwirtschaft im Norden wie im Süden Wege finden muss, sich in die Kreisläufe und Rhythmen der Natur einzuordnen.

In den Auseinandersetzungen um eine Agrarwende wird bislang allerdings vielfach unterstellt, dass sich eine Annäherung der Landwirtschaft an die Natur auch innerhalb der bestehenden Strukturen der kapitalistisch-protektionistisch verzerrten Marktwirtschaft binnen weniger Jahre herbeiführen lässt. Bis zum Jahr 2010 könnten 20 % aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland auf den ökologischen Landbau umgestellt werden. Im Jahr 2020 könnten es schon 50 % und im Jahr 2030 dann 100 % der Betriebe sein.¹⁹⁸ Gewiss ist es auch schon unter den bestehenden Rahmenbedingungen der (Land-)Wirtschaft möglich und notwendig, den Fleischkonsum zu verringern, weil dies gesünder ist und zur Überwindung des Welthungers beitragen kann, oder Qualitätsprodukte in Bioläden zu kaufen statt 'billigere' Nahrungsmittel in Supermärkten. Und ebenso sinnvoll ist es, schon

196 "Die Futtermittelindustrie in Deutschland hat einen Jahresumsatz von 11 Mrd Euro – die gesamte Wertschöpfung der deutschen Landwirtschaft liegt bei gerade mal 14 Mrd Euro. Der Umsatz der Futtermittelindustrie ist fast dreimal so hoch wie der Umsatz der Dünger- und Pflanzenschutzindustrie." (Hubert Weiger 2002, S. 10)

197 Vgl. Claus Leitzmann (1990) und Max Otto Bruker (1995). Ihnen zufolge gehören besonders Auszugsmehle und Fabrikzucker zu den Verursachern von Zivilisationskrankheiten.

198 Franz Alt (2001), S. 22.

jetzt damit zu beginnen, die Subventionen schrittweise von den Produktionsmengen abzukoppeln und stattdessen damit die Leistungen der Bauern als Naturschützer und Landschaftspfleger zu honorieren. Jeder, auch der kleinste Schritt in die richtige Richtung kann dazu beitragen, den 'seidenen Faden', der die moderne Industrie-, Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft noch mit den natürlichen Lebensgrundlagen verbindet, wieder etwas zu stärken. Aber die notwendige Agrarwende wird sich nicht allein durch solche kleinen Änderungen im Verbraucherverhalten und in der Agrarpolitik erreichen lassen, denn dieselben naturfernen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche die Landwirtschaft seit mehr als 100 Jahren zu einem Schlusslicht der Gesellschaft gemacht und sie in die Sackgasse ihrer Anpassung an die Industrie gedrängt haben, bleiben dabei weiter wirksam – auch als Nährboden einer mächtigen Agrarlobby. Die Chemie- und Pharmaindustrie, die Hersteller von Saatgut, Pflanzenschutz-, Dünge- und Futtermitteln sowie Landmaschinen, die Lebensmittelverarbeitung, der Lebensmittelhandel und nicht zuletzt die Verbände und die Verwaltung werden ohne eine grundlegende Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keinesfalls plötzlich auf Marktmacht und politischen Einfluss verzichten und der ökologischen Landwirtschaft ungeahnte Freiräume überlassen. Zum Beispiel ist das im Jahr 2001 von der Bundesregierung gestartete Projekt "Regionen aktiv – Land gestaltet Zukunft"¹⁹⁹ ein gut gemeinter Schritt in die richtige Richtung. Aber mit einem finanziellen Gesamtumfang von 35,5 Mio Euro für vier Jahre ist seine Bedeutung angesichts der fortschreitenden Kapitalkonzentration und der unvermindert hohen globalen Mobilität des Kapitals nur marginal.

Infolgedessen bedarf die vielbeschworene Agrarwende über die schon jetzt in ihre Richtung weisenden kleinen Schritte hinaus einer Änderung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche das Geld in Gestalt eines "alternden Geldes" in die Kreisläufe und Rhythmen der Natur eingliedert. Indem die gesamte Wirtschaft gleichsam vom Kopf (Geld) auf ihre Füße (Natur) gestellt wird, wird auch die Landwirtschaft vom Zwang zur Anpassung an die Industrie und zum "Wachsen oder Weichen" befreit. Zugleich erfordert die Agrarwende eine Reform des Bodenrechts und weiterer Rechtsbereiche wie des Patent-, Haftungs- und Steuerrechts, welche den Boden und 'äußere' wie 'innere' Ressourcen der Natur von handelbaren Kapitalgütern in privat nutzbare, aber unveräußerliche Gemeinschaftsgüter umwandelt.²⁰⁰

199 BMVEL Hg. (2003), S. 64; vgl. außerdem die Website www.modellregionen.de

200 Fritz Andres (1995), Bettina Meyer (1995) und Fritz Andres (2000, 2001a, 2001b, 2001c, 2003 und 2004).

Im Zuge einer solchen 'Umwertung der wirtschaftlichen Werte' und eines Übergangs zu einer in sozialer Hinsicht homogeneren "Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus" würde auch die Landwirtschaft allmählich ihre Schutzbedürftigkeit verlieren. Als gleichrangig neben anderen Wirtschaftszweigen stehende bäuerliche Landwirtschaft könnte sie dann den 'Schutz' durch rentabilitätssichernde Subventionen und Zölle entbehren.

Bei einem allmählich gegen Null sinkenden gesamtwirtschaftlichen Zinsniveau würden die landwirtschaftlich genutzten Pflanzen und Tiere entkapitalisiert, d.h. sie würden von Ausbeutungsobjekten zu anvertrauten Mitgeschöpfen, deren wirtschaftliche Nutzung mit der Achtung vor ihrer eigenen Würde vereinbar wird. Die Lebensmittel würden nicht in nationaler Autarkie hergestellt und vermarktet, sondern auf offenen (Welt-)Märkten. Die Zuordnung des Saatguts sowie der Dünge- und Futtermittel und der hergestellten Lebensmittel zu lokalen, regionalen oder größeren Märkten würde nicht mehr wie bisher durch Rentabilitätskalküle fehlgeleitet, sondern sie würde sich nach den tatsächlichen Produktions- und Transportkosten richten. Mittel- und langfristig würde also eine unbürokratisch-selbsttätige Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktion und eine Regionalisierung der Agrarmärkte erleichtert. Das Motto dieser Entwicklung könnte lauten: "So regional wie möglich – so global wie nötig."²⁰¹

Ein solcher Ausblick auf eine Reform der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die darin enthaltenen Möglichkeiten für die Entwicklung einer natur- und menschengemäßen Landwirtschaft fehlt in den bisherigen Auseinandersetzungen um eine Agrarwende noch ganz. Sowohl kritische Agrarwissenschaftler wie vor 20 Jahren Hermann Priebe oder gegenwärtig Ulrich Kluge als auch populärwissenschaftliche Vorkämpfer einer Agrarwende wie Franz Alt bewegen sich in ihren Vorstellungen von einem Übergang von der konventionellen zu einer ökologischen Landwirtschaft noch ganz innerhalb der Grenzen der kapitalistisch-protektionistisch deformierten Marktwirtschaft, in der das rentabilitätsorientierte Kapital die "schöpferische Zerstörung" (Schumpeter) braucht – egal ob sie durch die Produktion von kurzlebigen Verschleißgütern, von Rüstungsgütern oder von Lebensmittelüberschüssen geschieht. -

Für Hermann Priebe war schon in den 1980er Jahren in seiner "negativen Bilanz der EU-Agrarpolitik" klar, dass die "bisherige Politik nicht unverändert fortgesetzt werden kann" – was nach den zwischenzeitlichen Erfah-

201 Diese Formulierung stellt eine Abwandlung des Mottos dar, das die programmatische Neuorientierung der Sozialdemokratie auf ihrem Godesberger Parteitag 1959 einleitete: "So viel Markt wie möglich – so viel Plan wie nötig" lautete damals die Kurzformel für die neue Programmatik.

rungen mit katastrophalen Tierseuchen noch mehr zutrifft –, "doch sind noch immer neue Wege kaum erkennbar."²⁰²

Den Ausblick auf mögliche neue Wege in der Agrarpolitik hat sich Priebe selbst dadurch verstellt, dass er an der These einer "Sonderstellung der Landwirtschaft" innerhalb der Gesamtwirtschaft wie an einem Axiom festhielt. Mit dem Hinweis auf diese "Sonderstellung" wies er den nach allen Erfahrungen mit der bürokratisierten EU-Agrarpolitik eigentlich naheliegenden Gedanken einer Liberalisierung der Landwirtschaft zurück. "Die Marktwirtschaft würde zweifellos auch im Agrarsektor bald zu einem Marktgleichgewicht führen. Doch im rein wirtschaftlichen Wettbewerb könnte es nicht zur Herausbildung derjenigen Betriebs- und Produktionsformen kommen, die unseren ökologischen und gesellschaftspolitischen Erfordernissen entsprechen." Priebe's "Perspektiven einer realistischen Agrarpolitik" blieben deshalb in dem ansonsten von ihm so treffend kritisierten Dirigismus stecken.²⁰³

Unter den bestehenden kapitalistischen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft war sein Vorschlag einer "kombinierten Einkommenspolitik", welche die Subventionen schrittweise von der (Überschuss-)Produktion abkoppelt und in Entgelte für die bislang nicht bezahlten Leistungen der Bauern als Naturschützer und Landschaftspfleger umwandelt, zweifellos wegweisend. Er war auch besser als die "Landwirtschaft schutzlos dem Spiel der freien Kräfte und den Weltmarktbedingungen zu überlassen". Auf diesem Wege dürfte aber die auch von Priebe gewünschte, über den "auf Tagesprobleme beschränkten Blick" hinausgehende "Gesamtschau" einer besseren Agrarpolitik noch nicht erreichbar sein.²⁰⁴ Seine Forderung, "eindeutige Bestimmungen für den Bodenverkehr von den übergeordneten gesellschaftspolitischen Zielen abzuleiten", um die Landwirtschaft in mittleren und kleineren Betriebsgrößen zu dezentralisieren, lässt sich mit dem geltenden Bodenrecht, das die Kapitalisierung des Bodens zulässt, und im bestehenden, die Konzentration fördernden Geldsystem jedenfalls nicht erfüllen.²⁰⁵

Dem Teufelskreis von kapitalistisch vermachteten Märkten und bürokratisierter Agrarpolitik kann die Landwirtschaft nur entkommen, wenn die Grundannahme ihrer "Sonderstellung" als eine optische (Selbst-)Täuschung

202 Hermann Priebe (1985), S. 145.

203 Hermann Priebe (1985), S. 161 und 218 ff.

204 Hermann Priebe (1985), S. 226, 241 und 257-266.

205 Hermann Priebe (1985), S. 308. Priebe dachte hierbei an eine Fortentwicklung des Landpachtgesetzes und des Flurbereinigungsgesetzes aus den Jahren 1952 und 1953 sowie des Grundstücksverkehrsgesetzes aus dem Jahr 1961. (1985, S. 305)

erkannt wird. Nicht die Landwirtschaft nimmt innerhalb der Gesamtwirtschaft eine "Sonderstellung" ein – im Laufe der Evolution ist sie zum unverzichtbaren Fundament für alles auf die Sicherung der menschlichen Existenz auf der Erde gerichtete Wirtschaften geworden –, sondern das geschichtlich noch sehr viel jüngere Geld, das als Tausch- und Kreditmittel alle wirtschaftlichen Vorgänge auf neutrale Weise vermitteln sollte, hat durch seine ihm bislang innewohnende strukturelle Macht eine "Sonderstellung" im gesamten Wirtschaftsgeschehen bekommen. Dadurch wurden insbesondere die Landwirtschaft, aber auch die übrigen Wirtschaftsbereiche von der Natur entfremdet. Diese Sonderstellung des Geldes muss gemeinsam mit der Kapitalisierung des Bodens und der Ressourcen überwunden werden, um der Landwirtschaft im Sinne einer wirklichen Agrarwende die Chance zu geben, sich ohne Rentabilitätsdruck auf monopolfreien (Welt-)Märkten als freiheitliche, ohne Subventionen existenzfähige und ökologische Landwirtschaft zu erneuern. –

Ulrich Kluge setzt Priebes Kritik an der EU-Agrarpolitik als einem kostspieligen "unübersichtlichen Dschungel aus Verordnungen sowie Ge- und Verboten", am "bäuerlichen Exodus", am "Turbokzept" von Sicco Mansholt und an den unsinnigen Futtermittelimporten aus Drittweltländern eindrucksvoll fort. Im Einsatz von hormonellen Wachstumsbeschleunigern und in der Verfütterung von Tiermehl zur tierischen Leistungssteigerung (die an anderer Stelle durch Quoten wieder gebremst wird!) ebenso wie in der Ernährung durch Fastfood-Produkte sieht Kluge Anzeichen für eine "Ex- und Hopp-Mentalität, welche die Kreatur zur bloßen Ware herabwürdigte." Für ihn "bedeuten BSE und millionenfacher Rindertod das Ende einer Entwicklung, die falsch begann und falsch endete. ... Auf den Scheiterhaufen verbrannten die getöteten Tiere – nicht die Probleme, die ihnen dieses Ende bereitet hatten."²⁰⁶

Auf den Rinderwahn und die Schweinepest oder auch auf die Hormonskandale reagiert die Agrarpolitik nach Ansicht von Kluge nicht mit ihrer notwendigen "Generalüberholung des irrsinnigen Systems der Tierhaltung", sondern nur mit Beschwichtigungen, Absichtserklärungen und mit einem Austausch von Politikern in Spitzenpositionen. Ihre Maßnahmen – vor allem die massenhafte Tötung von Tieren anstelle ihrer Impfung – dienen mehr handels- als gesundheitspolitischen Interessen. Die landwirtschaftlichen Nutztiere werden weiterhin als "animalische Objekte mit variablem Wegwerfdatum" behandelt. Und bei näherem Hinsehen erweist sich die hektisch proklamierte Agrarwende als eine "populistisch verpackte Ideenlosig-

206 Ulrich Kluge (2001), S. 13, 20, 22, 54-49, 53 und 61-62.

keit", mit der sich bestenfalls an den Symptomen der landwirtschaftlichen Misere herumlaborieren lasse.²⁰⁷ Die Massentierhaltung besteht weiter und auch die 'grüne Gentechnik' schreitet voran.

Allerdings vermag auch Kluge die zentrale Frage nach "den treibenden Kräften dieser Entwicklung" nicht zu beantworten. Weder sieht er die Eigendynamik der auf ihre Vermehrung eingestellten anlagesuchenden Geldvermögen als Hintergrund der "Wachstumspsychose der Bauern", noch zieht er eine Korrektur des Bodenmarkts in Erwägung – obgleich ihm bewusst ist, dass sich dort "die kapitalkräftigen Wachstumsbetriebe bedienen konnten".²⁰⁸ So sieht Kluge nicht, dass seine Forderung nach einer Nachhaltigkeit der zukünftigen Landwirtschaft nur erfüllbar ist, wenn diese Eigendynamik der Geldvermögen eingedämmt wird und wenn sowohl der Boden als auch die Ressourcen entkapitalisiert werden. Nachhaltig kann die Landwirtschaft erst dann werden, wenn sie nicht mehr gezwungen ist, zugunsten von Bodenrenten und Kapitalzinsen mehr aus dem Boden, den Pflanzen und den Tieren herauszuholen als zur Ernährung der Menschen nötig ist und der Erde auch wieder zurückgegeben werden kann.

Geradezu unverständlich ist Kluges Geringschätzung des ökologischen Landbaus als "Spielwiese für Außenseiter", die nur in kleinen Nischen existieren könnten und "keine Chancen für einen Durchbruch auf breiter Front" hätten.²⁰⁹ Stattdessen betrachtet er die "moderne mittelständische Bauernwirtschaft in der Größenordnung zwischen 50 und 100 Hektar als stabile Architektur des zukünftigen Landbaus". Dementsprechend solle die EU-Agrarpolitik der Landwirtschaft gezielt helfen, sich diesem Leitbild anzupassen, damit sie sowohl unter Marktbedingungen existenzfähig als auch umweltverträglicher wird.²¹⁰ –

Im Gegensatz zu Ulrich Kluge treten Franz und Brigitte Alt mit großem Nachdruck für eine vollständige Umstellung der konventionellen Landwirtschaft auf ökologische Anbauverfahren ein. Sie gehen davon aus, dass diese Umstellung innerhalb eines Zeitraums von 30 Jahren möglich und notwendig ist, weil die konventionelle Landwirtschaft nach fünf Jahrzehnten des "großen Bauernsterbens" mit der Ausbreitung von zum großen Teil ernährungsbedingten Zivilisationskrankheiten und mit der BSE-Krise als dem "Tschernobyl der europäischen Landwirtschaftspolitik" an ihr Ende gekommen ist. Das Erschrecken über die Massentötung und Verbrennung von

207 Ulrich Kluge (2001), S. 78-79, 87-88, 91, 112 und 142.

208 Ulrich Kluge (2001), S. 29, 34 und 45.

209 Ulrich Kluge (2001), S. 130-137 und 160.

210 Ulrich Kluge (2001), S. 166. Möglicherweise denkt Kluge hierbei an die Ziele der "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" (AbL). Näheres hierzu auf der Website www.abl-ev.de

Tieren zur 'Marktberreinigung' soll einen neuen Anfang in der EU-Agrarpolitik auslösen. "Krisenmanagement und das Kurieren an Symptomen reichen nicht mehr." Jetzt bedarf es "großer Visionen".²¹¹

Franz und Brigitte Alt entlarven die drei großen "Mythen der Landwirtschaftslobby", wonach a) Ökoprodukte zu teuer seien, b) der ökologische Landbau die Menschheit ohnehin nicht ernähren könne und c) allein die Agrarchemie und die grüne Gentechnik den Welthunger überwinden könnten. Überzeugend treten sie dem "Wahn der Genmanipulateure entgegen, es grundsätzlich besser zu können als die Natur".²¹² Als elementare Voraussetzung für das Gelingen einer vollständigen Agrarwende innerhalb von 30 Jahren betrachten sie die Schaffung von Lehrstühlen und Studiengängen für ökologische Landwirtschaft an Universitäten und Fachhochschulen, da von den derzeit lehrenden etwa 500 Professoren nur 1 % ökologisch orientiert ist.²¹³ Außerdem halten Alt & Alt eine Verringerung des Fleischkonsums und ein Verbot der Futtermittelimporte für erforderlich. Die Landwirtschaftskammern sollen demokratisiert werden und bei der Umstellung von konventionellen Höfen auf ihre ökologische Bewirtschaftung sollen die Bauern mit zinsgünstigen Krediten unterstützt werden. Darüber hinaus sollen die Landwirte der Zukunft auch "Energiewirte" und "Kulturwirte" werden, indem sie den Boden, die Pflanzen und die Tiere gemäß der ursprünglichen Bedeutung des Wortes "Agrarkultur" und im agrar-ethischen Bewusstsein einer Rückbindung an die göttliche Schöpfung wieder hegen und pflegen.²¹⁴

Alle diese Maßnahmen gehören zweifellos zu unverzichtbaren Bestandteilen einer Agrarwende und können vieles zum Wandel des Bewusstseins von Verbraucher/innen und Politiker/innen beitragen. Weitere sinnvolle Schritte in diese Richtung könnte die Einrichtung von Schulbauernhöfen und die Integration von Bauernhöfen in heilpädagogische und sozialtherapeutische Einrichtungen sein – ebenso das Bemühen der "Stiftung Kulturschatz Bauernhof" um die Erhaltung des ländlichen Kulturerbes.²¹⁵ Aber auch Franz und Brigitte Alt lassen die Kernfrage nach den Ursachen und dem Wesen der "grundsätzlich falschen Wirtschaftsweise" des "Agrarkapitalismus" offen. Sie kritisieren zwar, dass das Kapital "herzlos" ist und

211 Franz und Brigitte Alt (2001), S.16, 21, 26, 89-90, 98-100 und 111.

212 Franz und Brigitte Alt (2001), S. 36-53 und 173.

213 Franz und Brigitte Alt (2001), S. 109 und 124.

214 Franz und Brigitte Alt (2001), S. 137-139 (Fleischkonsum), 24 (Futtermittelimporte), 23-24 (Landwirtschaftskammern), 24 und 55 (Energiewirte) sowie 25, 35-37 und 65 (Agrarethik). Zur zukünftigen Rolle der Landwirte als Energiewirte vgl. auch Hermann Scheer (1999).

215 Cornelia Roeckl (2003), S. 5 und 9-10. – Siehe dazu die Website www.kulturschatz-bauernhof.de

dass "die Wirtschaftsinteressen über alles gehen – auch über Berge von Leichen".²¹⁶ Zwar sehen sie auch durchaus den Einfluss des "großen Geldes" auf die Agrarentwicklung – aber sie unterlassen es, der strukturellen Macht des Geldes über die (Agrar-)Märkte nachzugehen und beschränken sich auf den Hinweis, dass die Menschen die Erde und sich selbst zerstören, "weil wir Tod und Sterben verdrängen": "Im seelisch-religiösen Bereich liegen die Wurzeln unserer heutigen Zivilisations- und Kulturkrise."²¹⁷ Die seelisch-religiöse Verfassung der Menschen dürfte gewiss sehr zu dieser Krise beitragen. Zur Verdrängung der Vergänglichkeit des Lebens gehören auch die Tabuisierung der 'ewigen' Geldvermögensmehrung und die Schwierigkeit, Ängste und Unverständnis gegenüber dem Gedanken eines alternden Geldes abzubauen. Darauf gehen Franz und Brigitte Alt jedoch nicht ein; sie sagen weder, warum so viele Bauern mit Hypothekenschulden belastet sind noch warum Pflanzen und Tiere als Waren behandelt werden. Ihr Gegenbild einer "ökosozialen Marktwirtschaft" als Alternative zur bestehenden "Agrarplanwirtschaft" bleibt deshalb unscharf.²¹⁸

Unklar bleibt auch, wie sich die Verbraucher/innen innerhalb der kapitalistisch-protektionistischen Marktwirtschaft schließlich gegen die geballte Macht von Agrobusiness und Agrarbürokratie durchsetzen sollen. Zwar ist die Zahl der Biohöfe in den letzten Jahren erfreulich angestiegen – in den skandinavischen Ländern, in der Schweiz, in Österreich und in Italien noch stärker als in Deutschland –, aber viele von ihnen spüren auch ähnlich wie die konventionellen Betriebe den Druck zur Anpassung an die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sich die ökologische Vernunft nicht so rechnet wie die Unvernunft des Rentabilitätsprinzips. Auch der ökologische Landbau leidet unter Erbteilungen, Hypothekenschulden und Ertragsrückgängen. Deshalb geht Cornelia Roeckl von der "Zukunftsstiftung Landwirtschaft" davon aus, dass auch hier "Kostensenkung als Leitmotiv zur Spezialisierung in der Betriebsgestaltung und Monotonie in der Landschaft führt. Weitgehende Spezialisierung und hohe Intensität gehen zulasten der Geschlossenheit des Betriebsorganismus."²¹⁹ Auch die gegenwärtige Zunahme der Zahl der Biohöfe ist noch keine Garantie für ihren weiteren kontinuierlichen Anstieg und die Existenzsicherheit der bestehenden und noch hinzukommenden Biohöfe. Bis auf weiteres bleibt auch ihre Existenz von der Zahlung von Subventionen aus dem Staats- bzw. EU-Haushalt abhängig.

216 Franz und Brigitte Alt (2001), S. 17, 163, 172 und 175.

217 Franz Alt (2002), S. 12, sowie Franz und Brigitte Alt (2001), S. 90, 121 und 166.

218 Franz und Brigitte Alt (2001), S. 33, 73, 94 und 97.

219 Cornelia Roeckl (2003), S. 5-6.

Ein Gradmesser für die Schwierigkeiten der Agrarwende sind die heftigen Auseinandersetzungen um das Verbot der Käfighaltung von Legehennen, das nach dem Willen von Ministerin Renate Künast ab 2007 gelten soll. Von den rund 50 Mio Legehennen werden in Deutschland gegenwärtig 86 % in 'Hühner-KZs' gehalten. Der Deutsche Bauernverband und die Verbände der Geflügelwirtschaft und Eierproduzenten wehren sich vehement gegen dieses Verbot und fordern seinen Aufschub mit der Begründung, dass auch die Boden-, Volieren- und Freilandhaltung von Legehennen mit großen Problemen bei der Tiergesundheit verbunden sei.²²⁰ Hinzu kommt, dass bei einem Übergang von der Legehennenhaltung in den engsten Räumen mehrstöckiger Legebatterien zur ebenerdigen Boden- und Freilandhaltung der Bedarf an Auslaufflächen stark ansteigt. Die gleichwohl unabdingbare Abkehr von der Käfighaltung setzt also auch eine beträchtliche Verringerung der Geflügel- und Eierproduktion voraus. Ohne eine Bereitschaft der Verbraucher/innen, ihre Essgewohnheiten zu ändern, könnte ein Verbot der Käfighaltung in Deutschland zur Verlagerung der Käfige in benachbarte Länder wie Polen und Tschechien führen.

Im Bereich der Geflügel- und Eierproduktion wie in anderen Bereichen steht die Landwirtschaft vor äußerst schwierigen Übergangsproblemen, die sich kaum mit vereinfachendem Schwarz-Weiß-Denken lösen lassen, sondern nur mit der Fähigkeit, in kleinen richtigen Schritten auf das große Ziel einer vollständigen Agrarwende zuzugehen. Eine entsprechende Veränderung des Verbraucherverhaltens entscheidet darüber, wie weit und wie schnell die Agrarwende vorankommt.²²¹

In Zeiten der gesamtwirtschaftlichen Rezession mit Einbußen bei den Arbeits- und Transfereinkommen vor allem bei den mittleren und unteren Schichten stagniert oder verringert sich die Zahl der Menschen, die es sich leisten können, Geld für die teurere 'Klasse' statt für die billigere 'Masse' auszugeben. Deshalb dürfte sehr fraglich sein, ob die Agrarwende in absehbarer Zeit wirklich zu 30, 50 oder 100 % innerhalb der bestehenden gesamtwirtschaftlichen Strukturen gelingen kann. Zusätzlich zu den bisher schon unternommenen kleinen Schritten in die Richtung einer vollständigen Agrarwende dürfte auch eine Umwandlung der kapitalistisch-protektionistischen Marktwirtschaft in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft notwendig sein, in der sich der Ökolandbau weiter ausbreiten und die konventionelle Landwirtschaft sich als eine ökologisch-bäuerliche Landwirtschaft erneuern kann.

220 Dies ist offenbar nicht nur ein interessenpolitisches Argument; vgl. Sabine Petermann (2003).

221 Vgl. hierzu beispielsweise die Slowfood-Bewegung mit ihren Bestrebungen, ein Gegengewicht zum Trend zur Fastfood-Ernährung zu schaffen. Näheres auf der Website: www.slow.food.de

10 Zusammenführung der ökologischen Landwirtschaft mit der Geld- und Bodenrechtsreform

Gegenwärtig arbeiten in Deutschland etwa 14.700 von den insgesamt 395.000 landwirtschaftlichen Betrieben nach ökologischen Richtlinien (= 3,3 %). Sie bewirtschaften insgesamt 635.000 Hektar (= 3,7 % der gesamten Nutzflächen), was einer durchschnittlichen Größe der Ökolandbaubetriebe von etwa 43 Hektar entspricht.²²² Diese Betriebe sind sehr ungleichmäßig über das Bundesgebiet verteilt. Die meisten Betriebe gibt es in Baden-Württemberg (5543) und Bayern (4605), wo die Tradition der bäuerlichen Familienwirtschaft ohnehin noch am stärksten ist. Danach folgen Hessen (1781), Nordrhein-Westfalen (1456), Niedersachsen (1172), Rheinland-Pfalz (642) und Schleswig-Holstein (522). In den neuen Bundesländern arbeiten erst sehr wenige Betriebe nach der EU-Öko-Verordnung: 619 in Mecklenburg-Vorpommern, 528 in Brandenburg, 358 in Sachsen, 274 in Thüringen und 269 in Sachsen-Anhalt.²²³ Die Ökolandbaubetriebe sind durchweg arbeitsintensiver als die konventionellen Betriebe. Aufgrund ihrer vergleichsweise geringeren Viehhaltung (weniger als die Hälfte im Vergleich zu den konventionellen Betrieben) benötigen sie deutlich weniger zugekaufte Futtermittel. Sie verwenden auch weniger Dünge- und Pflanzenschutzmittel und benötigen deshalb deutlich weniger Fremdenergie. Im Vergleich zu den konventionellen Betrieben erwirtschaften die Ökolandbaubetriebe aufgrund höherer Produktpreise nur wenig niedrigere Gewinne. Wegen der höheren Arbeitsintensität war das Pro-Kopf-Einkommen allerdings rund 7 % niedriger als im konventionellen Landbau. Von den Einkommenseinbußen der letzten Jahre sind beide Landbauformen gleichermaßen betroffen.²²⁴

Vor der 2001 proklamierten Agrarwende fiel es dem Ökolandbau lange Zeit schwer, seine Existenz im ungleichen Wettbewerb mit der konventionellen Landwirtschaft überhaupt zu sichern. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass sich der Ökolandbau auf die Entwicklung 'konkurrenzfähiger' naturverträglicher Verfahren zu Steigerung der Erträge konzentrierte. In-

222 BMVEL Hg. (2003), S. 34.

223 Raiffeisen-Volksbanken Hg. (2003), S. 4. – Zu dem an großlandwirtschaftliche Strukturen der DDR-Zeit anknüpfenden Ökodorf Brodowin (1239 Hektar) vgl. die Website www.naturschutzhof.de – Weltweit werden derzeit etwa 22 Mio Hektar in über 120 Ländern ökologisch bewirtschaftet, davon allein 3,2 Mio Hektar in Australien; vgl. Minon Yussefi und Helga Willer (2002). Zur internationalen Verbreitung der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise vgl. Herbert Koeppf und Bodo von Plato (2001), S. 359-418.

224 BMVEL Hg. (2003), S. 34. Im Wettbewerb mit der konventionellen Landwirtschaft war der ökologische Landbau stets darauf bedacht, rentabler bzw wirtschaftlicher zu arbeiten; vgl. dazu Michael Wortmann (1978).

folgedessen trat die Beschäftigung mit seinen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Hintergrund. Erst in jüngster Zeit gibt es Anzeichen für ein zunehmendes Interesse an den Strukturen der kapitalistisch-protektionistisch verfälschten Marktwirtschaft, da sie sich als großes Hindernis für die Agrarwende erweisen. Um dieses Interesse zu vertiefen, könnte es sinnvoll sein sich zu vergegenwärtigen, wo der ökologische Landbau seinen ursprünglich – zumindest ansatzweise – vorhandenen Blick für die Bedeutung des Bodenrechts und des Geldwesens für die Landwirtschaft im Laufe seiner Entwicklung schon frühzeitig verloren hat, wie umgekehrt auch die Geld- und Bodenrechtsreformbewegung ihre anfängliche Verbindung mit dem ökologischen Landbau aus den Augen verloren hat.²²⁵ Hilfreich sind dabei die historischen Übersichten von Gunter Vogt über die Entwicklung des natürlichen Landbaus und der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise vor 1933 und während der NS-Zeit sowie über die Entwicklung des organisch-biologischen Landbaus bzw des biologischen Landbaus nach 1945 und die Gesamtdarstellung der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise von Herbert Koepf und Bodo von Plato.²²⁶

10.1 Die Anfänge des natürlichen Landbaus

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gingen aus der damaligen Lebensreform- und Siedlungsbewegung erstmals Vorstellungen von einer naturgemäßen Landwirtschaft hervor. Den Großstädten entflozene Lebensreformer wollten weniger als Bauern, sondern als gärtnerische Selbstversorger eine Reform der ländlichen Lebensverhältnisse herbeiführen, indem sie sich in ihren Gärten und Siedlungen kleine natürliche 'Inseln' im Meer der kapitalistischen Industriegesellschaft schufen. Ihrer vegetarischen Ernährungsweise entsprach ein viehloser bzw vieharter Landbau. Im Gegensatz zur beginnenden Motorisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft wollten die Lebensreformer allenfalls eine 'angepasste Technik' wie zum Beispiel Kleinschlepper einsetzen. Der natürliche Landbau beruhte auf einem biologischen Verständnis von der Bodenfruchtbarkeit und der Gesundheit der Lebensmittel. Deshalb sollte der Boden nur aufgelockert statt umgegraben oder gepflügt und nur organisch (zum Beispiel mit Gesteinsmehlen) statt chemisch gedüngt werden.²²⁷

Durch seine praktischen Erfahrungen und seine vielen Veröffentlichungen wurde der in der bodenreformerischen Genossenschaftssiedlung lebende Landwirt Ewald Könemann zu einer der führenden Persönlichkeiten des

225 Vgl. das Kapitel 2 der vorliegenden Arbeit.

226 Gunter Vogt (2000). – Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001).

227 Gunter Vogt (2000), S. 24-30 und 60-97.

natürlichen Landbaus in Deutschland. Zur Pionierin in der Schweiz wurde Mina Hofstetter.²²⁸

Ab 1925 erschien unter maßgeblicher Mitarbeit von Könemann die Zeitschrift "Bebauet die Erde", die Ende der 1920er Jahre zum Organ der "Arbeitsgemeinschaft Natürlicher Landbau und Siedlung" (ANLS) wurde. Ein weiteres Forum für das Gedankengut des natürlichen Landbaus war die in der Schweiz von Werner Zimmermann herausgegebene und auch in Deutschland gelesene Zeitschrift "Tao – Blätter für Verinnerlichung und Selbstgestaltung".

Da es dieser Arbeitsgemeinschaft nicht gelang, eine Kooperation mit der Reformwarenwirtschaft aufzubauen, bildete sie Erzeugergemeinschaften und ging zur Direktvermarktung von Produkten des natürlichen Landbaus in Hofläden und auf Wochenmärkten über. Sie schuf auch ein erstes System zur Kennzeichnung von Herkunft und Qualität ihrer Produkte. In der Obstbausiedlung Benninghoven bei Heppenheim/Weinstraße und auf dem Schloss Oberellen bei Eisenach entstanden Land- und Siedlerlehrstätten.²²⁹

Obgleich Könemann, Hofstetter und andere Wegbereiter des natürlichen Landbaus mit den Zielen der Bodenrechts- und Geldreformbewegung vertraut waren, beinhaltete die "Landreform" des natürlichen Landbaus noch keine zusätzliche Forderung nach einer Reform des Bodenrechts oder gar des Geldwesens.²³⁰ Bei aller gegenseitigen Wertschätzung waren die Landreform und die Bodenrechts- und Geldreform damals noch kaum gedanklich miteinander verknüpft. Dem natürlichen Landbau ging es hauptsächlich um eine "Landreform" im Sinne einer Reform der ländlichen Lebensverhältnisse. Zu groß war noch der Abstand zwischen dem eigenen kleinen gärtnerischen Betätigungsfeld und der Ebene der großen Politik.

10.2 Die Anfänge der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise

Rudolf Steiner hatte sich während des ersten Weltkriegs und unmittelbar danach im Rahmen seiner "Dreigliederung des sozialen Organismus" mit dem Bodenrecht und dem Geldwesen beschäftigt und dabei zum Teil ähnliche Vorstellungen entwickelt wie Gesell. Auch er betrachtete das Geld nicht als ein Äquivalent zur menschlichen Arbeit und den Gütern, sondern

228 Über Könemann und Hofstetter vgl. Wolfgang Schaumann, Georg E. Siebeneicher und Immo Lünzer (2002), S. 64-67 und 178-179.

229 Gunter Vogt (2000), S. 90-92.

230 Zu den Edener Verfechtern des Natürlichen Landbaus gehörten Gustav Simons, der Erfinder des Simons-Brottes, Richard Bloeck und Ewald Könemann. "Eden hatte für die Entwicklung des Natürlichen Landbaus nur eine randständige Bedeutung." Vgl. Gunter Vogt (2000), S. 60 und 85.

als einen "unreellen Konkurrenten" auf den Märkten. Dessen Vermehrung durch den Zins und Zinseszins hielt er für das "Unnatürlichste, was es geben kann". Stattdessen bedürfe es eines "reellen Konkurrenten" in Gestalt eines "alternden Geldes": "Das Geld wird sich abnützen wie sich Waren abnützen."²³¹

Steiner war ebenfalls der Auffassung, dass "Grund und Boden nicht wie eine beliebige Ware behandelt werden darf".²³² Entgegen seinen anfänglichen Sympathien für die Single Tax des nordamerikanischen Bodenreformers Henry George ging er jedoch nach dem ersten Weltkrieg auf Distanz zu der damals von Adolf Damaschke geleiteten Bodenreformbewegung und ihrer Forderung nach einer Bodenwert- bzw. Bodenwertzuwachssteuer, weil eine solche Steuer dem "alten Staat" zugute käme. Statt von solchen Steuergesetzen sollte die soziale Wirklichkeit nach Steiners Vorstellungen von "Assoziationen" gestaltet werden; die darin tätigen Menschen sollten Grundstücke übertragen, ohne dass dabei Käufe und Verkäufe stattfinden.²³³

Im "Nationalökonomischen Kurs" (1922) bekräftigte Steiner seine ablehnende Haltung zum Handel mit Grundstücken mit dem sehr bemerkenswerten Argument, dass sich dabei Kapital, das sich in stetiger Bewegung durch den Wirtschaftskreislauf befinden sollte, "im Boden staut": "Der kapitalisierte Grund und Boden ist eben ein unmöglicher Einsatz im volkswirtschaftlichen Prozess." Jedoch blieb Steiner bei seiner Ablehnung der Bodenreformbewegung und – ohne die Arbeitsweise der Assoziationen näher zu erläutern – bei seiner Ansicht, dass "allein das Assoziationswesen den volkswirtschaftlichen Prozess gesund machen kann."²³⁴

Dass Damaschkes Bodenwertzuwachssteuer nur eine tagespolitische Verwässerung von Henry Georges Bodenreformforderung war und von Gesell deshalb häufig kritisiert wurde, kann in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben, da Steiner eine gesetzliche Bodenrechtsreform generell ablehnte. Unabhängig davon könnte seine Überlegung, dass sich Kapital nicht im Boden "stauen" darf, zusätzliche Klarheit in Gesells Geld- und Bodenrechtsreform bringen. Mit Hilfe des "alternden Geldes" ließe sich demnach das Geldkapital so in einen stetigen Fluss durch den Wirtschaftskreislauf bringen, dass es nach einer Entkapitalisierung des Bodens gleich-

231 Rudolf Steiner (1979b), S. 164 und 174; (1979a), S. 50f; (1991), S. 132 ff.

232 Steiner (1962/1972), S. 134. Vgl. auch Steiner (1957), S. 92-94.

233 Vgl. Steiners respektvollen Nachruf auf Henry George (1897), in: Steiner/Boos (1957), S. 11. Zu seiner Kritik an Damaschke vgl. Steiner/Boos (1957), S. 85-86, 94 und 101-102. – "Wenn man die Dreigliederung des sozialen Organismus hat, kann man Grund und Boden nicht kaufen. ... Sie gehen von einem auf den anderen Menschen über – die Bestimmung darüber unterliegt dem geistigen Gliede des sozialen Organismus." (Steiner/Boos 1957), S. 94.

234 Steiner (1979b), S. 73 –74 und 77.

sam am Boden vorbeifließt. In seiner stetigen Bewegung würde das Geld- (kapital) den Boden nur noch in Gestalt der Bodennutzungsentgelte und ihrer Rückverteilung 'streifen'. Staatliche oder auch regionale Bodenverwaltungen würden dann die Aufgaben wahrnehmen, die Steiner den Assoziationen zgedacht hat.²³⁵ –

Solche Überlegungen spielten allerdings keine Rolle, als Steiner 1924 auf dem Gutshof des Grafen Keyserlingk in Koberwitz bei Breslau mit seinem "Landwirtschaftlichen Kurs" den Anstoß zur Entwicklung der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise gab. Obwohl Steiner den kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetrieben ursprünglich näher stand als der Großlandwirtschaft, war er in den ersten Nachkriegsjahren der "Agitation gegen große Güter und für kleine Güter" entgegen getreten: "Es hat sich ergeben, dass das Zusammenwirken von kleinen und großen Gütern das Richtige wäre." So entstand die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise auf einem 7.500 Hektar großen Gutshof und sie behielt ihre betriebliche Basis noch längere Zeit hauptsächlich auf ostelbischen Gütern, "wo die Größe der Betriebe und eine Vielzahl an Arbeitskräften die Durchführung der erforderlichen Versuchstätigkeit erleichterten".²³⁷

Abgesehen davon setzte Steiner im "Landwirtschaftlichen Kurs" den Hofmechanismen der chemisch-technischen Landwirtschaft und dem ihr zugrundeliegenden materialistischen Weltbild ein geisteswissenschaftlich fundiertes Bild vom lebendigen Hoforganismus entgegen, der in biologische und kosmische Kreisläufe integriert ist. Zwar enthält es noch nicht den Gedanken, dass die Vielfalt individueller Hoforganismen auch in einem landwirtschaftlich-sozialen Gesamtorganismus eingebettet sein müsste. Gleichwohl war es wegweisend, im "Erdboden ein wirkliches Organ" mit rhythmischen und zyklischen Lebensvorgängen zu sehen und zu berück-

235 Hierzu weiterführend: Jobst von Heynitz (2000), S. 49-100, und Roland Geitmann (2000), S. 100-121.

236 Steiner (1957), S. 96.

237 Steiner (1985), S. 10. (Als Größe des Keyserlingkschen Gutes sind dort 30.000 Morgen angegeben.) Vgl. auch die Anmerkung der Herausgeber des "Landwirtschaftlichen Kurses" auf der S. 243: "1924 standen vor allem in den östlichen Provinzen Deutschlands erfahrene landwirtschaftliche Arbeitskräfte zu wirtschaftlich tragbaren Löhnen noch fast unbeschränkt zur Verfügung." Vgl. außerdem Gunter Vogt (2000), S. 160-161. – Carl Graf von Keyserlingk hatte das Gut 1904 von Carl von Rath, dem Gründer der schlesischen Zuckerindustrie erworben und war später als Mitglied der Breslauer Sektion der Anthroposophischen Gesellschaft offenbar ‚vom Saulus zum Paulus‘ geworden. (Lt. einer polnischsprachigen, von Jan Kubista übersetzten Information der Kommunalverwaltung von Koberzyce, dem früheren Koberwitz, die in den 1990er Jahren in das restaurierte Keyserlingksche Schloss einzog. Das Schloss ist auf der Website www.koberzyce.ug.gov.pl zu sehen. – Vgl. außerdem Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 17-54. – Über den Grafen von Keyserlingk und seine Familie vgl. außerdem Wolfgang Schaumann, Georg E. Siebeneicher und Immo Lünzer (2002), S. 132-134.

sichtigen, dass "am Pflanzenwachstum der ganze Himmel mit seinen Sternen beteiligt ist."²³⁸ Im Hinblick auf die Bodendüngung ergab sich daraus die Konsequenz, keine künstlich hergestellten "toten Stoffe" wie den chemischen Stickstoffdünger zu verwenden, für dessen Herstellung nach dem ersten Weltkrieg große vormals militärisch genutzte Kapazitäten bereit standen. Steiner beobachtete, wie dadurch Kartoffeln und Getreide "immer schlechter" wurden, und er sah voraus, dass Menschen und Tiere durch den Verzehr von künstlich gedüngten Feldfrüchten krank würden. Deshalb regte er die Bauern an, "die Erde direkt zu beleben. Und das kann man nicht, wenn man mineralisierend vorgeht; das kann man nur, wenn man mit Organischem vorgeht."²³⁹

Schon während des "Landwirtschaftlichen Kurses" entstand in Koberwitz ein "Landwirtschaftlicher Versuchsring der Anthroposophischen Gesellschaft". Unter der Leitung von Graf Keyserlingk sollte dieser Ring vorerst praktische Erfahrungen mit biologisch-dynamischen Methoden des Pflanzenbaus und der Tierhaltung sammeln und mit seinem Wissen erst später an die Öffentlichkeit gehen. Keyserlingk wollte den Versuchsring sogar zur Geheimhaltung seiner Erfahrungen verpflichten und er strebte auch deren Patentierung an. Beides führte schnell zu Differenzen innerhalb des Versuchsrings. Als weitere Konflikte mit der schlesischen Zuckerindustrie und mit der Chemiefirma BASF hinzukamen²⁴⁰, wurde die Geschäftsstelle des Versuchsrings in die Nähe von Göttingen verlegt, wo Ernst Stegemann das Klostersgut Mariastein biologisch-dynamisch bewirtschaftete. Weitere biologisch-dynamische Höfe kamen hinzu: der 100 Hektar große Hof Marienhöhe von Erhard Bartsch in Bad Saarow Zwischen Berlin und Frankfurt/Oder und ein größerer Hof bei Lübeck. Westlich der Elbe folgten ein Gärtnerhof in der Künstlerkolonie Worpswede bei Bremen und einige kleinere Höfe in Süd- und Südwestdeutschland sowie jeweils fünf Höfe in der Schweiz (wo sich in Dornach bei Basel das "Goetheanum" als Mittelpunkt der anthroposophischen Bewegung befand) und in den Niederlanden. Jeweils zwei Höfe wurden in Polen, Österreich und in den USA auf die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise umgestellt. 1928 waren es insgesamt 66 Bauernhöfe. Verbunden waren sie durch die "Mitteilungen des Versuchsringes der Anthroposophischen Gesellschaft", aus der wenige Jahre später die Zeitschrift "Demeter" hervorging.²⁴¹

!!!

238 Steiner (1985); S. 44-45, außerdem S. 21 und 32. – Vgl. den Organismusbegriff bei Gesell in Anm. X X X X

239 Steiner (1985), S. 21, 32 und 122.

240 Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 57-59 und 84-85. – Gunter Vogt (2000), S. 103.

241 Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 63-64 und 78.

Um Bauern in der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise auszubilden und ihnen bei der Umstellung ihrer Höfe zu helfen, organisierte der Versuchsring Tagungen und Kurse. Außerdem gab es inzwischen auch eine von Erhard Bartsch in Bad Saarow geleitete Genossenschaft zur Verwertung von biologisch-dynamischen Düngepräparaten, die 1932 in "Demeter-Wirtschaftsbund" umbenannt wurde.²⁴²

10.3 Der natürliche Landbau und die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise während der Herrschaft des Nationalsozialismus

Zwischen dem natürlichen Landbau und der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise bestanden erhebliche Unterschiede hinsichtlich ihrer Weltanschauungen und ihrer Einstellungen zu Siedlungs-ideen und zur Tierhaltung. Diese Unterschiede traten ab 1933 in den Hintergrund, als in Deutschland das totalitäre Regime des Nationalsozialismus aufgerichtet wurde. Die unpolitische Konzentration auf ihre landwirtschaftlich-gärtnerische Praxis machte sowohl den natürlichen Landbau als auch die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise blind für den menschenverachtenden Charakter des Regimes. Mit mehr oder weniger innerer Distanz zu den neuen Machthabern ging es ihnen nur hauptsächlich darum, ihre praktische Tätigkeit fortzusetzen, zumal eine Emigration 'mit Haus und Hof' nicht in Frage kam.

Der Nationalsozialismus lehnte das anthroposophische Weltbild ab. Jedoch war seine Haltung zur biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise und zum natürlichen Landbau widersprüchlich. Die überwiegende Mehrheit der NS-Führung und ihrer Agrarpolitiker fürchtete, dass es bei einer weiteren Ausbreitung der naturgemäßen Anbauverfahren wegen deren geringerer Produktivität zu Ernterückgängen oder gar -ausfällen kommen könnte, die das Ziel einer Ernährungsautarkie gefährdeten. Eine kleine Minderheit um Hitlers 'Stellvertreter' Rudolf Hess, 'Bauernführer' Walter Darré und 'Reichsführer SS' Heinrich Himmler, die vormalig von Lebensreform, Vegetarismus und Esoterik beeinflusst war, zeigte sich jedoch ohne Sympathie für die übrige Anthroposophie an der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise interessiert. Von der künstlichen Düngung erwarteten sie nämlich schädliche Wirkungen auf die 'Volks-gesundheit' und befürworteten deshalb biologisch-dynamische Versuchsbetriebe, um eventuelle positive Ergebnisse entspre-

242 Zum anthroposophischen Hintergrund und zeitgeschichtlichen Kontext der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise sowie zu den frühen Kontroversen um sie vgl. Gunter Vogt (2000), S. 106-121 und 125-127. – Über Ernst Stegemann und Erhard Bartsch vgl. Wolfgang Schaumann, Georg E. Siebeneicher und Immo Lünzer (2002), S. 146-147 und 118-119.

chend ihrer Blut- und Boden-Ideologie für die 'Gesundung der germanischen Herrenrasse' instrumentalisieren zu können.²⁴³

1933 schlossen sich sogleich alle biologisch-dynamischen Betriebe zu einem "Reichsverband für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise" zusammen. Nach ersten Verboten in Württemberg und Thüringen im Herbst 1933 arrangierte der Gärtner Alwin Seifert in seiner Eigenschaft als 'Reichslandschaftsanwalt' ein Treffen von Erhard Bartsch mit Rudolf Hess und Walter Darré im Januar 1934, das eine Rücknahme der Verbote zur Folge hatte. Vereinbart wurde, dass der Reichsverband seine Tätigkeit fortsetzen könne und dass Kontroversen um seine Anbauverfahren mit den Agrarwissenschaften und der Chemieindustrie nicht mehr in der Öffentlichkeit stattfinden dürften.²⁴⁴

Für diese "gegenseitige Duldung" (Seifert²⁴⁵) zahlte der Reichsverband jedoch einen hohen Preis in Form seiner Nähe zum NS-Regime, die im späteren Rückblick auch von Anthroposophen für "bedenklich" gehalten wird. In der Zeitschrift "Demeter" begrüßte Erhard Bartsch die "Befreiung des Bauerntums aus den Fesseln des liberalistisch-kapitalistischen Systems durch den Aufbau des Reichsnährstandes". Er befürwortete auch das Reichserbhofgesetz.²⁴⁶

Den Druck zur Anpassung an das NS-Regime bekam auch der natürliche Landbau zu spüren, der "eine distanzierte Haltung" zum Nationalsozialismus einnahm.²⁴⁷ In seiner Zeitschrift "Bebauet die Erde" beschränkte er sich bis auf wenige taktische Ausnahmen auf unpolitische fachliche Stellungnahmen zur Landbewirtschaftung. Im Dezember 1934 wurde die "Arbeitsgemeinschaft Natürlicher Landbau und Siedlung" in die gleichgeschaltete "Deutsche Gesellschaft für Lebensreform" eingegliedert. Der "Reichsverband für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise" folgte ihr ein Jahr später – möglicherweise im Zusammenhang mit dem Verbot der Anthroposophischen Gesellschaft. Unter dem Dach der "Deutschen Gesellschaft für Lebensreform" konnten beide Anbauverbände ihre Tätigkeit bis zu ihrem endgültigen Verbot im Juni 1941 fortsetzen. Erhard Bartsch kam vorübergehend in Einzelhaft und wurde danach in Sicherungsverwahrung genommen, während

243 Gunter Vogt (2000), S. 133-152, hier: S. 136. – Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 131-169.

244 Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 153. – Gunter Vogt (2000), S. 145.

245 Zitiert nach Gunter Vogt (2000), S. 120. Seifert bezeichnete Rudolf Hess als den eigentlichen "Schirmherrn der Biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise". (Vogt, S. 135)

246 Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 135.

247 Allerdings hatten die Edener Gustav Simons und Richard Bloeck bereits vor und während des ersten Weltkriegs antisemitische und germanisch-völkische Ideologien vertreten; vgl. Werner Onken (1997), S. 25-26.

die praktische Arbeit in den mittlerweile über 1000 biologisch-dynamischen Hofbetrieben größtenteils weitergehen konnte. Ging es der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise und dem natürlichen Landbau während der NS-Zeit nur um ihre eigene Rettung oder vielleicht auch um die Nutzung des Regimes als Ausgangsbasis für die weitere Verbreitung der eigenen Ziele? Makabrer Höhepunkt all dieser Widersprüche war die Existenz einer biologisch-dynamischen Heil- und Gewürzkräuteranlage im Konzentrationslager Dachau.²⁴⁸

Im Rückblick auf die Zeit des Nationalsozialismus dürfte der Eindruck von Gunter Vogt zutreffen, dass die Allianz der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise mit dem NS-Regime auf einem "blinden Eifer für die biologisch-dynamische Mission" und auf dem Fehlen einer kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie und ihrer Agrarpolitik beruhte. Auch Koepf und von Plato führen sie auf ein "mangelndes politisches Bewusstsein" der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise zurück²⁴⁹ – das sie allerdings auch schon vor 1933 kennzeichnete. So wurden Klärungen darüber notwendig, dass es allen Richtungen einer naturgemäßen Landwirtschaft nicht um die Hebung der 'Volks Gesundheit' gehen darf, sondern um die Gesundung der ganzen Erde und aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion einschließlich einer Solidarität mit kranken und behinderten Menschen, die diese Gesundheit nicht erreichen können.²⁵⁰ Und es blieb zu klären, dass der Gedanke geschlossener Kreisläufe in individuellen Hoforganismen nur vordergründig mit dem nationalsozialistischen Autarkiegedanken verwechselbar war. Statt um eine einzelbetriebliche Autarkie sollte es bei aller erstrebenswerten Regionalität der Lebensmittelproduktion und -vermarktung auch um eine Offenheit monopolfreier (Agrar-) Märkte innerhalb gesamtwirtschaftlich geschlossener Kreisläufe gehen.

10.4 Der natürliche Landbau und die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise während der Herrschaft des Kommunismus

Während die beiden Richtungen einer naturgemäßen Landwirtschaft widersprüchliche Formen der Koexistenz mit dem nationalsozialistischen

248 Gunter Vogt (2000), S. 90, 127 (Anzahl der Höfe gegen Ende der 1930er Jahre) – 128, 134 und 150 (KZ Dachau). – Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 166-168. – Ob auch die "Arbeitsgemeinschaft natürlicher Landbau und Siedlung" im Juni 1941 verboten wurde, geht aus der Literatur nicht hervor.

249 Gunter Vogt (2000), S. 151. – Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 168.

250 Dementsprechend entstanden in der anthroposophischen Bewegung vielfältige heilpädagogische Einrichtungen.

Herrschaftssystem fanden, gab es kaum Möglichkeiten einer ähnlichen Koexistenz mit dem kommunistischen Herrschaftssystem. Die kommunistische Agrarpolitik stand ganz im Zeichen der chemisch-technischen Industrialisierung der Landwirtschaft in großen Kolchosen und LPGs, so dass es einen 'chemiefreien' Landbau nur in den Hausgärten und in der privat gebliebenen Kleinlandwirtschaft mit traditionellen Anbaumethoden gab.²⁵¹

In der SBZ bzw der späteren DDR konnte der natürliche Landbau nur in der bodenreformerischen Obstbau-Genossenschaft Eden-Oranienburg weiter betrieben werden. Daneben konnte nur ein einziger Bauernhof biologisch-dynamisch bewirtschaftet werden, und zwar das ehemals von Erhard Bartsch betriebene Gut Marienhöhe bei Bad Saarow.²⁵² Möglicherweise gab es weitere biologisch-dynamische Höfe, ohne dass öffentlich bekannt war.

10.5 Drei Richtungen der naturgemäßen Landwirtschaft im Schatten der Grünen Revolution (bis etwa 1970)

Obwohl sich das politische Bewusstsein der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise und des natürlichen Landbaus während der NS-Zeit als sehr unzureichend erwiesen hatte, blieben diese beiden Richtungen einer naturgemäßen Landwirtschaft auch nach 1945 noch lange Zeit unpolitisch. Ihre Haltung zum Nationalsozialismus und dessen Agrarpolitik arbeiteten sie nicht nachträglich auf. Und sie bemühten sich auch nicht um ein tieferes Verständnis der ökonomischen Antriebskräfte, die fortan die Industrialisierung der Gesellschaft in der kapitalistischen Marktwirtschaft und darin die Anpassung der konventionellen Landwirtschaft an die Industrie forcierten. Folglich suchten sie auch nicht nach Wegen einer Veränderung dieser gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um ihre eigenen Entfaltungsmöglichkeiten zu verbessern.

Während der natürliche Landbau nach 1945 in Westdeutschland, in der Schweiz und in Österreich an die Traditionen der bäuerlichen Familienwirtschaft anknüpfen und sich zum organisch-biologischen Landbau weiterentwickeln konnte, musste sich die im Westen erst wenig verwurzelte biologisch-dynamische Wirtschaftsweise nach dem Verlust eines Großteils ihrer betrieblichen Basis auf ostelbischen Rittergütern hierauf erst neu ausrichten. Daneben entstand als dritte Richtung der naturgemäßen Landwirtschaft noch der biologische Landbau. Allen drei Richtungen ging es um die Gesundheit von Boden, Pflanzen, Tieren und Menschen innerhalb der nicht

251 Nigel Swain (2002), S. 111-133.

252 Werner Onken (1997), S. 26-27. – Tanja Busse (2001), S. 44-45. – Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 81-84 und 198 (über Erhard Bartsch, der 1950 in den Westen kam und einen Hof in Kärnten übernahm). – Vgl. außerdem Nigel Swain (2002), S. 111-133.

weiter reflektierten ökonomisch-politischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern und ab 1957 auch in der EU. Ohne Anspruch, die Gesellschaft verändern zu wollen, konzentrierten sich alle drei Richtungen auf das Sammeln weiterer praktischer Erfahrungen mit ihren jeweiligen Methoden des Pflanzenbaus und der Tierhaltung sowie deren wissenschaftliche Systematisierung und Verbreitung.

In den Jahren des Wirtschaftswunders war es angesichts der großen Erfolge der Grünen Revolution für alle drei Richtungen der naturgemäßen Landwirtschaft sehr schwer, ihre Existenz überhaupt zu sichern. Die Beschäftigung mit Konzepten zur Gesellschaftsveränderung hätten sie nicht noch zusätzlich leisten können, zumal die Akzeptanz der kapitalistischen Marktwirtschaft in der Gesellschaft damals hoch war. Insbesondere war die Geld- und Bodenproblematik ganz aus der Politik verdrängt. Trotz eigener Ertragssteigerungen konnte die naturgemäße Landwirtschaft mit den sich von Jahr zu Jahr noch erhöhenden Rekordernten der konventionellen Landwirtschaft nicht Schritt halten. Von der Abwanderung vieler Menschen vom Land in die Städte, wo es höhere Löhne und bequemere Arbeits- und Lebensbedingungen gab, war nicht nur die konventionelle, sondern auch die naturgemäße Landwirtschaft betroffen – was auf beiden Seiten einen Druck erzeugte, Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen und diese mit Krediten zu finanzieren.

Unter diesen ungünstigen Rahmenbedingungen waren alle drei Richtungen der naturgemäßen Landwirtschaft gezwungen, sich auf ihre naturwissenschaftlichen Grundlagen zu konzentrieren und diese immer wieder auf's neue zu überprüfen. Sie beeinflussten sich dabei auch gegenseitig und bemühten sich auf jeweils eigene Weise um einen Dialog mit den etablierten Agrar- und Ernährungswissenschaften, die schon in den 1940er Jahren begonnen hatten, vereinzelte unkonventionelle Einsichten über die Humuswirtschaft, Fruchtfolgen und Gründüngung in ihre eigenen Lehrmeinungen zu integrieren.²⁵³ –

Der Schwerpunkt der naturgemäßen Landwirtschaft befand sich zunächst in der vom Nationalsozialismus verschont gebliebenen Schweiz. Dort verband die von Hans und Maria Müller geleitete Bauern-Heimatbewegung den natürlichen Landbau mit der traditionell christlich geprägten bäuerlichen Lebensweise und suchte damit nach Wegen, die bäuerliche Familienwirtschaft zwischen Tradition und Moderne zu erhalten. 1946 entstand eine "Anbau und Verwertungsgenossenschaft Heimat", die ihre Erzeugnisse auch mit der Unterstützung der Migros-Genossenschaft und der Reformhäuser

253 Gunter Vogt (2000), S. 237.

vertrieb. Mit seiner Vorstellung vom "Kreislauf der lebendigen Substanz im Naturhaushalt" (die allerdings umstritten war und sich später auch als nicht haltbar erwies) entwickelte Hans-Peter Rusch den natürlichen Landbau mit Verfahren zur Bodenbedeckung, Gründüngung und Flächenkompostierung zum organisch-biologischen Landbau weiter. Er bemühte sich auch um eine ebenso naturwissenschaftliche wie naturphilosophische Grundlage.²⁵⁴ –

Um in den traditionell christlich geprägten Gebieten Südwest- und Süddeutschlands, der Schweiz und Österreichs leichter Fuß fassen zu können, orientierte sich auch die anthroposophisch-geisteswissenschaftlich begründete biologisch-dynamische Wirtschaftsweise neu und nahm die dort bereits verbreiteten naturwissenschaftlichen Einsichten in die Biologie der Bodenfruchtbarkeit und der Humuswirtschaft in sich auf.²⁵⁵ Ihre Umstellung von den großen Rittergütern auf kleine und mittlere Familienbetriebe erforderte außerdem einen veränderten "Betriebsorganismus"-Begriff. Bei geringeren Betriebsgrößen mussten Abstriche vom Ideal geschlossener und vielfältiger Hofkreisläufe und Zugeständnisse an die betriebliche Spezialisierung sowie an den Einsatz von technischen Hilfsmitteln gemacht werden.²⁵⁶

Was sich in Bad Saarow nicht fortführen ließ, wurde Ende 1946 in Stuttgart neu aufgebaut. Nach "Anthroposophisch-naturwissenschaftlichen Arbeitswochen" entstand im Gebäude der Firma Weleda ein "Forschungsring biologisch-dynamische Wirtschaftsweise", der eng mit der naturwissenschaftlichen Sektion des Dornacher Goetheanums kooperierte. Aus den "Mitteilungen" des Versuchsringes ging die Zeitschrift "Lebendige Erde" hervor, die sich den fachlichen Problemen des Pflanzenbaus und der Tierhaltung widmete und vielfach über die Tätigkeiten biologisch-dynamischer Hofbetriebe berichtete. Ab 1954 übernahm der "Demeter-Bund" die Aufgabe, im Sinne von Steiners Assoziationsgedanken ein Netzwerk aufzubauen, das biologisch-dynamisch wirtschaftende Bauern, Berater, verarbeitende Betriebe, Händler und Verbraucher/innen miteinander verband. Neben dem Forschungsring und teilweise in Konkurrenz zu ihm stand seit 1952 die "Bäuerliche Gesellschaft Nordwestdeutschland". Sie hatte ihren Mittelpunkt auf dem 37 Hektar großen Hof von Eduard Bauck bei Uelzen. Die anderen

254 Gunter Vogt (2000), S. 197-236, hier: S. 215-216.

255 Vogt spricht von einer "Annäherung der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise an die anderen ökologischen Landbausysteme" (2000, S. 178) und erwähnt auch Bestrebungen des organisch-biologischen Landbaus, Erkenntnisse der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise zu übernehmen (2000, S. 205-207).

256 Gunter Vogt (2000), S. 174-184. – Ähnliche Probleme mit geschlossenen bzw nicht schließbaren Kreisläufen traten später auch in der Tauschringbewegung auf.

dazugehörigen Höfe in Niedersachsen und Schleswig-Holstein hatten eine Größe von 130–180 Hektar.²⁵⁷ –

Als dritte und neue Richtung entstand neben dem organisch-biologischen Landbau und der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise nach 1945 noch der biologische Landbau; er ging aus dem natürlichen Landbau der 1920er und 1930er Jahre hervor. Die 1949 von Albrecht und Wolfgang Haller gegründete "Gesellschaft Boden und Gesundheit" knüpfte an naturwissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Bodenfruchtbarkeit, naturgemäßer Ernährung und menschlicher Gesundheit an. Vom natürlichen Landbau übernahm sie aber weder den Vegetarismus – infolgedessen spielten in ihr Fragen der artgerechten Haltung und Fütterung von Tieren eine größere Rolle – noch den Siedlungsgedanken. "Der biologische Landbau gab den Anspruch, die gesamte Gesellschaft erneuern zu wollen, auf."²⁵⁸

In der während der 1950er Jahre von Ewald Könemann und danach von Georg E. Siebeneicher redigierten Zeitschrift "Bebauet die Erde" (ab 1958: "Organischer Landbau") ging es um die Themenbereiche Bodenfruchtbarkeit, Humuswirtschaft, Tierhaltung, Lebensmittelqualität und Gesundheit – ansatzweise auch schon um die Problematik der Pestizidrückstände in der Nahrungskette. Die "Gesellschaft Boden und Gesundheit" und die "Schweizerische Gesellschaft Biologischer Landbau" ("bioterra") waren auch sehr um einen Dialog mit den Agrar- und Ernährungswissenschaften bemüht. "Die Konzepte konventioneller und biologischer Landbewirtschaftung näherten sich einander an."²⁵⁹

10.6 Ökologischer Landbau seit den 1970er Jahren bis zur Gegenwart

Seit der Veröffentlichung des Berichts des Club of Rome über die "Grenzen des Wachstums" (1972) wurden auch die Schattenseiten der kapitalistischen Industriegesellschaft deutlicher wahrgenommen. Auch die chemisch-technische Intensivierung der Landwirtschaft geriet nun stärker in die Kritik, weil sie sich sowohl auf ländliche Strukturen als auch auf die Natur zerstörerisch auswirkte. Als Folge des Höfesterbens, der Tendenz zur Massentierhaltung und der zunehmenden Belastung von Boden, Grundwasser und Luft mit giftigen Kunstdünger- und Pestizidrückständen konn-

257 Gunter Vogt (2000), S. 179. 1962 zog der Forschungsring nach Darmstadt um. Vgl. auch Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 179-183 (Forschungsring), S. 202-208 (Bäuerliche Gesellschaft Nordwestdeutschland) und S. 215-231 (Demeter).

258 Gunter Vogt (2000), S. 257.

259 Gunter Vogt (2000), S. 237-258, hier: S. 237.

ten der organisch-biologische und der biologische Landbau sowie die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise aus dem Schatten der Grünen Revolution heraustreten. Im Zuge ihrer Integration in die sich ausbreitende Ökologiebewegung veränderte sich auch ihr Selbstverständnis: es ging ihnen fortan nicht mehr nur um die Gesundheit der Lebensmittel, sondern auch um deren umweltschonende Erzeugung mit einem geringeren Aufwand an Kapital und Energie.

Die zunehmende Bedeutung aller drei Richtungen der naturgemäßen Landwirtschaft führte auch zu ihrer Annäherung innerhalb neuer organisatorischer Strukturen. Aus der steigenden Zahl von ökologisch wirtschaftenden Höfen ergab sich zunächst eine gleichzeitige Zunahme der Zahl von Anbauverbänden. Außerdem entstanden neue, von Stiftungen getragene Forschungseinrichtungen. Die schweizerische "Stiftung zur Förderung des Biologischen Landbaus" gründete 1974 ein Forschungsinstitut. In Deutschland entstand 1975 die "Stiftung Ökologie und Landbau" (SÖL), die umfangreiche Forschungen und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit förderte. Die SÖL koordinierte auch die Entwicklung gemeinsamer Rahmenrichtlinien und Zertifikate für die Anbauverbände und deren Zusammenschluss zur "Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau" (AGÖL, 1988). Der AGÖL entspricht in der Schweiz seit 1998 die "Bio Swiss", während es in Österreich zwei Dachverbände des biologischen Landbaus gibt. Auf internationaler Ebene war alledem schon 1972 die Gründung einer "International Federation of Organic Agricultural Movement" (IFOAM) in Paris vorausgegangen.²⁶⁰

Das Auftreten katastrophaler Tierseuchen hat die Vormachtstellung der konventionellen Landwirtschaft erschüttert und spätestens seit der Ausrufung einer Agrarwende (2001) ist der ökologische Landbau aus seinem Nischendasein herausgetreten. Neben seinem eigenen Bemühen um seine Verwissenschaftlichung gibt es auch an etablierten agrarwissenschaftlichen Fakultäten wie in Stuttgart-Hohenheim und Gießen vergleichende Studien zur konventionellen und ökologischen Landwirtschaft. 1991 wurde der erste Lehrstuhl für ökologischen Landbau in Kassel-Witzenhausen eingerichtet und schon seit 1983 enthalten die jährlichen Agrarberichte des zuständigen Bundesministeriums auch eigene Kapitel über den Ökolandbau.²⁶¹ Damit

260 Gunter Vogt (2000), S. 273-278. – Über die SÖL vgl. Wolfgang Schaumann, Georg E. Siebeneicher und Immo Lünzer (2002), S. 85-114. – Über fernöstliche, insbesondere japanische Einflüsse auf den Ökolandbau vgl. Gunter Vogt (2000), S. 54-57 und 259-261. Über die internationale Ausbreitung der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise vgl. Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 359-418.

261 Gunter Vogt (2000), S. 269-270 (Forschung an den Agrarfakultäten) und 283 (Verwissenschaftlichung).

hat ein Übergangsstadium begonnen. Einerseits befindet sich der ökologische Landbau auf dem Weg seiner weiteren Verbreitung und er erreicht auch Fortschritte bei der Entwicklung von angepasster Technik, von eigenem Saatgut und von artgerechten Formen der Tierhaltung. Andererseits bringt dieses Übergangsstadium auch unübersichtliche Widersprüche und Gefahren der Verwässerung von Grundprinzipien des Ökolandbaus mit sich (z.B. durch die Verarbeitung von Auszugsmehlen und Zucker aus 'kontrolliertem' Anbau oder durch den Vertrieb von tiefgefrorenen Fertigmahlzeiten).²⁶² Einerseits bietet der Vertrieb von Ökoprodukten in Supermärkten Chancen für deren weitere Verbreitung – er bringt den Ökolandbau aber auch in die Nähe der Marktmacht von Lebensmittelkonzernen und Handelsketten, was die Existenz von Hof- und Naturkostläden untergraben kann.

Gerade der Vertrieb von Ökoprodukten in Supermärkten zeigt, wie sehr die weitere Ausbreitung des ökologischen Landbaus innerhalb der kapitalistisch-protektionistisch verzerrten Marktwirtschaft einer Gratwanderung zwischen Chancen und Gefahren gleicht. Die Existenz eines Bereichs der Landwirtschaft, in dem Lebensmittel mit weniger Kapital und Energie, dafür aber mit mehr Arbeit und auf größeren Flächen erzeugt werden, ist an sich schon eine Herausforderung für das rentabilitätsorientierte Kapital des agroindustriellen Komplexes, diesen Bereich einzudämmen und zu unterwandern. Um so mehr gilt dies in einer Zeit, in der der ökologische Landbau seine bisherige Nische verlässt und dem Kapital noch weitere Verwertungsmöglichkeiten streitig machen will.

Gefahren drohen dem Ökolandbau aber nicht nur 'von außen' durch die Interessen des agroindustriellen Komplexes, sondern auch 'von innen'. Unter den Rahmenbedingungen der bestehenden kapitalistisch-protektionistisch verzerrten Marktwirtschaft unterliegen nämlich auch die Ökobetriebe noch dem Systemzwang zum rentablen Wirtschaften. Auch in ihnen sind die Anbauflächen, das Saatgut, die Pflanzen und die Tiere noch Kapitalgüter, die eine Verzinsung des bäuerlichen Eigenkapitals und des von Banken geliehenen Fremdkapitals verlangen. Auch der Ökolandbau ist deshalb zur Sicherung seiner Existenz unter den gegebenen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch auf Subventionen aus dem Staats- und EU-Haushalt angewiesen.²⁶³ Aufgrund dieser ökonomischen Rahmenbedingungen

262 Gunter Vogt (2000), S. 234-236 (angepasste Technik), S. 279 (umstrittene Produkte), S. 288 (Tierhaltung), S. 295 (Saatgut; weitere Informationen über die Entwicklung von eigenem, nicht mehr auf die konventionelle Landwirtschaft angewiesenem Saatgut gibt es auf der Website www.zs-l.de); vgl. außerdem Andrea Heistingner (2004) und die Website www.arche.noah.at

263 Die EU begann die Förderung des ökologischen Landbaus 1988 übrigens nicht aus Gründen des Umweltschutzes, sondern um die Agrarmärkte im Rahmen ihres Extensivierungsprogramms von den

lassen sich die Naturkreisläufe auch in Ökolandbaubetrieben bisher noch nicht so weit schließen wie es den (Fern-)Zielen des ökologischen Landbaus eigentlich entspräche. Neben seinem Bemühen um eine weitere Festigung seines naturwissenschaftlichen Fundaments braucht der ökologische Landbau deshalb auch einen Blick für die Notwendigkeit ihm angemessener gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, welche die natürlichen Ressourcen entkapitalisieren und dafür sorgen, dass die Erzeugnisse der Landwirtschaft (und anderer Wirtschaftsbereiche) durch eine von den Einflüssen wirtschaftlicher und bürokratischer Macht befreite Preisbildung gerecht verteilt werden.

Statt untätig auf eine solche Reform der gesamtwirtschaftlichen Strukturen zu warten, ist es zweifellos richtig und notwendig, den Ökolandbau auch weiterhin innerhalb der falschen Strukturen der kapitalistisch-protektionistisch verzerrten Marktwirtschaft auszubauen. Gleichmaßen notwendig sind aber auch eine stärkere Aufmerksamkeit des Ökolandbaus für die Bedeutung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Deshalb ist von sehr großer Bedeutung, dass innerhalb der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise seit den 1970er Jahren wieder auflebt, was in den Siedlungsprojekten des natürlichen Landbaus der 1920er Jahre schon einmal ansatzweise vorhanden war und was allen drei Richtungen der naturgemäßen Landwirtschaft nach 1933/45 aufgrund ihres Strebens nach ihrer naturwissenschaftlichen Fundierung vorübergehend verloren ging: der Anspruch, zugleich mit der umweltschonenden Erzeugung gesunder Lebensmittel zur Veränderung der Gesellschaft beizutragen.²⁶⁴

Als aus der Ökologiebewegung Landkommunen und Ökodörfer hervorgingen²⁶⁵, erinnerte Wilhelm Ernst Barkhoff an Rudolf Steiners Gedanken, dass der Boden nicht als käufliche Handelsware und Kapitalgut, sondern als ein unveräußerliches Gemeinschaftsgut behandelt werden müsste. Die

Überschüssen zu entlasten. Erst 1992 begründete die EU ihre Direktzahlungen an Ökobetriebe mit Umweltschutzargumenten; vgl. Gunter Vogt (2000), S. 280.

264 Die Gedanken der Geld- und Bodenrechtsreform waren zwar in den Kreisen des biologischen Landbaus durchaus noch bekannt, aber sie spielten in der Nachkriegszeit keine Rolle mehr. Beispielsweise war damit Georg E. Siebeneicher vertraut; der spätere Redakteur der Zeitschriften "Organischer Landbau" (1958-1972) und "garten organisch" (1973-1993) war in den 1950er Jahren im Rudolf Zitzmann Verlag in Lauf bei Nürnberg tätig, in dem vor dem zweiten Weltkrieg Werner Zimmermanns Zeitschrift "Tau" erschienen war und in dem nach 1945 die Standardliteratur über die Geld- und Bodenrechtsreform erschien. Vogt erwähnt, dass Siebeneicher in seinen Editorials mehrfach Stellungnahmen zur EU-Agrarpolitik abgab. (Vogt 2000, S. 251) Unter dem Pseudonym Peter Campester erschienen von Siebeneicher in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mehrere Aufsätze in der geld- und bodenreformerischen Zeitschrift "Der Dritte Weg".

265 Über die Kommune Niederkaufungen und andere Ökosiedlungen vgl. Ulrich Grober (1998). Über den Lebensgarten Steyerberg bei Nienburg vgl. die Website www.lebensgarten.de

durch seine Initiative 1974 in Bochum entstandene "Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken" (GLS) unterstützte Bestrebungen, biologisch-dynamisch wirtschaftende Höfe "freizukaufen", d.h. mit zinsgünstigen Krediten zu entschulden und in eine gemeinnützige Trägerschaft zu überführen. Auf diese Weise entstanden auch "Hofgemeinschaften", in denen landwirtschaftliche mit handwerklichen und sozialtherapeutischen Tätigkeitsfeldern verbunden sind.²⁶⁶

Auch wenn die Wurzeln des heutigen Ökolandbaus Vogt zufolge mehr im natürlichen Landbau aus der Zeit vor 1945 und dem biologischen Landbau der 1950er und 1960er Jahre liegen als im organisch-biologischen Landbau und in der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise²⁶⁷, so sind dennoch aus der Verbindung der anthroposophischen "Dreigliederung des sozialen Organismus" mit der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise zukunftsweisende Impulse einer allmählichen Gesellschaftsveränderung 'von unten' hervorgegangen. Indem sie eine zukünftige reformierte Bodenordnung schon jetzt modellhaft praktizieren und in den gegenwärtigen Ökolandbau hereinholen, geben sie ihm eine wertvolle politische Orientierung.

In jüngster Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, dass besonders in den biologisch-dynamischen Bereichen des Ökolandbaus stärker wahrgenommen wird, wie sehr auch die "rücksichtslose Integration der Landwirtschaft in das industrielle und finanzpolitische System"²⁶⁸ sowohl die konventionelle als auch die ökologische Landwirtschaft in ihrer Existenz bedroht. Daraus folgt als nächstes die Überlegung, dass im Zusammenhang mit einer Reform des Bodenrechts auch eine Reform des "finanzpolitischen Systems" erforderlich wäre, um sowohl dem ökologischen Landbau größere Entwicklungsmöglichkeiten zu verschaffen als auch der konventionellen Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Existenz zu erhalten – vor allem die familienbäuerlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe – und sich nach und nach auf mittlere Betriebsgrößen und ökologische Anbauverfahren umzustellen.

Ein Aufsatz von Martin Hollerbach in der Zeitschrift "Lebendige Erde" trug sogar die Überschrift "Wir brauchen eine andere Ökonomie", weil nicht einmal die millionenfache Tötung und Verbrennung von Tieren

266 Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 51 und 258-262. – Über die GLS-Bank vgl. Christof Lützel (2002) und den regelmäßig erscheinenden "Bankspiegel" (Näheres auf der Website www.gemeinschaftsbank.de). – Eckhard Behrens (2003), S. 33-34.

267 Gunter Vogt (2000), S. 205 und 258. "Letztlich wirtschaftet auch ein Großteil der biologisch-dynamischen Betriebe im Rahmen der naturwissenschaftlichen Auffassungen des Ökologischen Landbaus und setzt zusätzlich die biologisch-dynamischen Präparate ein." (S. 261)

268 Herbert Koepf und Bodo von Plato (2001), S. 51.

während der BSE- und MKS-Krisen das Preisgefüge und das weitere Absinken der Erzeugerpreise für Lebensmittel aufhalten konnten. Deshalb knüpft Hollerbach an den Gedanken von Wilhelm Ernst Barkhoff an, das "Kapital" der Landwirtschaft als "Menschheitsgut" in eine "treuhänderische Verwaltung auf Zeit" zu überführen. Außerdem greift er gleichsam als Vorstufe zu einer Geldreform auf die Tauschringe und Regionalwährungen als Möglichkeiten zurück, die regionale Direktvermarktung von Ökoprodukten zu stärken.²⁶⁹

Auch die Überlegungen von Manfred Klett und Christoph Strawe zur Frage nach einer "richtigen Preisbildung" weisen in eine richtige Richtung, auch wenn sie dem Gedanken einer Geldreform noch nicht ganz so nahe kommen wie Hollerbach. In ihren Kommentaren zum Scheitern der WTO-Konferenz in Cancun (2003) stimmen Klett und Strawe darin überein, dass Zölle und Subventionen einerseits vorerst noch "als Abwehr gegen einen zerstörerischen Turbokapitalismus in der Landwirtschaft berechtigt und notwendig sind" (abgesehen von den Exportsubventionen, die sofort gestrichen werden müssten); andererseits stellen sie aber eine "soziale Lüge" dar, weil sie die Preisbildung verfälschen. Und "als Perspektive für die Landwirtschaft der Zukunft sind sie unzureichend, ja sie führen sogar in die Irre." Angesichts der sowohl im industrialisierten Norden als auch im 'unterentwickelten' Süden viel zu niedrigen Preise für Lebensmittel stellt sich deshalb die "Schlüsselfrage", wie sich denn "faire (Welt-)Marktpreise" erreichen ließen, die die Kosten der Herstellung von ebenso gesunden wie umweltfreundlichen Lebensmitteln decken.²⁷⁰

Bei der Suche nach einer Antwort auf diese entscheidende Frage ist zu bedenken, dass die Preisbildung nicht nur durch die Zölle und Subventionen verfälscht wird, sondern bereits durch die in die Preise der Lebensmittel (und anderer Güter) einkalkulierten Bodenrenten und Kapitalzinsen. Diese Preisbestandteile sind zum einen auf die Kapitalisierung des Bodens und der Naturressourcen zurückzuführen und zum anderen auf den von Manfred Klett mehr als von Christoph Strawe beachteten Umstand, dass "sich das Geld heute von seiner Funktion, Flussmittel des Warenaustausches zu sein, emanzipiert hat". Gegenüber der strukturellen Macht

269 Martin Hollerbach (2003), S. 6-7. – Über den Dottenfelderhof bei Frankfurt, auf dem Hollerbach tätig ist, vgl. Ulrich Goyer (1998), S. 132-151. – Über den "Chiemgauer" und andere Regionalwährungen vgl. Bernard Lietaer und Margrit Kennedy (2004) und die Website www.regio-netzwerk.de; u.a. gibt es auf dem "Hof Seekamp" in Schleswig-Holstein eine Initiative zur Gründung einer Regionalwährung; vgl. dazu die Website www.kann-was.org

270 Manfred Klett (2003), S. 4. – Christoph Strawe (2003), S. 8.

des Geldes über die (Agrar-)Märkte "steht die Landwirtschaft hoffnungslos abgeschlagen am anderen Pol der Urproduktion".²⁷¹

Dieses Gefälle zwischen dem bislang über der Natur stehenden Geld und der landwirtschaftlichen Urproduktion müsste durch eine Geld- (und Bodenrechts-)Reform überwunden werden. Klett ist sich auch dessen bewusst, dass die Landwirtschaft "im Grunde auf zinslosen Kredit angewiesen ist". Aber er sieht hierfür offenbar vorerst keine Aussichten auf eine politische Verwirklichung einer solchen Reform. "Die Gestaltbarkeit der Kaufgeldflüsse ist zunächst einzig in der Regionalität möglich, d.h. dort, wo dem Konsumenten die Bedingungen für die Entstehung des objektiven Werts anschaulich und plausibel gemacht werden können."²⁷²

Auch Strawe erwartet in Anknüpfung an Steiners Assoziationsgedanken von der Bildung regionaler Zusammenschlüsse von Ökobauern, Händlern und Verbraucher/innen die Möglichkeit, "das Preisgefüge durch abgesprochene korrigierende Eingriffe in das Marktgeschehen immer wieder in der gewünschten Richtung zu beeinflussen". Dieser "dritte Weg zwischen Marktfundamentalismus und Planwirtschaft" könnte dazu beitragen, schon jetzt innerhalb der kapitalistisch-protektionistisch verzerrten Marktwirtschaft in "Regionen als sozialen Biotopen" Formen des Ausgleichs zwischen Angebot und Nachfrage zu erproben, die mehr auf Transparenz, Vertrauen und Verantwortung beruhen als auf der Anonymität des Weltmarkts.²⁷³ Allerdings sind die Aussichten auf mehr Fairness in der Preisgestaltung begrenzt, solange das land- und gesamtwirtschaftliche Preisgefüge noch durch die in die Preise einkalkulierten Bodenrenten und Kapitalzinsen verzerrt bleibt. Über regionale Assoziationen und Regionalwährungen hinaus bedarf es deshalb einer ganzheitlichen Reform von Bodenrecht und Geldwesen, welche den Einfluss der Bodenrenten und Kapitalzinsen auf die Preisbildung durch deren Rückverteilung bzw. Senkung gegen Null schrittweise gegen Null abbaut, bis schließlich nur noch die menschliche Arbeit und die Inanspruchnahme von Naturressourcen bestimmenden Einfluss auf die Bildung der (Welt-)Marktpreise haben. Zudem muss der allmähliche Abbau der Lebensmittelüberschüsse dazu beitragen, dass Fairness in die Preisbildung einkehren kann.

Über "Zwischenschritte" auf dem Weg zu einer solchen Reform und zum Abbau von (Agrar-)Zöllen und Subventionen hinaus deutet auch nach Ansicht von Strawe die gegenwärtige Krise in der Landwirtschaft des Nordens und des Südens auf die "Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels

271 Manfred Klett (2003), S. 5.

272 Manfred Klett (2003), S. 5.

273 Christoph Strawe (2003), S. 9-10.

nicht nur in der Landwirtschaft selbst hin. Letztlich geht es um eine umfassende Erneuerung des sozialen Lebens, durch welche die Globalisierung erst gestaltbar wird."²⁷⁴

Nachwort

Seit den Anfängen des modernen Kapitalismus, die in Deutschland zeitlich mit den verlorenen Bauernkriegen zusammenfielen, geriet die Landwirtschaft überall auf der Welt ins Hintertreffen – in Europa und Nordamerika ebenso wie in Lateinamerika, Afrika und Asien. Daran haben auch die sog. 'Bauernbefreiungen' nur wenig geändert. An die Stelle der alten feudalen Abhängigkeiten, die in vielen Ländern der Dritten Welt noch immer weit verbreitet sind, traten in den kapitalistischen Industriegesellschaften neue Abhängigkeiten der Bauern von mächtigen (Hypotheken-) Gläubigern und Industrien. Weder die nationalsozialistische noch die kommunistische Diktatur vermochten diese Fehlentwicklungen mit ihren Perversionen der Bodenrechtsreformziele zu korrigieren, so dass der Landwirtschaft nach 1945 bzw. nach der Bildung des europäischen Agrarmarkts vielfach nur die Alternative blieb, in Form von sich vergrößernden Betrieben weiter in die Industriegesellschaft hineinzuwachsen oder zu weichen, d.h. aufzugeben und ihre Arbeitskräfte an die übrigen Wirtschaftsbereiche abzugeben. Diesem ländlichen Strukturwandel fielen unzählige Bäuerinnen und Bauern zum Opfer, so dass mittlerweile nur noch ein winziger Teil der Bevölkerung in der landwirtschaftlichen Urproduktion – der elementarsten Grundlage einer jeden arbeitsteilig differenzierten Gesellschaft – tätig ist. Hochgradig technisiert, verschuldet und gestützt von Subventionen und Zöllen produziert die Landwirtschaft des Nordens gigantische Nahrungsmittelüberschüsse, während im Süden Futtermittel für den Export produziert werden und Millionen von Menschen hungern.

Nur in geringem Umfang konnte im Schatten der Grünen Revolution auch eine ökologische Landwirtschaft entstehen. Aber sie unterliegt ähnlich wie die konventionelle Landwirtschaft den Rentabilitätswängen der kapitalistisch-protektionistisch verfälschten Marktwirtschaft und wird von diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an ihrer weiteren Entwicklung gehindert. Die als Folge der industriellen Massentierhaltung aufgetretenen katastrophalen Tierseuchen BSE und MKS haben die Forderungen nach einer Agrarwende verstärkt. Dabei wird bislang allerdings noch kaum die Frage mitbedacht, in welches wirtschafts- und gesellschaftspolitische Umfeld eine zu 10, 20 und mehr Prozent auf ökologischen Anbau umgestellte Landwirt-

274 Christoph Strawe (2003), S. 10.

schaft eingebettet sein soll. Passt eine ansonsten unveränderte kapitalistische Marktwirtschaft mit sich vertiefender sozialer Ungleichheit zu ihr, in der Konzerne die Arbeitenden zu Tausenden 'freisetzen', in der der Mittelstand schwindet, in der Energie aus der Verbrennung fossiler Ressourcen und aus der Spaltung von Atomkernen gewonnen wird und in der 'neue Arbeitsplätze' durch Rüstungs-, Raumfahrt- und andere Großprojekte geschaffen werden? Passt eine Welt mit zunehmenden Gegensätzen zwischen Nord und Süd zur ökologischen Landwirtschaft? Und passen Diktaturen genau so zu ihr wie Demokratien?

Historische Erfahrungen mit den Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und des Kommunismus lehren, dass die ökologische Landwirtschaft nur in Demokratien gedeihen kann. Sie ist aber nicht nur in totalitären Gesellschaftsformen ein Fremdkörper, sondern auch im Turbokapitalismus. Auch für ihre weitere Entwicklung innerhalb demokratischer Rechtsstaaten braucht die ökologische Landwirtschaft ein die kapitalistisch-protektionistisch verfälschte Marktwirtschaft überwindendes Leitbild einer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus", in der sich die Kluft zwischen Reichtum und Armut, Nord und Süd allmählich schließt und in der die Landwirtschaft Möglichkeiten findet, sich in mittelständischen, familienbäuerlichen und genossenschaftlichen Betriebsformen und -größen zu ökologisieren.

Die Agrarwende kann sich nicht nur auf einen Prozess einer bloß quantitativen Ausdehnung des Ökolandbaus auf 10, 20 und mehr Prozent der Landwirtschaft innerhalb des ansonsten unverändert weiterbestehenden Wirtschaftssystems beschränken. Vielmehr kann sie ihr Ziel einer vollständigen Ökologisierung des Landbaus nur im Rahmen eines qualitativen Wandels der gesamtgesellschaftlichen Strukturen erreichen, bei dem das Geld seine strukturelle Macht über die Menschen und Märkte verliert und bei dem die Naturressourcen entkapitalisiert werden – in der Landwirtschaft wie auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen. Sobald Realkapitalien und insbesondere das Realkapital der Landwirtschaft nicht mehr als verzinsliche Kapitalgüter behandelt werden, werden die Bäuerinnen und Bauern von dem Zwiespalt zwischen den 'beiden Seelen in ihrer Brust' befreit. Der Boden, die Pflanzen, die Tiere und die Gene sind dann keine Ausbeutungsobjekte mehr, sondern gleichermaßen Mitgeschöpfe mit einer eigenen Würde und Wirtschaftsgüter, die den Bäuerinnen und Bauern für eine begrenzte Zeit zum Leben und Wirtschaften anvertraut sind. Damit wirtschaften sie dann ohne jeden Rentabilitätsdruck, indem sie einerseits als in die Naturkreisläufe integrierte Produzenten den Boden, die Pflanzen, die Tiere und die Gene in der ursprünglichen Bedeutung des lateinischen Wortes "agricola" hegen und pflegen, und in dem sie andererseits als gewerbliche

Anbieter auf den lokalen, regionalen und zum kleineren Teil auch überregionalen Märkten die Menschen aus den übrigen Wirtschaftsbereichen zu fairen Preisen mit ihren Lebensmitteln versorgen. Damit fügen sich sowohl die Ökologie als auch die Ökonomie der Landwirtschaft in den großen Haushalt der einen Erde (Ökumene) ein. Es besteht dann zwar immer noch ein Unterschied zwischen der Erzeugung von Getreide oder Kartoffeln und der Produktion von Industriegütern oder Dienstleistungen. Sobald jedoch die strukturelle Übermacht des Geldes über die Gesamtheit der Märkte überwunden ist und die Naturressourcen in allen Wirtschaftsbereichen entkapitalisiert sind, wird auch eine ökologische Landwirtschaft mit ihrer Einbindung in insgesamt wieder geschlossene Kreisläufe und Rhythmen der Natur gleichrangig neben anderen Wirtschaftszweigen existenzfähig – vor allem, wenn Bauernhöfe in eine gemeinnützige Trägerschaft überführt werden und wenn auch die übrigen Wirtschaftsbereiche stärker an die Natur herangeführt werden.²⁷⁵

Schließlich wird sich die Agrarwende auch nicht damit begnügen dürfen, 'nur' den in den letzten Jahrzehnten zu einer kleinen Restgröße geschrumpften Bereich der Landwirtschaft zu 100 Prozent auf den ökologischen Landbau umzustellen. Als elementarster Bereich des menschlichen Daseins auf der Erde muss die landwirtschaftliche Urproduktion in ihren zukünftigen sozial- und umweltverträglichen Formen auch noch einen größeren Anteil am gesamtwirtschaftlichen Geschehen erhalten als die gegenwärtige, übermäßig intensivierte konventionelle Landwirtschaft. Gemeint ist damit keine Reagrarisierung der Industriegesellschaft gemäß den fortschrittsfeindlichen Vorstellungen der Agrarromantik, sondern eine "Demonopolisierung und Reregionalisierung" der gesamten Wirtschaft, wie sie Hermann Scheer im Hinblick auf eine Energiewende auch für die Agrarwende angedeutet hat. Scheer sieht die Land- und Forstwirtschaft als "neuen und dauerhaften Hauptträger für die Volkswirtschaft insgesamt – nicht mehr als Sektor, in dem immer weniger Menschen arbeiten, sondern als großes Beschäftigungsfeld. ... Indem die Landwirtschaft zur integrierten Nahrungsmittel-, Energie- und Rohstoffwirtschaft wird, beginnt sie wieder zu wachsen statt zu schrumpfen."²⁷⁶

275 Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, noch einmal an Steiners Vorstellungen vom "Betriebsorganismus" innerhalb der irdisch-kosmischen Ordnung anzuknüpfen und sie mit Gesells Vorstellungen von der Erde als einem "organischen Teil eines jeden einzelnen Menschen" (Band 11, S. 101) und von der Menschheit als einem "internationalen Organismus" (Band 5, S. 235 und 245) in Beziehung zu bringen, wobei zum Vergleich auch noch einmal die Thünenschens Ringe und Friedrich Lists "Organkreissystem" herangezogen werden könnten.

276 Hermann Scheer (1999), S. 89-93 und 320-324.

Um den Jahrzehnte langen Trend zum Höfesterben und zur Industrialisierung der übrigen Hofbetriebe umzukehren und eine solch umfassende Agrarwende erreichen zu können, bedarf es neben einem gesellschaftspolitischen Leitbild einer demokratischen "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" mit einem darin eingebetteten familienbäuerlichen Ökolandbau auch noch eines entsprechenden Leitbildes für zukünftige Bäuerinnen und Bauern, denn letztlich kommt alles auf die Bereitschaft von Frauen und Männern an, diesen naturverbundenen Beruf des Land-, Energie- und Kulturwirts als ihre Lebensaufgabe anzunehmen. Wegen seiner Vielseitigkeit einschließlich seiner ethischen und ästhetischen Aspekte haben Franz und Brigitte Alt diesen "Urberuf" auch als "Traumberuf" bezeichnet, der zudem Aussichten auf neue Formen der Kooperation von Frauen und Männern sowie von Jungen und Alten bietet.²⁷⁷

Bei alledem setzt die Verwirklichung einer solchen umfassenden Agrarwende keine Politisierung des gesamten Ökolandbaus voraus. So wie es innerhalb des Ökolandbaus unterschiedliche Strömungen gibt, die entweder nur naturwissenschaftlich oder zusätzlich auch anthroposophisch-geisteswissenschaftlich orientiert sind, so gibt es sowohl Ökobauern, die sich kaum für Politik interessieren und ihre Höfe zum "bloßen Broterwerb" betreiben²⁷⁸, als auch (Öko-)Bauern in Nord und Süd, die ihre Höfe, Hofgemeinschaften oder Landkooperativen als Keimzellen einer gesellschaftlichen Erneuerung betrachten. Damit sich – um abschließend noch einmal an die griechische Mythologie anzuknüpfen – das Beziehungsgefüge zwischen Demeter, Persephone, Hades, Hermes und Apollon erneuern und Demeter ihre Fruchtbarkeit vollständig wiedererlangen kann, ist es nur von Bedeutung, dass auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Gedanken über die Zukunft der Landwirtschaft im gesamten natur- und geisteswissenschaftlichen Spektrum des Ökolandbaus ihren Platz finden und dass solche Gedanken ausgesät und gepflegt werden können – im bäuerlichen Vertrauen auf ihr gutes Gedeihen bis zu einer späteren Ernte.

277 Franz und Brigitte Alt (2001), S. 55, 65-66 und 73. Auch Hermann Scheer hat die Bedeutung eines solchen neuen Berufsbildes angesprochen. (1999), S. 322. – Gegenwärtig erlernen nur knapp 37.000 junge Frauen und Männer einen land- oder forstwirtschaftlichen Beruf. 16610 Auszubildende wollen Gärtnerin und Gärtner werden. Knapp 8000 Jugendliche erlernen den Beruf der/s Landwirt/in. Hinzu kommen 4300 Gartenbaufachwerker. Etwa 25 % der Auszubildenden sind derzeit Frauen. (Lernen in 'grünen Berufen', in: VR-Agrarinformation Nr. 11 / 2003, S. 4

278 Gunter Vogt (2000), S. 289 und 312.

Literaturangaben

Abromeit, Kurt (1964), Landwirtschaftliche Betriebslehre, Frankfurt.

Akhter, Farida (2002), Nayakrishi Andolon – eine Kleinbauernbewegung in Bangladesch, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Renate Müller und Petra Becker (2002b), S. 197-210.

Alt, Franz und Brigitte (2001), Agrarwende jetzt – Gesunde Lebensmittel für alle, München.

Alt, Franz (2002), Agrarwende jetzt, in: WechselWirkung Juli/August 2002.

Andres, Fritz (1995), Zur Nutzung des Bodens, der Bodenschätze und der Umwelt, in: Fragen der Freiheit Nr. 232-233 / 1995, S. 3-10.

Andres, Fritz (2000), Gedanken zum Patentrecht, in: Fragen der Freiheit Nr. 253, S. 3-16, als Einleitung zu einem Nachdruck der Studie "Die wirtschaftlichen Grundlagen des Patentrechts" von Fritz Machlup (1961) in: Fragen der Freiheit Nr. 253, S. 17-119.

Andres, Fritz (2001a), Für einen erweiterten Begriff von Nachhaltigkeit, in: Fragen der Freiheit Nr. 257 / 2001, S. 3-21.

Andres, Fritz (2001b), Wieviel Erde braucht der Mensch?, in: Fragen der Freiheit Nr. 257 / 2001, S. 22-67.

Andres, Fritz (2001c), Klimapolitik als Ordnungspolitik, in: Fragen der Freiheit Nr. 258 / 2001), S. 33-65.

Andres, Fritz (2003), Der Beitrag der Bodenreform zur Nachhaltigkeitsdiskussion, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 137. Folge / 2003, S. 29-37.

Andres, Fritz (2004), Boden als Privileg und Kapitalgut, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 140. Folge / 2004, S. 3-11.

Baade, Fritz (1928), Sozialdemokratische Agrarpolitik, 1928.

Bartsch, Günter (1993), Werner Zimmermann – Große Seele der Freiwirtschaft und Weltvagrant, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 98. Folge, S. 23-27, und 99. Folge, S. 27-32.

Bartsch, Günter (2004), Selbstbefreiung – Kleine Enzyklopädie des Liberalsozialismus, Lütjenburg.

Bauerkämper, Arnd Hg. (1996), "Junkerland in Bauernhand?" – Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der SBZ, Stuttgart, S. 8-13.

Baumgartner, Judith (1992), Ernährungsreform – Antwort auf Industrialisierung und Ernährungswandel, Frankfurt.

Baumgartner, Judith (1993), 100 Jahre Eden – Eine Idee wird zur lebendigen Philosophie, Oranienburg.

Behrens, Eckhard (2003), Boden-Stiftung durch Landwirte, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 138. Folge, S. 33-34.

Behrens, Hermann (1989), Zur Notwendigkeit einer Bodeneigentumsstatistik unter besonderer Berücksichtigung von Aspekten des Bodenschutzes, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht Nr. 3 / 1989.

- Bergmann, Klaus (1970), *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*, Meisenheim/Glan.
- Betz, Thomas (1998), *Was der Euro soll und was eine internationale Währungsordnung wirklich sollte*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 117. Folge, S. 35-43.
- Bielitz, Ulrike (1985), *Die Bedeutung der biologisch-dynamischen Landwirtschaft für die Gesundheit von Mensch und Tier*, in: *Fragen der Freiheit* Nr. 171, S. 46-51.
- Bolen, Jean Shinoda (2000), *Göttinnen in jeder Frau – Psychologie einer neuen Weiblichkeit*, 5. Auflage München.
- Bolen, Jean Shinoda (1998), *Götter in jedem Mann – Besser verstehen, wie Männer leben und lieben*, 2. Auflage München.
- Boockmann, Hartmut (1984), *Mitten in Europa – Deutsche Geschichte*, Berlin.
- Borras, Saturnio M. (1998), *The Bibinka Strategy in Land Reform Implementation*. Institute for Popular Democracy (IPD), Quezon City /Philippinen.
- Boulding, Kenneth E. (1992), *A Second Look at "Progress and Poverty"*, in: *Towards a New Economics – Critical Essays on Ecology, Distribution and Other Themes*, Worcester.
- Bourguignon, Francois (2004), *Die Europäer sind zu kurzichtig*, in: *FAZ* vom 20. 1. 2004, S. 10.
- Brack, Günter (1998), *Ziele und Wege einer marktwirtschaftlichen und doch umweltgerechten Landwirtschaftspolitik*, in: *Fragen der Freiheit* Nr. 249, S. 30-47.
- Brot für die Welt (o.J., ca. 1989), *Den Armen Gerechtigkeit – Eine Erklärung von Brot für die Welt*, Stuttgart.
- Brüker, Max Otto (1995), *Unsere Nahrung – unser Schicksal*, 27. Auflage Lahnstein.
- Bünder, Helmut (2003), *Amerikas Farmer setzen auf Vorsprung durch Technik*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. 9. 2003.
- Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (2003), *Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung*, Berlin.
- Busse, Tanja (2001), *Melken und Gemolkenwerden – Die ostdeutsche Landwirtschaft nach der Wende*, Berlin.
- Creutz, Helmut (2002), *Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft*, 5. Auflage Berlin.
- Damaschke, Adolf (1922), *Geschichte der Nationalökonomie* Band 1, 13. Auflage Jena.
- David, Eduard (1922), *Sozialismus und Landwirtschaft*, Leipzig.
- Deutscher Bauernverband (2003), Website: www.situationsbericht.de
- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband Hg. (1987), *Friedrich Wilhelm Raiffeisen 1818 – 1888 – 1988*, Wiesbaden.
- Dilger, Gerhard (1995), *Die Hürden der Landlosen Brasiliens – Ein Rück- und Ausblick auf die Landlosenbewegung*, in: *Lateinamerika-Nachrichten* Nr. 347, S. 39-41.
- Dippel, Horst (2002), *Geschichte der USA*, 5. Auflage München.

- Duchrow, Ulrich; Hinkelammert, Franz (2002), *Leben ist mehr als Kapital – Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums*, Oberursel.
- Einsiedel, Horst von (1941), Unveröffentlichtes Manuskript mit Überlegungen zur Landwirtschaft in der Gedenkstätte der "Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung".
- Engels, Friedrich (1973), *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*, in: Marx-Engels-Werke Band 19, Berlin-Ost.
- Ernst, Manfred (1987), *Campesinos ohne Hoffnung – Landreformen in Lateinamerika*, in: *Entwicklungspolitische Korrespondenz* N. 1, S. 13-16.
- Eucken, Walter (1952), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen.
- Feder, Ernest (1973), *Agrarstruktur und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt/M.
- FIAN (1999), *Ein neues Lied für Land – Zum Start der weltweiten Kampagne für Agrarreform* (von Martin Wolpold-Bosien), in: *FIAN-Magazin* Nr. 3, S. 4-8.
- FIAN (2000a), *Erklärung der Internationalen Landlosenkonferenz von San Pedro Sula im Juli 2000*, Herne.
- FIAN (2000b), *Land ist mehr als eine Ware – Petition an die Weltbank zur Agrarreformpolitik*, Herne.
- FIAN (2001a), *Land- und Agrarreform in Namibia, Südafrika und Simbabwe – Aktuelle Trends* (dokumentiert von Sue Mbaya), Herne.
- FIAN (2001b), *Land in Sicht? – Herausforderungen und Positionen einer umverteilenden Agrarreform am Beispiel der Philippinen*, Herne.
- FIAN-Deutschland (2002a), *Dokumentation: Kampagne Brot, Land und Freiheit – Einführung und Aktionsleitfaden*. Herne.
- Frank, Georg (1992), *Raumökonomie, Stadtentwicklung und Umweltpolitik*, Stuttgart.
- Freund, Michael (1960), *Deutsche Geschichte*, Gütersloh.
- Fricke, Dieter (1985), *Lexikon zur Parteiengeschichte* Band 3, Leipzig.
- Fuchs, Ursel (2000), *Die Genomfalle – Die Versprechungen der Gentechnik, ihre Nebenwirkungen und ihre Folgen*, Düsseldorf.
- Geitmann, Roland (1993), *Erbbaurecht in Ost und West*, in: *Fragen der Freiheit* Nr.220, S. 12-32, und Nr. 224, S. 17-32.
- Geitmann, Roland (1996), *Ist die Verweigerung von Rückgabeansprüchen für Betroffene der Bodenreform in der SBZ von 1945-1949 ungerecht?*, in: *Fragen der Freiheit* Nr. 239, S. 24-32.
- Geitmann, Roland (2000), *Mit dem Erbbaurecht auf dem richtigen Weg?*, in: Stefan Leber Hg. (2000), S. 101-121.
- Gesell, Silvio (1988-2000), *Gesammelte Werke in 18 Bänden und einem Register*, Hann.-Münden, ab Band 2: Lütjenburg bei Kiel.
- Gobels, Werner (1991), *Land – Ein lateinamerikanisches Lesebuch*, Misereor Aachen.

Godschalk, Hugo (1990), Keynes-Plan 1944 und IVA-Plan Silvio Gesells, in: Fragen der Freiheit Nr. 206, S. 35-46.

Gossen, Hermann Heinrich (1983/1927), Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln des menschlichen Handelns, 3. Auflage Berlin.

Grober, Ulrich (1998), Ausstieg in die Zukunft-Eine Reise zu Ökosiedlungen, Energie-Werkstätten und Denkfabriken, Berlin.

Harnisch, Hartmut (1992), Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800-1914. Antrittsvorlesung an der Humboldt-Universität Berlin am 16.6.1992.

Hauptmann, Gerhart (1892/2002), Die Weber (Hg. Hans Schwab-Felisch), 6. Auflage München.

Heistingner, Andrea (2004), Handbuch Samengärtnerei, Innsbruck.

Heynitz, Jobst von (2000), Bodenordnung leistungsfähiger Struktur. Ordnungspolitische Leitlinien und konkrete Ausformung – ein Beitrag zur Bodenlehre Rudolf Steiners und zur Dreigliederung des sozialen Organismus auf dem Felde der Bodenordnung, in: Stefan Leber Hg. (2000), S. 49-100.

Hippauf, Renate (2000), Johann Heinrich von Thünen – Ein Lebensbild, Rostock.

Hörnle, Edwin (1946), Die Bodenreform – ein Weg zu Demokratie und Frieden, Berlin.

Hofer, Walter Hg. (1977), Der Nationalsozialismus – Dokumente 1933-1945, Frankfurt.

Hollerbach, Martin (2003), Die Landwirtschaft braucht eine andere Ökonomie – Zur Situation der Landwirtschaft, in: Lebendige Erde Nr. 1 / 2003, S. 6-7.

Jacobs, Kurt (1997), Landwirtschaft und Ökologie im "Kapital", in: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Nr. 108 / 1997, S. 433-450.

Karner, Christof (2002), Katholizismus und Freiwirtschaft – das Lebensreformprogramm des Johannes Ude, Frankfurt.

Kennedy, Margrit und Lietaer, Bernard (2004), Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, Gütersloh.

Keynes, John Maynard (1943/1989), International Clearing Union; deutsche Übersetzung in Stefan Leber (Hg.), Wesen und Funktion des Geldes – Zahlen, Leihen und Schenken im volkswirtschaftlichen Prozess, Stuttgart.

Klein, Ernst (1969), Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Stuttgart.

Klemm, V. (1985), Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR-Agrargeschichte, Berlin.

Klett, Manfred (2003), Wertschöpfung und Preisbildung – Die brüderliche Ökonomie der biologisch-dynamischen Landwirtschaft, in: Das Goetheanum Nr. 41/2003, S. 1-5, hier: S.5.

Kluge, Ulrich (2001), Ökowende – Agrarpolitik zwischen Reform und Rinderwahnsinn, Berlin.

Könemann, Ewald (1928), Mina Hofstetter – eine Frau als Pionier im biologischen Acker- und Pflanzenbau, in: Bebaut die Erde Nr. 10-11, S. 200-203.

- Köpf, Ernst Ulrich (2003), Nachhaltigkeit – ein Prinzip der Forstwirtschaft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 137. Folge, S. 3-11.
- Koepf, Herbert und Plato, Bodo von (2001), Die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise im 20. Jahrhundert – Die Entwicklungsgeschichte der biologisch-dynamischen Landwirtschaft, Dornach.
- Leber, Stefan Hg. (2000), Eigentum – Die Frage nach der Sozialbindung des Eigentums an Boden und Unternehmen, Stuttgart.
- Leitner, Geriet von (1994), Der Fall Clara Immerwahr – Leben für eine humane Wissenschaft, 2. Auflage München.
- Leitzmann, Claus (1990), Ernährung des Menschen, 2. Auflage Stuttgart.
- Lützel, Christof (2002), Eine Initiative auf dem Weg – Die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken (GLS), in: Zeitschrift für Sozialökonomie 135. Folge / 2002, S. 36-40.
- Magura, Wilhelm (1986), Geschichte der Landwirtschaft Schlesiens, Hamburg und Berlin.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich (1969), Das Manifest der Kommunistischen Partei (1848), in: Marx-Engels-Werke Band 4, Berlin-Ost 1969.
- Marx, Karl (1973), Das Kapital Band 1 und Band 3, in: Marx-Engels-Werke Band 23 und Band 25, Berlin-Ost.
- Meyer, Bettina (1995), Zu den Einwänden gegen eine ökologische Steuerreform, in: Fragen der Freiheit Nr. 232-233 / 1995, S. 52-101.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (1999), Bodenrechtsreform – Von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 120. Folge, S. 3-9.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth, Kemna, Julia und Müller, Renate (2002a), Welternährung durch Ökolandbau?, Berlin.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth, Müller, Renate, und Becker, Petra (2002b), Die Gärten der Frauen – Zur sozialen Bedeutung der Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit, Herbolzheim.
- Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2003), Der Boden der uns ernährt, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 138. Folge, S. 16.
- Mies, Maria (1992), Patriarchat und Kapital, Zürich.
- Mies, Maria und Bennholdt-Thomsen, Veronika (1997), Eine Kuh für Hillary – Die Subsistenzperspektive, München.
- Mies, Maria und Werlhof, Claudia von (1998), Lizenz zum Plündern, Hamburg.
- Mies, Maria (2001), Globalisierung von unten – Der Kampf gegen die Konzerne, Hamburg.
- Misereor (1988), Bauern ohne Land – Leben und Kampf, Aachen.
- Misereor (1992), Guatemala im Brennpunkt, Aachen.
- Misra, B. R. (1956), Vinobas Sieg – Die wirtschaftliche Bedeutung der indischen Landschenkungs-bewegung, Frankfurt/M.

- Moltke, Freya von (1997), *Erinnerungen an Kreisau 1930-1945*, München.
- Mommsen, Hans (1984), *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands*, in: Hermann Graml (Hg.), *Widerstand im Dritten Reich*, Frankfurt 1984, S. 33-39.
- Müller, Adam (1812/1983), *Agronomische Briefe*, in: *Nationalökonomische Schriften* (ausgewählt und eingeleitet von Albert Josef Klein), Lörrach.
- Musil, Robert (2004), *Geld, Raum und Nachhaltigkeit*, Lütjenburg.
- Nawrocki, Joachim (1995), *Bodenreform – revolutionär aber erfolglos*, in: *Das Parlament* Nr. 18-19, S. 14.
- Niehuis-Schwartz, Hermann (2001), *Götter, Geld und Grenzerfahrungen – Die griechische Mythologie als Quelle von Einsichten in archetypische Muster des Handels*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 131. Folge, S. 24-33.
- Noebe, Will; Raoul Francé Hg. (1927 ff), *Das Ziel – Blätter für erfolgreiche Lebensgestaltung*, Bad Sachsa.
- Noebe, Will Hg. (1958 ff), *Telos – Die Welt von Morgen*, Berlin.
- Onken, Werner (1988), *Einer für alle – alle für einen. Zum 100. Todestag von Friedrich Wilhelm Raiffeisen*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 78. Folge, S. 3-5.
- Onken, Werner (1994), *Der Zins als Angelpunkt von Wirtschaft und Moral – Gedanken zu Otmar Issings Einwänden gegen eine zinslose Wirtschaft*, in: *Fragen der Freiheit* Nr. 226, S. 42-51.
- Onken, Werner (1997), *Modellversuche mit sozialpflichtigen Boden und Geld*, Lütjenburg.
- Onken, Werner (1998), *Umriss einer weiblichen und männlichen Ökonomie*, Lütjenburg 1998.
- Paasch, Armin (2002), *Land ist Leben – Agrarreformen als Ausweg aus Hunger und Armut*, in: *epd-Dritte-Welt-Information* Nr. 1-2.
- Paasch, Armin (2003a), *Marktgestützte Landreformen – eine Zwischenbilanz aus menschenrechtlicher Perspektive*, in: *Journal für Entwicklungspolitik* Vol. XIX, Nr. 1.
- Paasch, Armin (2003b), *Zugang zu Land – Zwischen Markt und Menschenrechten*, Herne.
- Petermann, Sabine (2003), *Legehennen in alternativen Haltungssystemen – Praktische Erfahrungen*, in: *Deutsche Tierärztliche Wochenschrift* Nr. 5 / 2003, S. 220-224.
- Pfeifer, Herbert (1988), *Landwirtschaft zwischen Ökonomie und Ökologie*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 77. Folge, S. 6-14, und 78. Folge, S. 24-32.
- Priebe, Hermann (1985), *Die subventionierte Unvernunft – Landwirtschaft und Naturhaushalt*, 3. Auflage Berlin.
- Raiffeisen-Volksbanken Hg. (2003), *Agrar-Informationen* Nr. 10 und 11 / 2003.
- Riehl, Heinrich (1935), *Die Naturgeschichte des deutschen Volkes*, Leipzig.
- Rifkin, Jeremy (2000), *Wir werden Kriege um Gene führen*, in: *Fragen der Freiheit* Nr. 255, S. 41-46. (Nachdruck aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. 4. 2000)

- Rifkin, Jeremy (2002), Wem gehört die Natur? – Initiative zum Schutz des globalen Genvorrats, in.: WechselWirkung & Zukünfte Nr. 6, S. 70-71.
- Roeckl, Cornelia (2003), Die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft und Perspektiven einer praktisch-politischen Agrarwende, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 138. Folge, S. 3-11.
- Roon, Ger van (1994), Widerstand im Dritten Reich, 6. Auflage München.
- Roth, Richard (1927), Landwirtschaftliche Betriebslehre, Berlin.
- Rüstow, Alexander (1951), Kritik des technischen Fortschritts, in: Ordo-Jahrbuch Nr. 4, S. 387-394.
- Rüther, Daniela (2002), Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft, Paderborn.
- Ruhland, Gustav (1903-1908), System der Politischen Ökonomie in 3 Bänden, Berlin.
- Samuelson, Paul und Nordhaus, William (1998), Volkswirtschaftslehre, Wien 15. Auflage.
- Schaumann, Wolfgang; Siebeneicher Georg E.; Lünzer, Immo (2002), Geschichte des ökologischen Landbaus, Bad Dürkheim.
- Scheen, Thomas (2003), Getürkte Spielregeln, in: FAZ vom 10. 9. 2003.
- Scheer, Hermann (1999), Solare Weltwirtschaft – Strategien für eine ökologische Moderne, München.
- Schiller, Otto (1960), Das Agrarsystem der Sowjetunion, Köln und Graz.
- Schmid, Klaus-Peter (2002), Wer kassiert was?, in: Die Zeit Nr. 42 / 2002.
- Schorn-Schütte, Luise (1996), Die Reformation – Vorgeschichte und Verlauf, München.
- Schrader, Jörg-Volker (1998), Agrarpolitische Irrwege zur Bewahrung von Bodenrenten? – Von Butterbergen zu Ökotälern, in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 325.
- Schultze, H. (1995), Eigentums- und Pachtverhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland Anfang der 1990er Jahre, in: Wirtschaft und Statistik Nr. 10, S. 739-745.
- Schulz, Günther (1995), Landbesetzung – Hoffnung für Millionen, Aachen.
- Schulze, Hagen (1996), Kleine deutsche Geschichte, München.
- Schumacher, E. F. (1977), Die Rückkehr zum menschlichen Maß – Alternativen für Wirtschaft und Technik ("Small is beautiful"), Reinbek bei Hamburg.
- Schumann, Harald (2003), Die wahren Globalisierungsgegner, oder: Die politische Ökonomie des Terrorismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung das Parlament Nr. 13-14.
- Schwägerl, Christian (2003). Politischer Pollenflug – Gentechnik auf dem Acker, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 11. 2003.
- Sen, Amartya (2002), Ökonomie für den Menschen – Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München.
- Senf, Bernd (2001), Die blinden Flecken der Ökonomie, München.

- Sering, Max (1929), Agrarrevolution und Agrarreform in Mittel- und Osteuropa.
- Shiva, Vandana (2002), Biopiraterie – Kolonialismus des 21. Jahrhunderts, Münster.
- Silagi, Michael (1973), Henry George und Europa, München.
- Smith, Adam (1978), Der Wohlstand der Nationen (Hg. Horst Claus Recktenwald), München.
- Soto, Hernando de (2002), Freiheit für das Kapital ! – Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert, Berlin.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands Hg. (1925), Sozialdemokratie, Landwirtschaft und Bodenreform, Hamburg.
- Statistisches Bundesamt Hg. (2003), Datenreport 2002, 2. Auflage Bonn.
- Steiner, Rudolf (1957), Die Konsequenzen der Dreigliederung für Grund und Boden (1920), in: Roman Boos Hg., Neuordnung des Bodenrechts als soziale Forderung der Gegenwart, Stuttgart.
- Steiner, Rudolf (1962/1972), Zur Dreigliederung des sozialen Organismus – Gesammelte Aufsätze 1918-1921, Dornach.
- Steiner, Rudolf (1991), Kernpunkte der sozialen Frage (1918), Dornach.
- Steiner, Rudolf (1979a), Die soziale Grundforderung unserer Zeit – In geänderter Zeitlage (1918), Dornach.
- Steiner, Rudolf (1979b), Nationalökonomischer Kurs (1922), Dornach.
- Steiner, Rudolf (1985), Geisteswissenschaftliche Grundlagen zum Gedeihen der Landwirtschaft – Landwirtschaftlicher Kurs Pfingsten 1924 in Koberwitz bei Breslau, Dornach.
- Strawe, Christoph (2002), Globalisierung betrifft uns alle – Die Welthandelsorganisation WTO und ihre Abkommen GATS und TRIPS, Stuttgart.
- Strawe, Christoph (2003), Nach Cancun – Wie weiter mit der Landwirtschaft? Eine Aufforderung zum Umdenken, in: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus Nr. 4 / 2003, S. 5-13.
- Suhr, Dieter (1989), Alterndes Geld – Das Konzept Rudolf Steiners aus geldtheoretischer Sicht, Schaffhausen.
- Swain, Nigel (2002), Traditionen der häuslichen Kleinlandwirtschaft in Osteuropa, in: Meyer-Renschhausen, Elisabeth; Müller, Renate; Becker, Petra (2002), S. 111-133.
- Tautscher, Anton (1950), Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Wien.
- Tolstoi, Leo (1974), Philosophische und sozialkritische Schriften, Berlin-Ost.
- Trein, Hans Alfred (2003), Großgrundbesitz und Landlosenbewegung in Brasilien, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 138. Folge, S. 23-29.
- Tschäni, Hans (1986), Wem gehört die Schweiz? – Unser Eigentums- und Bodenrecht auf dem Weg zum Feudalsystem, Zürich.

- Ude, Johannes (1925a), Natürliche Lebensweise oder Hungerelend, Graz.
- Ude, Johannes (1925b), Alkohol und Unsittlichkeit, Graz.
- Ude, Johannes (1948), Lebensführung und Christentum, Grundlsee.
- Ude, Johannes (1958), Natur, Pflanze, Tier und Mensch gemäß göttlicher Ordnung, Grundlsee.
- Ude, Johannes (1960), Das Tier als Teil der Schöpfung, Grundlsee.
- Vaubel, Roland (2002), Die wirren Gesetze der Eurokraten, in: Die Zeit Nr. 32, S. 6.
- Vogt, Gunter (2000), Entstehung und Entwicklung des ökologischen Landbaus, Bad Dürkheim.
- Volkman, Hans-Erich (2003), Ökonomie und Expansion – Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik, München.
- Walker, Karl (1931), Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung, Lauf bei Nürnberg.
- Walker, Karl (1946), Grundsätzliches zur Bodenreform, in: Die Gefährten – Monatschrift für Erkenntnis und Tat Nr. 2.
- Walras, Leon (1990), Theorie de la Propriete, in: Oevres Economique Completes Vol. IX – Etudes d'Economie Sociale, Paris.
- Wawrzyn, Marcin (2003), Die polnische Landwirtschaft und die EU-Osterweiterung, in : Zeitschrift für Sozialökonomie 138. Folge, S. 20-22.
- Weber, Max (1952), Kapitalismus und Agrarverfassung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatsverfassung Band 108.
- Weichel, Ernst (1978), Gefährdung des Landbaus und der Landwirtschaft durch die Industrialisierung, in: Fragen der Freiheit Nr. 130, S. 14-29.
- Weichel, Ernst (1985), Ist die Krise der Landwirtschaft auch eine Krise der Bodenbewirtschaftung?, in: Fragen der Freiheit Nr. 171, S. 18-29.
- Weiger, Hubert (2002), Wie weit ist die deutsche Agrarwende?, in: Publik-Forum Nr. 12 / 2002.
- Weltbank (2003), Weltentwicklungsbericht 2003, Bonn.
- Windfuhr, Michael (2001), Welternährungsgipfel – Stand der Umsetzung – Neues von der FAO, in: FIAN-Magazin Nr. 1.
- Windfuhr, Michael (2002), Welternährung zwischen Überfluss und Hunger, in: Meyer-Renschhausen, Elisabeth, Kemna, Julia und Müller, Renate (2002a), Welternährung durch Ökolandbau?, Berlin.
- Winkler, Ernst (1975), Was heißt "sozial" in der "Sozialen Marktwirtschaft"?, in: Fragen der Freiheit Nr. 118, S. 13-31.
- Winkler, Ernst (1980), Freiheit?, Boll.
- Winterhager, W. Dietrich (1997), Bodeneigentum und Bodenrente in der ökonomischen Theorie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 114. Folge, S. 3-13.

Wortmann, Michael (1978), Konventionelle und biologische Landwirtschaft im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie, 2. Auflage Darmstadt.

Yussefi, Mino und Willer, Helga (2003), The World Organic Agriculture – Statistics and Future Perspectives, auf der Website: www.soel.de/oekolandbau/weltweit.html

Zimmermann, Werner Hg. (1924 ff), Tau – Monatsblätter für Verinnerlichung und Selbstgestaltung, Lauf bei Nürnberg und Bern.

Zimmermann, Werner (1935), Steine geben Brot – Kampf um Steinmehl, Mutter Erde, Biologischer Landbau, Lauf bei Nürnberg.

Zitelmann, Arnulf (1999), Ich will donnern über sie! – Die Lebensgeschichte des Thomas Müntzer, Weinheim und Basel.

Während die industrialisierte Landwirtschaft des Nordens gigantische Lebensmittelüberschüsse produziert, hungern auf der Südhalbkugel der Erde Millionen von Menschen. Doch warum kommt die nötige Agrarwende nur so langsam voran?

Werner Onken erläutert in diesem Buch, wie sehr sie durch das geltende Bodenrecht und das bestehende Geldwesen erschwert wird. Nach Rückblicken auf die Agrarpolitik im 19. Jahrhundert, im Nationalsozialismus und im Kommunismus sowie in der kapitalistischen Weltwirtschaft nach 1945 deutet er an, wie sich die Landwirtschaft nach einer Reform von Bodenrecht und Geldwesen innerhalb einer 'Marktwirtschaft ohne Kapitalismus' zu einem bäuerlichen Ökolandbau 'zwischen Pferdegespann und Agrarfabrik' entwickeln könnte.

Werner Onken, Dipl.-Ökonom (*1953), aufgewachsen im Umfeld einer ländlichen Raiffeisengenossenschaft in Ostfriesland, nach dem Zivildienst Studium der Wirtschaftswissenschaften in Oldenburg, Redakteur der "Zeitschrift für Sozialökonomie", Herausgeber der Gesammelten Werke des Sozialreformers Silvio Gesell und Verfasser zahlreicher Bücher und Aufsätze über Alternativen zur kapitalistischen Form der Globalisierung.

ISBN 3-87998-447-6



9 783879 984473